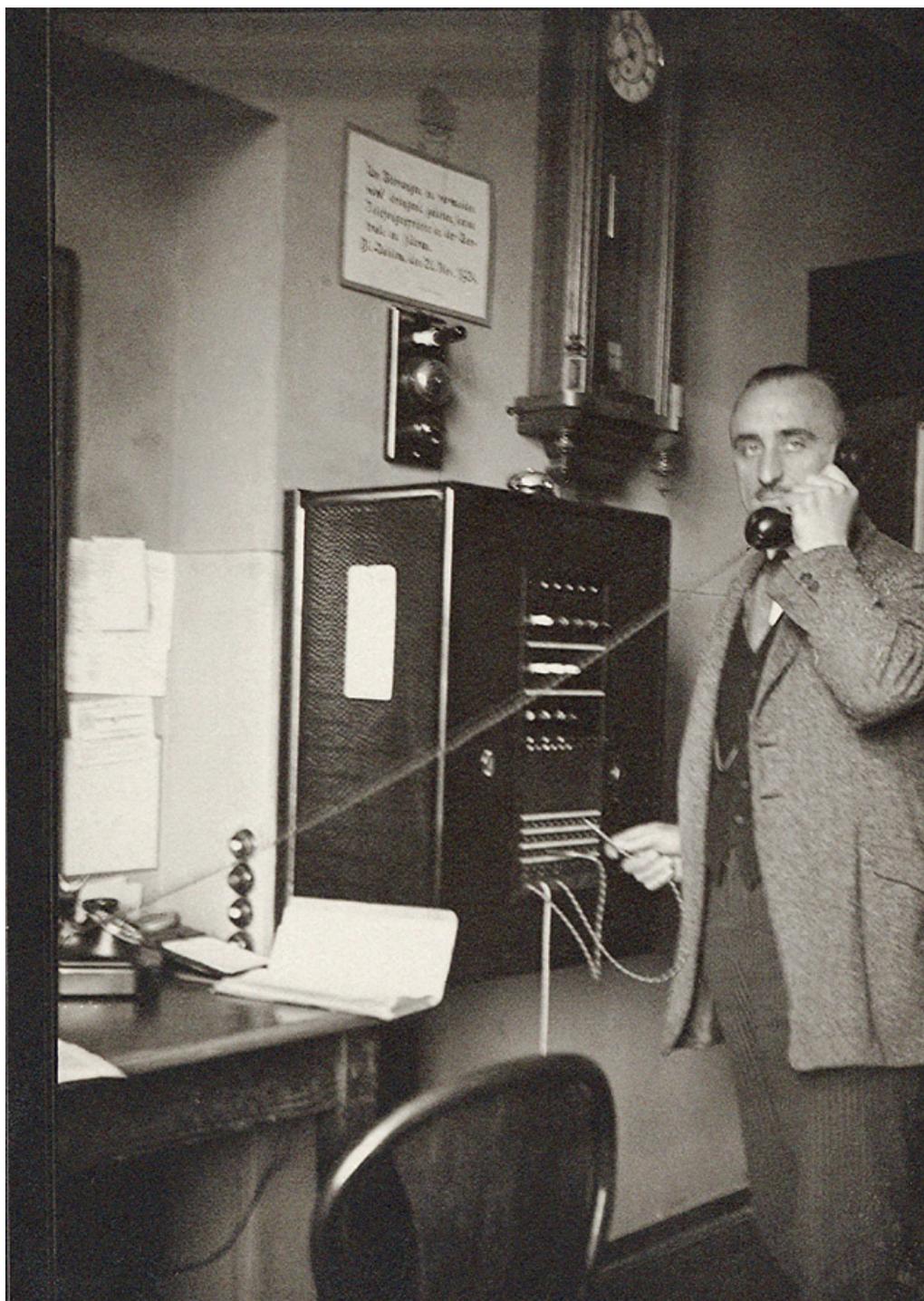


ARBEIT IM WANDEL

Jahresheft des
Geheimen Staatsarchivs
Preußischer Kulturbesitz

Jahrgang 2 | 2022



Jahrgang 2 | 2022

ARBEIT IM WANDEL

Inhalt

Editorial 4

MOMENTE

Verpackt und digitalisiert | Gemüse statt Zierrasen
Ahoi, neue Archivdatenbank! | Kooperation
Danzig – Berlin | Kooperation intensiviert 6—7

Same, same, but different. Die Reform der Stiftung
Preußischer Kulturbesitz 8—10

Digitalisierungsschub. Die Arbeit des Geheimen Staatsarchivs
in der Corona-Pandemie 11—13

THEMENSCHWERPUNKT „ARBEIT IM WANDEL“

Fotoreportage 16—23

Von der Rohrpost zur E-Akte 24
Verwaltungsmodernisierung im Spiegel der Zeit
— Katrin Beyer

Ein spätmittelalterliches Tool für mobiles Arbeiten 38
Privilegienbücher des Deutschen Ordens
— Johannes Götz

SMS zu Preußenzeiten 44
auf der Königlich Preußischen Optischen Telegraphenlinie (1832–1849)
— Hans-Jürgen Paech

Vom Guten zum Besseren 50
Kommunikation via Draht, Funk und Schall
— Christiane Brandt-Salloum

**„wirksame polizeiliche Aufsicht über die Radfahrer
wünschenswerth“** 56
Die Einführung des Fahrrads bei der Königlich
Preußischen Landgendarmarie
— Ulrich Kober

EINBLICKE

Verpreußung Deutschlands oder finis Prussiae? Aspekte der
aktuellen Vitrinenausstellung „Ik denke der Affe laust mir!“, 66 |
Kaiser, Künstler, Architekten – Eine kleine Tour durch ausge-
wählte Editions- und Digitalisierungsprojekte, 72 | **Visuelle
Zeitzeugen** – Das fotografische Gedächtnis des bpk-Bildarchivs, 78 |
Auf dem Prüfstand. Alternative Verfahren zur Qualitätssicherung
bei der Papierentsäuerung, 82 | **Zwischen den Zeilen** – Zur
preußischen „Geheimschreibekunst“ des 18. Jahrhunderts, 86 |
Der Papst lässt niemanden aus Rom mehr an sich heran – Wie
der Generalprokurator des Deutschen Ordens Jodocus
Hogenstein die Pestwellen an der päpstlichen Kurie erlebte, 89 |
Verzeichnung – Vom Suchen und Finden im Archiv, 92

FAKTEN UND ZAHLEN

Im Fokus: Erschließung 2020–2021 98—103
Verzeichnungsstand im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kultur-
besitz, 98 | Verzeichnungsqualität der Archivalien, 99 | Warum
nicht alles öffentlich ist. Schutzfristen und Depositbestimmungen,
100 | Urkundenverzeichnung, 102 | Zentralüberlieferungen
17.–20. Jahrhundert, 102 | Statistische Erhebung für die Jahre 2020
und 2021, 103

NACHLESE

Prominenter Besuch | Zeit für neues Bookmark | Quellen zum
jüdischen Leben in Preußen, 104 | **Recycling vor 400 Jahren.**
Das älteste Manuskript im Haus – ein Überlieferungszufall, 105

Impressum 106

Editorial

Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Nun sind wieder zwei Jahre vergangen – und so halten Sie heute das neue Jahreshaft des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, das eigentlich ein Zweijahreshaft ist, in den Händen. Für die positive Resonanz unserer Leser*innen zu dem 2020 erschienenen ersten Jahreshaft bedanken wir uns und fühlen uns dadurch ermutigt, unser Augenmerk mit der zweiten Ausgabe einem neuen aktuellen Themenschwerpunkt zuzuwenden.

Die Arbeit im Archiv hat sich in den letzten beiden Jahren, also im Berichtszeitraum des vorliegenden Hefts, stark gewandelt. Das wurde beschleunigt, aber nicht ausgelöst von der weltweiten COVID-19-Pandemie, die unseren Arbeitsalltag immer noch stark prägt. Aber schon vorher war die durch die digitale Revolution der Gegenwart ermöglichte Telearbeit im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz wie in der gesamten Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein Thema von wachsender Bedeutung, und auch Videokonferenzen gab es schon vereinzelt. Doch erst die Pandemie hat der Thematik den nötigen „Wumms“ verliehen – um ein mittlerweile geflügeltes Wort aus der Frühzeit der Pandemie aufzugreifen – und gleich einem Katalysator verstärkt. Homeoffice und mobiles Arbeiten sind in aller Munde, Videokonferenzen gehören zum Alltag – nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Verwaltung. Die neuen Möglichkeiten bedeuten eine tiefgreifende Änderung auch der „Unternehmenskultur“ des Öffentlichen Dienstes, bieten große Möglichkeiten, führen aber auch dazu, dass Fragen neu gestellt und Prozesse neu definiert werden müssen. Da trifft es sich gut, dass in demselben Zeitraum in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auch der Pilotbetrieb der elektronischen Aktenführung (E-Akte) startete – und zwar im Rahmen eines

schon länger unter der Leitung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz betriebenen Projektes. Ein wesentliches Stück Verwaltungsreform wurde damit angegangen, das Homeoffice verlieh ihr zusätzliche Relevanz.

All dies ist der Anlass, in diesem Heft den Stier gewissermaßen bei den Hörnern zu packen und nach der „Arbeit im Wandel“ zu fragen, und zwar in Gegenwart und Vergangenheit. Das Thema durchzieht das gesamte Heft: angefangen bei Rückblicken auf die Stiftungsreform und das Geheime Staatsarchiv in Corona-Zeiten über die verschiedenen Beiträge zum Schwerpunktthema; sie prägt aber in besonderer Weise diesmal auch die unterschiedlichen Beiträge der Rubrik „Einsblicke“. Als Fazit lässt sich – wenig erstaunlich – feststellen, dass Arbeit sich schon immer wandelte – und dass dabei schon immer der beschleunigte technische Fortschritt eine treibende Rolle spielte. Manchmal entwickelte sich dabei die Technik so schnell, dass der Mensch kaum hinterherkam – und manchmal eilte die menschliche Einbildungskraft ihrer Zeit so weit voraus, dass die Technik mit ihr kaum Schritt zu halten vermochte. Das hat seine nützlichen, bedenklichen, mitunter aber auch – zumindest in der Rückschau – komischen Seiten. Und so hoffen wir, dass Sie bei der Lektüre dieses Heftes genauso viel Freude haben werden wie unsere Autor*innen bei der Befassung mit den Quellen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und der Niederschrift ihrer Erkenntnisse.

Ihre
Ulrike Höroldt
 Direktorin des Geheimen Staatsarchivs
 Preußischer Kulturbesitz



Momente

Eindrücke aus den Jahren 2020/21



VERPACKT UND DIGITALISIERT

Seit Herbst 2020 wird die Urkundenlagerung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz sukzessive verbessert. Jede Urkunde wird vor einer Benutzung in der hauseigenen Restaurierungswerkstatt aufgefaltet, plangelegt, auf Museumskarton montiert und in alterungsbeständigen Verpackungen untergebracht. Gleich nach dem Auffalten wird zudem ein Digitalisat der Urkunde erstellt. Angenehmer Nebeneffekt: Aufnahmen von Urkunden werden künftig zu 4 Euro (statt bisher 16 Euro) pro Stück angeboten.



GEMÜSE STATT ZIERRASEN

Haben die Staatsarchivare früher in der Mittagspause eigene Tomaten gegessen, angebaut auf dem Archivgelände? Gut möglich, denn schon nach der Inbetriebnahme des neuen Archivgebäudes 1924 hatte eine Pachtgenossenschaft umliegende Flächen als Gartenland genutzt. Mitarbeitende haben 2021 an diese Tradition angeknüpft und im Rahmen einer Aktion von der „Arbeitsgemeinschaft Greening up Haus und Hof“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Blumen gepflanzt – zur Freude von Mensch und Tier. Vielleicht gehören also bald auch wieder Tomaten- und Kräuterbeete zum Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz!



AHOI, NEUE ARCHIVDATENBANK!

Nach eingehender Marktanalyse beschafft das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz eine neue Archivsoftware, welche vor allem interne Prozesse unterstützen und die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen des Hauses stärken soll. Aber auch für alle, welche die Bestände, Nachlässe und Sammlungen des Archivs nutzen möchten, bietet die neue Software nützliche, vielleicht auch lang ersehnte Features – etwa eine Archivalienbestellung über die Online-Datenbank. Auch der Online-Zugang zu digitalisiertem Archivgut wird in den kommenden Jahren erheblich ausgebaut.



KOOPERATION INTENSIVIERT

Auf der Jahresmitgliederversammlung der Historischen Kommission zu Berlin e.V. wählten die Mitglieder Frau Prof. Dr. Ulrike Höroldt, Direktorin des Geheimes Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, zur neuen Vorsitzenden. Damit endet die langjährige Amtszeit ihres Vorgängers Prof. Dr. Michael Wildt (Humboldt Universität zu Berlin), der die neue Vorsitzende künftig als Stellvertreter unterstützen wird. Frau Prof. Höroldt freut sich über die Wahl, welche die Rolle der Archivarbeit in der Historischen Kommission unterstreicht und die Zusammenarbeit zwischen dem Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und der Historischen Kommission zu Berlin zum beiderseitigen Nutzen verstärkt.



KOOPERATION DANZIG – BERLIN

Durch die politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts wurden Akten einzelner Behörden in vielen Fällen auf mehrere Archive verstreut. Ein Kooperationsprojekt Danzig-Berlin macht es jetzt möglich, die Erschließungsdaten zu den Überlieferungen verschiedener westpreußischer Landratsämter im Staatsarchiv Danzig und im Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz virtuell wieder zusammenzuführen. Ein gemeinsames PDF-Findbuch kann über den Webauftritt des Geheimes Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz abgerufen werden. In einem zweiten Schritt ist geplant, Angaben in polnischer Sprache ins Deutsche übersetzen zu lassen.



Same, same, but different

Die Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Ulrike Höroldt

Hinter der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) und damit auch hinter dem Geheimen Staatsarchiv, das zur SPK gehört, liegen turbulente Jahre. Auch die nächsten Jahre werden nicht weniger aufregend, denn die SPK befindet sich mitten in einem laufenden Reformprozess. Warum ist das so?

Im Sommer 2018 beauftragte die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) Monika Grütters den Wissenschaftsrat, das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium in Deutschland, mit der Evaluierung der 1957 gegründeten und durch die deutsche Wiedervereinigung 1990 erheblich vergrößerten Stiftung. Nachdem in deren Folge die jahrzehntelang getrennten Sammlungen wieder zusammengeführt worden sind, gehören zu Deutschlands größter Kulturstiftung die Staatsbibliothek zu Berlin (SBB PK), die Staatlichen Museen (SMB PK) mit ihren fünfzehn Einzelmuseen, das Ibero-Amerikanische Institut und das Staatliche Institut für Musikforschung sowie – last but not least – das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem. Das Archiv erhielt 1993 große Teile seiner Bestände zurück, die während der Zeit der DDR in Merseburg verwahrt worden waren; sie sind aber immer noch in einem Außenmagazin im Berliner Westhafen untergebracht.

Das Ergebnis der Evaluation im Sommer 2020 attestierte dem Geheimen Staatsarchiv und anderen Stiftungseinrichtungen zwar gute Arbeit, stellte aber für die Gesamtstiftung neben einer großen Unterfinanzierung erhebliche Dysfunktionalitäten fest, v. a. in der Verwaltung und Organisation, und nahm insbesondere die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Staatlichen Museen zu Berlin (SMB) sehr kritisch in den Blick. Sie empfahl daher die Auflösung der Dachstruktur der Stiftung und eine Verselbständigung der meisten Einrichtungen. Dagegen regte sich insbesondere der Widerstand der Bundesländer, die gemeinsam mit dem Bund Träger der Stiftung sind. Zur Planung weiterer Schritte beschloss der Stiftungsrat, das oberste Gremium der SPK, eine Reformkommission einzusetzen.

Evaluierung
durch den
Wissenschaftsrat



Dieser gehörten neben der Bundesbeauftragten vier Minister*innen als Vertreter*innen der Länder (Hamburg, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen) an. Im Sommer 2021 folgte der Stiftungsrat einer Beschlussvorlage der Reformkommission und legte fest, dass die Stiftung erhalten bleiben soll, sich aber erheblich verändern muss. Die Änderungen reichen von einer neuen Führungsstruktur über eine Auflösung der Generaldirektion der Staatlichen Museen zu Berlin bis zu einer neuen Governance-Struktur der Gesamtstiftung: Namentlich soll anstelle eines einzelnen Präsidenten ein kollegiales Gremium treten, in dem die Einrichtungen vertreten sind, und die bisher beim Präsidenten angesiedelte Hauptverwaltung soll sich zu einem Servicezentrum für die Einrichtungen weiterentwickeln. Darüber hinaus wurde eine Stärkung der Einrichtungen und innerhalb der SMB der einzelnen Museen gefordert, zugleich aber auch der Ausbau spartenübergreifender Kompetenzen. Die Einrichtungen der SPK sollen also enger und zielführender zusammenarbeiten und gleichzeitig ihre jeweiligen Interessentenkreise noch gezielter ansprechen und agiler handeln können.

SPK bleibt
erhalten

>>>

Eckpunkte einer
künftigen Struktur

Zur Umsetzung dieser Vorgaben beauftragte BKM noch im Sommer 2021 zwei Unternehmensberatungen (PD Partner für Deutschland gemeinsam mit der actori GmbH), die Eckpunkte einer künftigen Struktur auszuarbeiten. Im Herbst legten diese einen ersten Entwurf vor, der nun in enger Abstimmung mit der Stiftung und ihren Einrichtungen weiterentwickelt wird. Auch innerhalb der SPK hatte man sich inhaltlich auf die Reform vorbereitet und seit Sommer 2020 in der sogenannten „Strategiekommision“ im Kreis der Einrichtungsleitungen, des Präsidenten und Vizepräsidenten sowie von Vertreter*innen der AG Direktoren der SMB die kritischen Felder betrachtet. Die Ergebnisse dieser Überlegungen sollen jetzt in den Reformprozess einfließen, ebenso wie Anregungen aus der Mitarbeiterschaft.

Ziel ist eine Vorlage im Sommer 2022, über die dann in den politischen Gremien weiter beraten werden soll. Spannend dabei ist, dass die weitere Umsetzung nicht mehr von der bisherigen Regierung betrieben wird, sondern nach der Bundestagswahl im September 2021 von einer neuen Regierung und auch einer neuen Bundesbeauftragten, Claudia Roth. Der am 7. Dezember 2021 unterzeichnete Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/die Grünen und FDP führt dazu auf S. 123 aus: „Wir setzen den Reformprozess der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gemeinsam mit den Ländern fort. Ein erhöhter Finanzierungsbeitrag des Bundes hat die grundlegende Verbesserung der Governance zur Voraussetzung.“

Aus der Sicht des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz ist der Erhalt der Stiftung durchaus zu begrüßen, auch wenn andere Lösungen für das Archiv denkbar gewesen wären. In der Endphase des Prozesses kommt es nun darauf an, ob es gelingt, die richtigen Rahmenbedingungen für eine effiziente und zukunfts-gerechte Arbeit zu schaffen, damit das Geheime Staatsarchiv noch besser als bisher auf die sich verändernden Anforderungen des – insbesondere – digitalen Zeitalters reagieren kann. Nicht zuletzt müssen endlich die baulichen Bedingungen geschaffen werden, um die gesamte wertvolle und einmalige Überlieferung des Geheimen Staatsarchivs mit ihren preußischen Kernbeständen wieder an einem Ort, in Dahlem, fachgerecht und damit zukunftssicher zu verwahren. Wenn dies alles gelingt, haben sich die Reformanstrengungen der zurückliegenden Jahre auch für das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz gelohnt.

Über die Autorin:
Prof. Dr. Ulrike
Höroldt ist
Direktorin
des Geheimen
Staatsarchivs
Preußischer
Kulturbesitz.

2022: Vorlage für
politische Gremien



Digitalisierungsschub

Die Arbeit des Geheimen Staatsarchivs
in der Corona-Pandemie

Sven Kriese

Als am 9. März 2020 der „Krisenstab Corona“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) zusammentrat und Notdienstpläne für alle Einrichtungen der SPK vereinbarte, war nicht abzusehen, wie tiefgreifend das Corona-Virus innerhalb kürzester Zeit die Arbeit in der gesamten Stiftung und somit auch im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz verändern sollte. Durch die Dynamik der Pandemie ging das Krisenmanagement schon bald auf das „Stiftungsdirektorium“ der SPK über. In eng getakteten Sondersitzungen wurden dort die notwendigen Entscheidungen zur Anpassung des Dienstbetriebes durch die Stiftungsleitung und die Einrichtungsleitungen getroffen und mit den Personalvertretungen abgestimmt. Eine besondere Herausforderung bestand darin, die unterschiedlichen Anforderungen aus den Einrichtungen und somit aus den Sparten Museum, Bibliothek und Archiv sinnvoll aufeinander abzustimmen und Sonderregelungen gegeneinander abzuwägen. Hilfreich zur Bewältigung der ungewohnten Situation war, dass sich die SPK sehr schnell auf ein einheitliches Videokonferenz-System einigte und dieses zügig ausrollte.

Standen zunächst noch Hygieneregeln sowie Vorgaben bei Erkrankung an Covid-19 und zur Beschränkung von dienstlichen Veranstaltungen im Mittelpunkt der Beratungen, so erfolgte bereits zum 14. März 2020 die Schließung der Einrichtungen für den Publikumsverkehr – nur eine Woche nach dem erfolgreich durchgeführten Tag der Archive. Am 18. März wurde dann der Notdienstplan Stufe 1 in Kraft gesetzt: Der Dienstbetrieb blieb zwar grundsätzlich bestehen, jedoch die Präsenz im Dienstgebäude stark reduziert. Ab 2. April 2020 sollte das Homeoffice dann vornehmlich genutzt werden. Zudem wurden nach und nach Wechselmodelle für jene eingeführt, deren Tätigkeiten nicht homeoffice-fähig sind.

Rund sechs Wochen später ergaben sich erste Wiedereröffnungsperspektiven für das Geheime Staatsarchiv, da die SPK zum 5. Mai 2020 in den „eingeschränkten Regelbetrieb“ eintrat und die aktuali-

Schließung und
Wiedereröffnung

>>>

sierte Corona-Verordnung des Landes Berlin vom 7. Mai explizit die Wiedereröffnung der Archiv-Lesesäle unter Einhaltung von Mindestabständen und Hygieneregeln gestattete. Das Archiv fuhr den Nutzungsbetrieb zum 14. April wieder hoch, allerdings unter starker Verminderung der Lesesaalplätze von 60 auf (bis heute) 14, was eine große logistische Herausforderung bei der Terminvergabe bedeutet. Da wegen der fehlenden Impfmöglichkeiten zeitweise auf Freiwilligkeit bei der Nutzungsbetreuung im Forschungssaal gewechselt wurde, kam es zudem zur besonders starken Arbeitsbelastung Einzelner. Am 16. Dezember 2020 folgte dann der bundesweite Lockdown. Erst am 22. März 2021 öffnete das Geheime Staatsarchiv (in enger Abstimmung mit dem Bundesarchiv) wieder seinen Forschungssaal.

Was hat sich in diesen Monaten an der Arbeitsweise des Archivs konkret geändert? Insbesondere ist ein deutlicher Digitalisierungsfortschritt zu erkennen, der nur teilweise in der Pandemie begründet liegt, aber durch diese deutlich beschleunigt wurde: Die Möglichkeit und zeitweise Weisung, Homeoffice zu nutzen, konnte anfänglich nur mit ca. 20 Dienstgeräten komfortabel unterstützt werden, mit denen auch von außen ein gesicherter Zugriff auf das interne Netzwerk der SPK möglich war. Der Regelfall blieb zunächst das Homeoffice unter Nutzung privater Rechner, die aus Gründen der Datensicherheit ohne Netzwerkzugang zur SPK blieben. Zahlreiche Archivar*innen arbeiteten mit Datenexporten aus dem Archivinformationssystem in Excel-Listen, die später wieder in das System importiert werden mussten. Trotzdem konnte durch Retrokonversion und Datenpflege die Erschließung deutlich gesteigert werden. Das Bibliotheks-Referat hatte glücklicherweise von Beginn der Pandemie an über einen Webdienst des Gemeinsamen Bibliotheksverbands die Möglichkeit zur direkten Dateneingabe.

2021 wurden dann leistungsstarke Homeoffice-Arbeitsplätze realisiert. Durch Ausweitung des geschützten Zugangs über die Staatsbibliothek und die Beschaffung von weiteren 54 Notebooks wurden dank der hervorragenden Arbeit im IT-Administrationsbereich alle für das ausgeweitete Homeoffice geeigneten Arbeitsplätze mit der notwendigen Technik ausgestattet. Dies geschieht inzwischen im Kontext der Ein-Geräte-Strategie, die die SPK 2021 beschlossen hat: Das Notebook wird über Dockingstation oder WLAN mit dem Netzwerk der SPK verbunden und kann sowohl in der Dienststelle als auch zu Hause eingesetzt werden. Auch die Nutzer*innen profitieren vom Digitalisierungsschub: Die Erzeugung von Digitalisaten wurde auf einen Bearbeitungszeitraum von einer Woche eingetaktet und die Bereitstellung über eine Cloudlösung zum Datentransfer beschleunigt. Durch diverse Projekte im Rahmen der überarbeiteten Digitalisierungsstrategie stieg zudem die Zahl der online nutzbaren Archivalienabbildungen

Beschleunigung
durch Pandemie



– Archiv-
mitarbeiterin
beim Scannen
einer Urkunde

deutlich. Zudem wird die trotz Pandemie erfolgreich erarbeitete und eröffnete Vitrinenausstellung „Ich denke der Affe laust mir. Preußen nach der Reichsgründung 1871“ durch eine digitale Präsentation in der Deutschen Digitalen Bibliothek ergänzt (siehe Beitrag von F. Althoff).

Durch das Geheime Staatsarchiv wird derzeit zudem eines der größten Change-Projekte für die Gesamtstiftung gesteuert: Die Einführung der Elektronischen Akte im Rahmen des E-Government-Gesetzes (siehe Beitrag von K. Beyer). 2021 erfolgte die Pilotierung des webbasierten Dienstes „E-Akte-Bund“. Bereits hierbei hat sich gezeigt, dass das für 2022 anstehende Ausrollen der E-Akte für das gesamte Archiv das mobile Arbeiten und grundsätzlich das digitale Verwaltungshandeln qualitativ noch einmal erheblich verbessern wird. Das Ausweiten der mobilen Arbeit und nutzungsfreundlicher digitaler Dienste sind Entwicklungen, die durch die Pandemie getrieben wurden und das Arbeiten des Archivs nachhaltig verändern werden. Der Kern unserer Arbeit – Zugang schaffen und somit Forschung ermöglichen – kann jedoch nicht allein digital erfolgen. Alle Mitarbeiter*innen des GStA PK sehnen den Tag herbei, an dem wieder mehr als 14 Besucher*innen mit unseren einmaligen Archivalien im Forschungssaal arbeiten können.

„Ich denke der
Affe laust mir!“
(deutsche-
digitale-
bibliothek.de)



Über den Autor:
Sven Kriese ist
Abteilungsleiter
und stellver-
tretender Direk-
tor des Geheimen
Staatsarchivs
Preußischer
Kulturbesitz.



ARBEIT IM WANDEL

Arbeit unterliegt einem Wandel – wie so vieles im menschlichen Leben. Dabei haben sich Innovationen schon immer als Impulsgeber für andersartiges Arbeiten erwiesen. Das Überwinden räumlicher Distanzen spielte dabei eine wesentliche Rolle – physisch, durch Reisen, aber auch technologisch, durch Kommunikationsmittel. Doch wann ist die Zeit reif für Innovatives? Und wie verändert es die Arbeit? Wann kommen bestimmte Ideen auf und wann können sie technologisch umgesetzt werden? Dies sind nur einige der Fragen, welche in den Beiträgen dieses Themenschwerpunkts aufgegriffen werden – auf Grundlage von Quellenmaterial des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und ausgewählter Partnereinrichtungen.



↑ Eduard Hildebrandt, Alexander von Humboldt in seinem Berliner Arbeitszimmer in der Oranienburger Straße 67, 1848
Bild: © bpk/Handschriftenabteilung, SBB PK, 70249258

→ Albrecht Dürer: Heiliger Hieronymus im Gehäuse, 1514
Bild: © bpk/Kupferstichkabinett/Dietmar Katz, 70230554

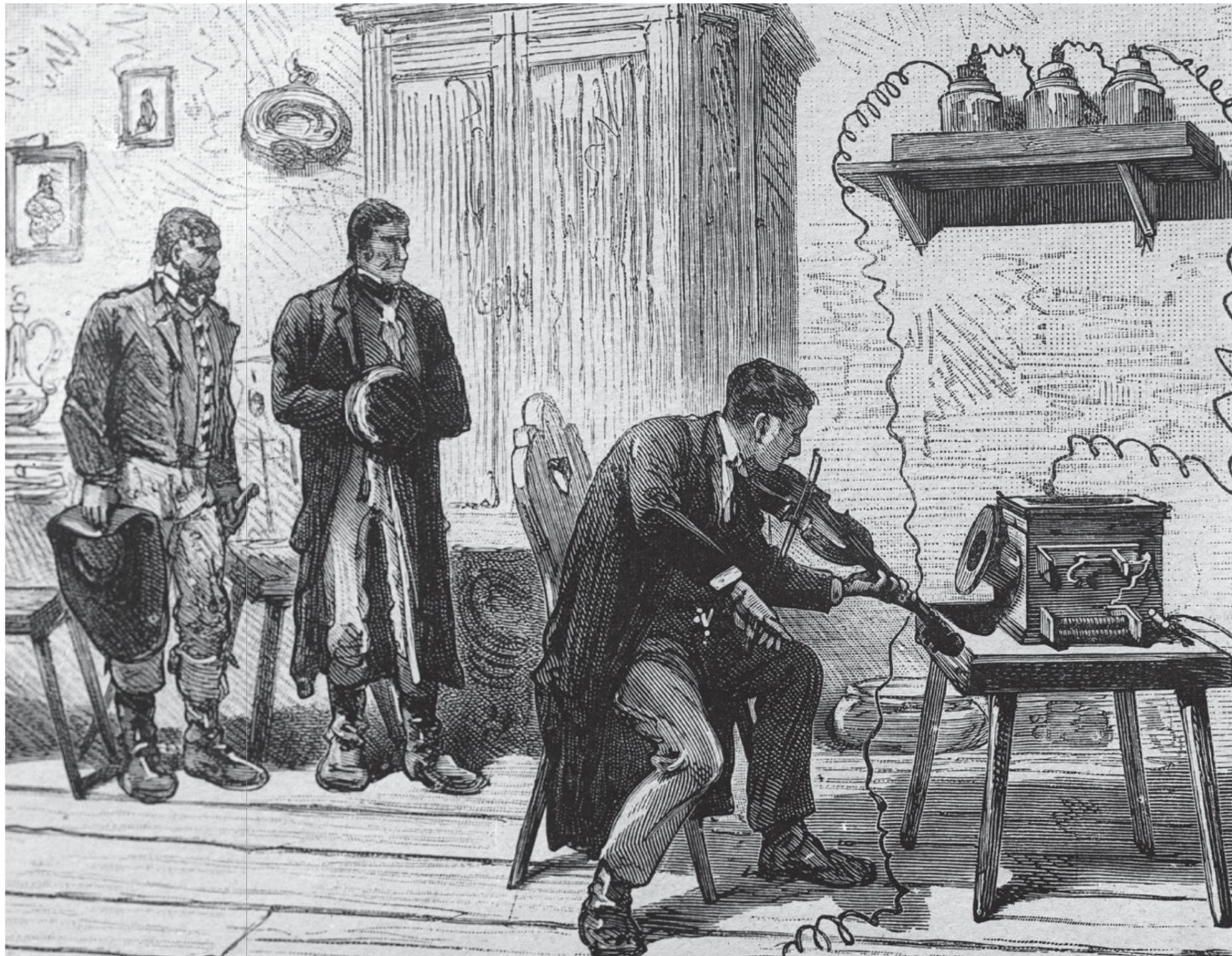
Home // Office

Alexander von Humboldt, berühmter Reisender, Gelehrter und zeitweilig auch Diplomat in preußischen Diensten, verfasste sein nicht minder berühmtes opus magnum mit dem Titel *Kosmos* in den vier Wänden seiner Berliner Wohnung in der Oranienburgerstraße 67 – also gewissermaßen im Home-office. Auf einer Darstellung, die Eduard Hildebrandt 1848 von Humboldts Arbeitszimmer anfertigte, notierte der Gelehrte denn auch: „Ein treues Bild meines Arbeits Zimmers, als ich den zweiten Theil des Kosmos schrieb.“ Es ist nicht zuletzt das Schreiben des Kosmos, welches das (ikonographische) Urbild des Gelehrten heraufbeschwört – nämlich das des Kirchenvaters Hieronymus, der in seinem Gehäuse die Bibel übersetzt. Zwar fehlen in Humboldts Arbeitszimmer einschlägige Embleme wie Löwe, Fuchs, Totenschädel oder Sanduhr – wie in Albrecht Dürers Darstellung des Heiligen aus dem Jahre 1514 – aber die Parallelen sind dennoch frappierend. Das von links durch das Fenster einfallende Licht, die zusammengekauerte Körperhaltung der Gelehrten, ihre Einsamkeit inmitten sinnfällig platzierter Insignien der Gelehrtensamkeit ... Umspielt nicht sogar das weiße Haar Humboldts Haupt wie ein Heiligenschein? ML



Kreativ // Maschine

Schon seit der beginnenden Moderne im 17. und 18. Jahrhundert beschäftigten sich Menschen in Europa mit möglichst perfekten Maschinen – und ihrer Kreativität. Zunächst ist es aber die Kreativität des Menschen, die kaum Grenzen kennt – vor allem, wenn Maschinen der Kommunikation dienen. An die Seite des stummen Telegrafen tritt bald eine außerordentlich geschwätzige Maschine, das Telefon. Das gibt der zeitgenössischen Imagination unablässig zu denken, spornt dazu an, neue Hörprovinzen zu erobern. Philipp Reis (1834–1874), Erfinder des Telefons, experimentiert mit der Übertragung von Musik und fiedelt dazu wie besessen in den Trichter. Doch noch schöner wäre es, zur Stimme auch das passende Bild zu erhalten. Und so eröffnet 1936 zwischen Berlin und Leipzig eine Fern-Seh-Sprechstelle, bei der Teilnehmer*innen sich zugleich sprechen und sehen können. Wohin das ganze führt, wissen wir alle. Denken wir daran, wenn wir nächstes Mal unsere Fern-Seh-Sprechstelle aus der Tasche ziehen. *ML*



↑ Fernsehtelefon zwischen Berlin und Leipzig. Fern-Seh-Sprechstelle, eröffnet am 1. März 1936.
Bild: © bpk, 70163127

→ Philipp Reis bei seinen Versuchen musikalischer Telefonübertragung, 1860
Bild: © bpk / Kunstbibliothek SMB / Photothek Willy Römer



↑ Anzeige des Verkaufslagers Besenbruch aus Frankfurt am Main für moderne Kontoreinrichtungen. Lithographie, um 1890
Bild: © bpk, 00010457

→ St. Bürokratius. Karikatur aus: 20. Jahrhundert, 1921
Bild: © bpk / Dietmar Katz, 00005373

Büro // Herrschaft

Wohl erstmals in der europäischen Geschichte entwickelt sich die Wirtschaft im 19. Jahrhundert dynamischer als der Staat. Dennoch, so betont der Soziologe Max Weber in seinen Schriften über die *Typologie der Herrschaft*, beruhen Staat und Wirtschaft in der Moderne gleichermaßen auf Bürokratie. „Die Bürokratie ist der technisch reinste Typus der legalen Herrschaft“ (Weber, Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, I.2). Dennoch gerät in der Imagination des Publikums die Staatsbürokratie gegenüber jener der Wirtschaft bald hoffnungslos ins Hintertreffen. Eine Satire und ein Werbeplakat mögen dies illustrieren. Schon 1890 bot Ph. O. Besenbruch in Frankfurt (Main) alles für die effiziente Büroarbeit an: Vom Schreibmaschinen-Zubehör über Kopier-Apparate bis hin zur Schnellregistratur „Fortschritt“ wurde alles rund um „moderne Kontor-Einrichtungen“ feilgeboten. Dagegen arbeitet St. Bürokratius 1921 noch am traditionellen Schreibpult – hier kratzt noch der Federkiel –, vor dicken Aktenbänden, aus denen Aktenschwänze ragen. Sein Sitz wird von Paragraphenzeichen gestützt, was man zugegebenermaßen auch anders deuten kann. Unantastbar ist er zu diesem Zeitpunkt freilich schon lange nicht mehr. ML





↑ Unterricht in Stenographie und Schreibmaschine, Blick in den Schreibmaschinen-Saal. Industrieschule Chemnitz, 1928
Bild: © bpk/Kunstabibliothek, SMB, Photothek Willy Römer/Ernst Gränert, 20042954

→ Ein Passagier des Fluges Hamburg – Berlin verlässt nach der Ankunft die Junkers Ju 52. Fotografie von Benno Wundshammer, 1939
Bild: © bpk/Benno Wundshammer, Wu 39/05/05-17



Reise // Sekretäre

In der organisierten Moderne wird auch die Büroarbeit seit den 1920er Jahren zunehmend seriell bzw. industrialisiert. In der Industrieschule Chemnitz werden junge Männer im Maschinenschreiben gedrillt – und nehmen dabei eine Körperhaltung ein, die uns bekannt vorkommen dürfte. In der nun entstehenden Angestelltenkultur wird Arbeitsplatzergonomie zu einem zentralen Faktor der Körperbeherrschung. Vorbei sind die Zeiten, in denen der Gelehrte in der Abgeschiedenheit seiner heimischen Stube am Schreibpult kauerte und seiner Tätigkeit in stiller Versenkung nachging. Die neue Arbeit kratzt nicht wie das Schreiben mit dem Federkiel; sie klappert und bemisst sich nach Anschlägen pro Minute. Dabei ist das Arbeiten an der Maschine auch anfangs keineswegs ortsgebunden – wenngleich frühe „Laptops“ in Ermangelung elektronischer Speichermedien und Datenleitungen ausgesprochen spartanisch daherkommen: Aber immerhin – man reist jetzt in der Maschine mit der eigenen Maschine und ist dabei nicht nur sein eigener Herr, sondern auch sein eigener Sekretär. *ML*

Bk - D., Au 5. Jg. 1930.

Bericht betr. Büroreform.

6mündliche Anordnung des Herrn
1. Direktors vom 4. VI. 30 - G. St.
A. 2498/30 -)

Durch die stetig zunehmende Benutzung der Bestände des Geheimen Staatsarchivs, durch den fortschreitenden Ausbau des Staatsarchivs für die Provinz Brandenburg und durch die Angliederung zweier neuer Archivabteilungen, des Heeresarchivs und des Staatsarchivs für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreussen, sind die Geschäfte unseres Büros in einem Umfange vermehrt worden, mit dem der Personalbestand keineswegs Schritt gehalten hat. Die dadurch hervorgerufenen Unzuträglichkeiten, die in den Berichten G. St. A. 1798 und 2634 vom 16. IV. bzw. 16. VI. d. J. näher auseinandergesetzt worden sind, würden durch eine Personalvermehrung am leichtesten behoben werden. Da jedoch bei der augenblicklichen Lage der Staatsfinanzen die Bewilligung auch nur einer Arbeitskraft für das Büro nicht zu erwarten steht, muss versucht werden, durch sachliche Reformen den vorhandenen Mißständen nach Möglichkeit abzuhelfen, d. h. den Mangel einer neuen Arbeitskraft durch Arbeitersparnis bei den Bürogeschäften, soweit angängig, auszugleichen. Zur Erreichung dieses Zieles scheinen sich zunächst zwei Wege zu öffnen, nämlich:

I.

Von der Rohrpost zur E-Akte

Verwaltungsmodernisierung
im Spiegel der Zeit

Katrin Beyer

Die öffentliche Verwaltung befindet sich wie die Gesellschaft insgesamt in dem fort dauernden Transformationsprozess der Digitalisierung. Aber es gab auch schon in früheren Jahrhunderten Automatisierungsbestrebungen, die nachgerade revolutionäre Folgen hatten, wenn man etwa an die Erfindung der Schreibmaschine denkt. Was hat den Anstoß zur Einführung einer solchen Erfindung in einer Behörde gegeben? Wie hat die neue Technik die Arbeitsabläufe beeinflusst? Wie sind die Beschäftigten mit der Veränderung umgegangen? Ein Blick zurück zeigt Unterschiede wie auch überraschende Parallelen zu den heutigen Herausforderungen der Verwaltungsmodernisierung auf.

Bis ins 19. Jahrhundert war es üblich, dass sich Kommunikation zwischen und innerhalb von Behörden oder zwischen Bürger*innen und Behörden handschriftlich vollzog und der Versand physisch über persönliche Einreichung, Botendienste oder Postverbindungen erfolgte. Durch technische Neuerungen wie die Telegrafie und später die Schreibmaschine wurden die Beschreibstoffe und die Möglichkeiten der Übermittlung vielfältiger, was sich auch in den Akten der Behörden widerspiegelt.

Mit der Telegrafie konnten Nachrichten erstmals in codierter Form über größere geografische Entfernungen übermittelt werden, ohne dass dazu physische Objekte bewegt werden mussten. Der Nachrichtentext wird bei der Telegrafie über einen Code chiffriert und durch das Empfangsgerät decodiert. Die übermittelte Nachricht ist das Telegramm. In Preußen existierte ab 1832 ein optisches Telegrafensystem zwischen Berlin und der Rheinprovinz, das ab der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die elektrische Telegrafie abgelöst wurde (siehe die Beiträge von H.-J. Paech und C. Brandt-Salloum in diesem Heft).

>>>

Meilensteine
der (Büro-)
Kommunikation

Etwas später als die Telegrafie wurde die Rohrpost (zeitgenössisch: „pneumatische Telegrafie“) erfunden. Bei der Rohrpost handelt es sich um eine Vorrichtung zur Transportautomation von physischen Gegenständen mittels Druckluft, und nicht, wie bei der Telegrafie, um die Übermittlung von Signalen. Hierdurch konnten zwar nur kürzere Strecken überwunden werden, aber vor Ort wurde die Effizienz der Postverteilung mitunter erheblich gesteigert. Die Rohrpost gehörte über 100 Jahre zu den wichtigsten städtischen Kommunikationsmitteln. Die erste postalische Rohrpostanlage mit einer Länge von 200 m wurde 1853 in London in Betrieb genommen.

25 km
Rohrpostnetz

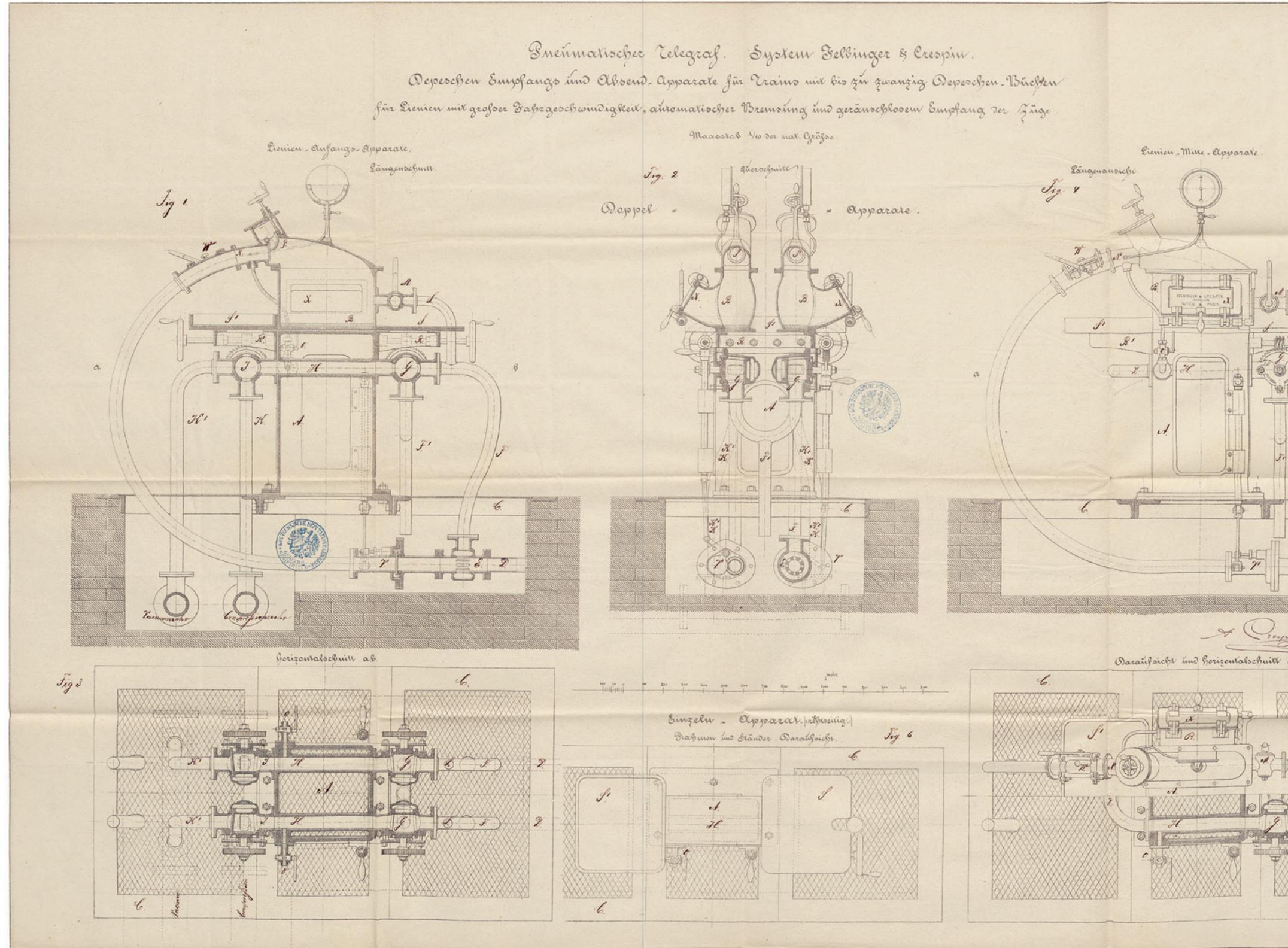
In Berlin konnte ein gut 25 km langes Rohrpostnetz ab Dezember 1876 öffentlich genutzt werden, nachdem es zuvor bereits kürzere Einzelstrecken gab. Die Umsetzung erfolgte nach Plänen der Ingenieure Franz Ritter von Felbinger (1844–1906) aus Wien und Arthur Crespin (geb. 1839) aus Paris. Der Betrieb als öffentliches Nachrichtenübermittlungssystem wurde in West-Berlin 1963 sowie in Ost-Berlin 1976 eingestellt, da Telefone und Faxgeräte („Fernkopierer“) immer breitere Verwendung fanden. Heute kommen Rohrpostanlagen in der Regel nur noch innerhalb von Gebäuden zum Einsatz, z. B. um Laborproben, Laufmappen oder Akten zu transportieren. Auch das 2001 fertiggestellte Bundeskanzleramt verfügt über eine Rohrpostanlage, die bis zur Einführung der elektronischen Akte ab April 2021 noch intensiv genutzt wurde.

Während die genannten Erfindungen vor allem die in den Behörden eingehenden Schreiben betrafen, mehrten sich auch innerhalb der Behörden im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Automatisierungsprozesse durch den Einsatz entsprechender Geräte. Die wichtigste, wenngleich nicht die einzige Erfindung der Bürotechnisierung stellte die Schreibmaschine dar, die um 1900 ihren Siegeszug antrat und gleichsam als Nebeneffekt den neuen Beruf der Sekretärin hervorbrachte. Während in früheren Zeiten hauptsächlich Männer als Sekretäre oder Registratoren beschäftigt waren, wurden für maschinenschriftliche Tätigkeiten nun nahezu ausschließlich Frauen eingestellt.

Wie intensiv sich Behörden mit der anstehenden Umstellung beschäftigten, zeigt die Überlieferung der preußischen Ministerien aus dieser Zeit. Das Justizministerium regte 1898 ein Gutachten der Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt – der heutigen Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung – zu den geeigneten Papiersorten für die Schreibmaschine an. Auch die anderen Ministerien gaben dazu teils bereits maschinenschriftlich, teils noch handschriftlich ihr Votum ab und bezogen weitere Aspekte wie geeignete Schreibtypen und Erfahrungen mit der Schreibgeschwindigkeit ein.

>>>

Votum zum Schreibmaschine-Schreiben



Während sich das Ministerium für Handel und Gewerbe skeptisch gegenüber einer möglichen Effizienzsteigerung durch die Schreibmaschine äußerte, stellten das Finanzministerium und das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bereits „Mehrleistungen“ und „Erfolge“ bei der Schreibgeschwindigkeit fest. Das Justizministerium bezifferte die erhöhte Schreibleistung der Sekretäre und Kanzleihilfen (sogenannter Diätäre) am 6. Dezember 1898 sogar auf das Anderthalbfache, jedoch nicht ohne zu erwähnen, dass „zwei jüngere, intelligente Kanzleidiätäre“ für die maschinenschriftliche Tätigkeit ausgewählt worden seien. Der unterschiedliche Grad der Einübung des Personals in die geänderten Schreibgewohnheiten dürfte wesentlich für diese abweichenden Bestandsaufnahmen verantwortlich sein, was verdeutlicht, dass technische Neuerungen immer wichtigere Bestandteile von Aus- und Fortbildung wurden.

Büroreform

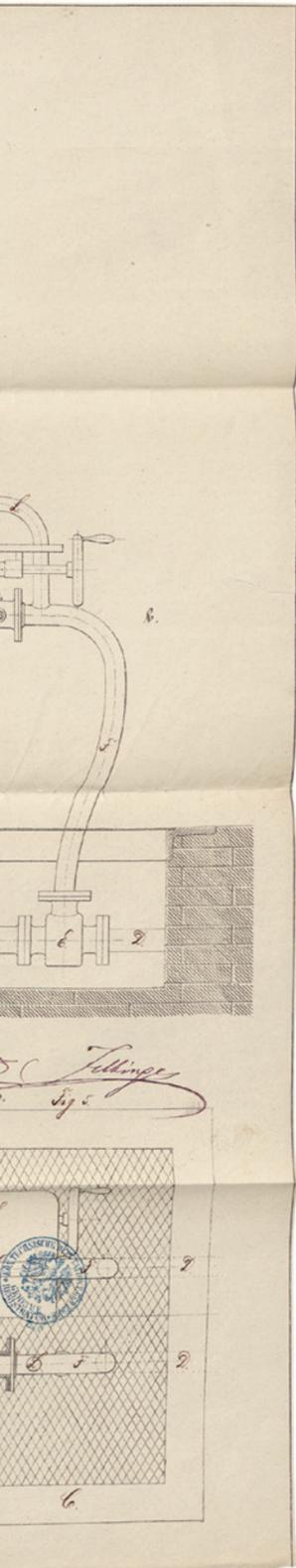
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu einem tiefen Umbruch der Arbeitsweise in den Registraturen der Behörden, der als Büroreform bekannt ist. Der steigende Anfall von Schriftgut führte in Preußen ab den 1920er Jahren zu einer Abkehr von der bislang üblichen Fadenheftung sowie der liegenden Lagerung der Akten zugunsten der Verwendung von Stehordnern. Aktenführung wurde zudem dezentraler organisiert: Die aus der preußischen Behörden-geschichte nicht wegzudenkenden zentralen Registraturen wichen zunehmend dezentralen Ablageformen. Aktenpläne und Aktenzeichen nach dem Dezimalsystem hielten Einzug. Des Weiteren verabschiedete man sich vielerorts von Geschäftstagebüchern, die dem Erfassen und Wiederauffinden von Schriftstücken durch die Registrierung ihrer Metadaten (Absender, Eingangsdatum, Betreff etc.) dienten.

Als im Preußischen Geheimen Staatsarchiv der Geschäftsverkehr in Anbetracht der sprunghaft angestiegenen genealogischen Anfragen bei gleichzeitiger Angliederung zweier neuer Archivabteilungen gegen Ende der 1920er Jahre zusammenzubrechen drohte, wurde eine eigene Bürokommision eingerichtet, die Vorschläge zur Rationalisierung der Geschäftsabläufe unter Zuhilfenahme technischer Neuerungen erarbeitete. Die Kommission unterbreitete im Juni 1930 u. a. folgende Lösungsansätze: Abschaffung des gesonderten Posteingangsbuchs an der Pforte, Neuregelung und klarere Abgrenzung von Zuständigkeiten, Einführung von Schnellheftern und Schnellordnern. Für die Finanzierung der Reform stellte der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive 427 Reichsmark bereit, die vor allem für die Beschaffung von Ordnern für den Schriftgut-anfall der kommenden 10–15 Jahre verwendet wurden. Zum 11. Februar 1931 traten die Änderungen in Kraft.

>>>



drohender
Zusammenbruch





– fadengeheftete
Akten im Geheimen
Staatsarchiv

Nicht alle Behörden haben die Büroreform jedoch vollständig umgesetzt, sondern die Vor- und Nachteile einzelner Maßnahmen genau abwogen. So zeigt sich das Staatsarchiv Münster in einem Bericht vom 9. September 1941 skeptisch gegenüber einer Abschaffung des Geschäftstagebuchs, das oftmals „die einzige Hilfe“ bilde, „um den Verbleib eines gesuchten Vorgangs jüngeren oder älteren Datums zu ermitteln.“ Auch im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz hat das Geschäftstagebuch überdauert und dabei sowohl die Nachkriegs- wie auch die Wendezeit überlebt. Im Jahr 2003 ist es in eine Datenbank Anwendung überführt worden. Mit der Einführung der E-Akte und deren elektronischen Registrier- und Recherchefunktionen wird dieses Instrument der Schriftgutverwaltung jedoch wohl auch in Berlin-Dahlem endgültig entfallen.

Fadenheftung überlegen

Ähnlich gelagert ist der Fall bei der Einführung von Aktenordnern. Diese technische Neuerung wurde von den Behörden angesichts des gestiegenen Schriftverkehrs in den 1920er und 1930er Jahren zwar grundsätzlich begrüßt, da sie gegenüber der Fadenheftung eine beschleunigte Ablage ermöglichte, aber die Einführung wurde genau abgewogen. Im Preußischen Geheimen Staatsarchiv verwendete man Ordner zunächst nur für die Aufbewahrung der Korrespondenz mit den Nutzenden, dem Bereich mit dem größten Schriftgutanteil. In dem bereits erwähnten Bericht zur Büroreform aus dem Jahr 1930 wies die Bürokommision des Preußischen Geheimen Staatsarchivs jedoch darauf hin, dass „die Aktenheftung hinsichtlich der Schonung und sicheren Aufbewahrung des Schriftgutes unbedingt überlegen ist“. Diese Einschätzung ist auch aus heutiger Sicht noch zutreffend, allerdings war die Fadenheftung angesichts des rasant anwachsenden Aktenschriftguts in den Behörden schlicht nicht mehr zu leisten. Heute werden Akten zur Archivierung daher zwar nicht mehr fadengeheftet, aber aus den Stehordnern entnommen, archivgerecht in Mappen und Kartons verpackt und konsequent liegend gelagert.

Die genannten Beispiele aus dem 19. und 20. Jahrhundert erinnern mutatis mutandis an die behördeninternen Diskussionen der heutigen Zeit zum Umgang mit technischen Neuerungen und anstehenden Veränderungsprozessen. Entscheidet man sich für eine neue Technik? Welche Vor- und Nachteile hat sie? Welche Erfahrung haben andere Behörden gemacht? Im 21. Jahrhundert sind die Rahmenbedingungen natürlich andere. Rechtliche Vorgaben wie das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz) und das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit an einer digitalisierten, zugänglichen und transparenten Verwaltung erzeugen einen äußeren Druck zur Veränderung. Aber auch die Bedürfnisse der Beschäftigten werden stärker in Veränderungsprozesse einbezogen. Insbesondere die Generation der Digital Natives erwartet digital zu arbeiten, daher muss die öffentliche Verwaltung entsprechende digitale Angebote machen, um nicht zuletzt als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung beschleunigt, indem sie in der technischen Ausstattung wie auch in der Nutzung der vorhandenen digitalen Möglichkeiten Defizite offengelegt hat.

Werfen wir daher noch einen Blick auf jenen Meilenstein der Büroautomatisierung, der unser aller Leben so enorm verändert hat: die Erfindung des Computers. Seit den 1990er Jahren sind Textverarbeitungsprogramme, Filesysteme und E-Mails aus dem Behördenalltag nicht mehr wegzudenken. Es wurde vielerorts zum Standard, dass die Beschäftigten über eine persönliche E-Mail-Adresse direkt erreichbar sind. Dies eröffnete neue Möglichkeiten in der Kommu-

Digitalisierung der Verwaltungs- arbeit

>>>

nikation nach außen wie nach innen. Gleichzeitig wurde es für zentrale Posteingangsstellen, Registraturen oder (Behörden-)Leitungen deutlich schwieriger bis unmöglich, den Überblick über den gesamten Schriftverkehr zu behalten.

E-Mail-Flut

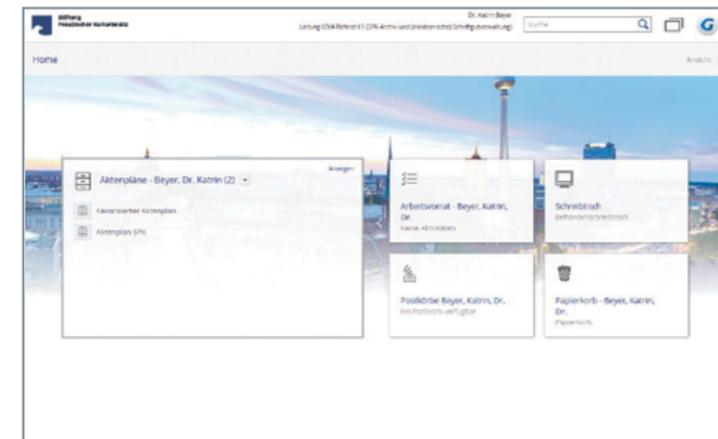
Die E-Mail hat auch die behördeninterne Kommunikation grundlegend gewandelt. Nicht nur changiert die E-Mail bisweilen zwischen formeller und informeller Kommunikation, sie ist zudem ein Transportmittel, um Dokumente behördenintern weiterzuleiten und abzustimmen. Diese Entwicklung hat in den vergangenen Jahren zu einer wahren Flut an behördeninternem E-Mail-Verkehr geführt. Allerdings ist die E-Mail kein reversionssicheres Medium, was ihre Nutzungsmöglichkeiten einschränkt. Zeichnungsprozesse, bei denen das formale Einverständnis anderer Stellen einzuholen ist, sind per E-Mail nicht rechtssicher durchzuführen. Außerdem führt das Zuschicken verschiedener Versionsstände an immer größere E-Mail-Verteiler zu Unübersichtlichkeit und Ineffizienz.

Während schon die Schreibmaschine durch die Möglichkeit des Durchschlags das Aussterben des Konzepts – der Vorstufe zur Reinschrift aus aktenkundlicher Sicht – einläutete, beschleunigte die E-Mail diesen Prozess noch einmal deutlich. Viele Behörden gingen dazu über, einen zweiten Ausdruck der E-Mail oder eine Fotokopie der Ausfertigung als Nachweis zu den Akten zu nehmen, wodurch behördeninterne Abstimmungsprozesse schlechter nachvollziehbar wurden. Bei der elektronischen Aktenführung wird in der Regel nur noch die versendete E-Mail veraktet, Abstimmungsprozesse im Vorfeld müssen bewusst anderweitig dokumentiert werden.

Das zunehmende Nebeneinander von elektronischen und papierernen Unterlagen führte in den meisten Behörden innerhalb weniger Jahre zu typischen Problemen hybrider Aktenführung: unvollständige Papierakten, rechtliche Unsicherheiten (Was muss noch auf Papier aufbewahrt werden?), schlechtere Wiederauffindbarkeit. Aktenrelevante E-Mails liefen Gefahr, für immer verloren zu gehen, wenn sie nicht ausgedruckt wurden. Das Ausdrucken wiederum empfanden viele als nicht mehr zeitgemäß, zumal sich einige Dateiformate gar nicht für den Ausdruck eignen (z.B. Grafikdateien oder komplexe Tabellen) und ausgedruckte Dateien naturgemäß keine Basis für die elektronische Weiterbearbeitung und Nachnutzung innerhalb der Behörde bilden. Hinzu kam, dass sich längst nicht mehr alle Verwaltungsabläufe dokumentenbasiert vollzogen, sondern vermehrt Datenbanken und andere Fachanwendungen zum Einsatz kamen.

Heute ist klar: Ein effizientes Wissensmanagement der Behörden im 21. Jahrhundert kann nur durch eine konsequente Digitalisierung der Arbeitsabläufe erreicht werden. Genau darauf zielt das

hybride
Ablagestrukturen



bereits erwähnte E-Government-Gesetz aus dem Jahr 2013 ab, das die Behörden des Bundes u. a. zur Einführung der Elektronischen Akte, kurz: E-Akte, verpflichtet. Es handelt sich bei der E-Akte um ein Dokumentenmanagementsystem, das eine ortsunabhängige Zusammenarbeit an Dokumenten und die reversionssichere elektronische Speicherung von Korrespondenzläufen und behördeninternen Dokumenten ermöglicht. Elektronische Verfügungen und Laufmappen ersetzen weitestgehend den Papierweg. Mobiles Arbeiten scheitert nicht mehr an der fehlenden Möglichkeit des ortsunabhängigen Zugriffs auf Dokumente.

Das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz hat die Federführung für die Einführung der E-Akte in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz übernommen und im Jahr 2021 die Pilotierung des Systems in ausgewählten Organisationseinheiten erfolgreich abgeschlossen. Bei diesem Prozess kann das Archiv seinem Auftrag zur Behördenberatung bei der Schriftgutverwaltung in ganz neuem Maße nachkommen und mit den Schriftgutbildnern schon über den Entstehungs- und Aufbewahrungsprozess der Akten in den Austausch treten. Die Herausforderung besteht angesichts der dezentralen Aufbauorganisation der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und ihrer verschiedenen Standorte darin, die Hürden für die Nutzung des Systems so gering wie möglich zu halten, ohne das Ziel einer qualitativ hochwertigen Aktenführung aus dem Blick zu verlieren. Ein agiles Vorgehen bei der System Einführung bedeutet dabei nicht zuletzt, Aspekte des Veränderungsmanagements einzubeziehen und zeitgemäße Formate der Vermittlung (E-Learning, User Cafés u. Ä.) anzubieten.

>>>

E-Akte wird
Pflicht

Seit den 1990er Jahren sind die Zeitabstände zwischen entscheidenden technischen Neuerungen kürzer geworden. Die öffentliche Verwaltung befindet sich in dem permanenten Wandel der Digitalisierung. Dass die Beschäftigten fortlaufend ihre Arbeitsweise an die jeweilige technische Neuerung anpassen müssen, greift als Sichtweise jedoch zu kurz. Vielmehr hat ein Bewusstseinswandel eingesetzt, der stärker den Erfahrungsaustausch unter den Beschäftigten und mit anderen Behörden (Best Practice) sowie die Idee einer Anwendergemeinschaft in den Fokus rückt. Die technischen Innovationen verändern das Instrumentarium, mit dem die Verwaltungsarbeit durchgeführt wird. Wie die Behörden diese Neuerungen im Rahmen der systemseitigen Möglichkeiten und Grenzen nutzen, ist eine organisatorische Frage. Projekte zur Einführung von IT-Systemen in der öffentlichen Verwaltung sind daher letztlich immer Projekte zur Organisationsentwicklung.

Der übergeordnete strategische Aspekt der Digitalisierung hat dabei insgesamt an Relevanz gewonnen. Auf das zunehmende Angebot an Endgeräten und Softwareprodukten muss die öffentliche Verwaltung mit mittel- und langfristiger Planung ebenso reagieren wie mit der Festlegung von Kriterien zur IT- und Datensicherheit. Keine Beschäftigtengruppe darf dabei außer Acht gelassen werden, da die Beschäftigten eine Community bilden, aus deren Mitte heraus die Veränderung erfolgen muss: Die Digitalisierung geht uns alle an.

Einbeziehung
der Beschäftigten
und strategische
Planung

Über die Autorin:
Dr. Katrin Beyer
ist Referats-
leiterin am
Geheimen Staats-
archiv Preußischer
Kulturbesitz und
leitet das Ein-
führungsprojekt
E-Akte innerhalb
der Stiftung
Preußischer
Kulturbesitz.



- I. Vereinfachung der Behelfsmittel der Registratur,
II. Einführung von Schnellheftern und Schnellordnern für
die Benutzerregistratur..

I. Vereinfachung der Behelfsmittel der Registratur.

Der registraturmässigen Kontrolle des Schriftverkehrs und der Ermittlung gesuchter Vorgänge dienen zur Zeit nicht weniger als vier Behelfsmittel:

- a.) das Postbuch über Eingang und Ausgang
b.) das Brieftagebuch
c.) der Benutzerindex
d.) der Sachindex (Gegenstände und Abgaben).

Einer der Grundgedanken der modernen Registraturführung, dass nämlich "die zur Ordnung der Akten verwandte Zeit nützlicher verwandt ist als die zur Eintragung verwandte." (Gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien Allg. Teil S. 97), ist hier offenkundig verletzt. Es wird daher zu prüfen sein, ob und welche der obengenannten Behelfsmittel abgeschafft oder vereinfacht werden können.

a.) Das Postbuch über Eingang und Ausgang wird vom Pförtner und Telephonisten geführt, seine Abschaffung würde also dem Bürobetrieb nicht zu Gute kommen, würde aber trotzdem an dieser Stelle zu erwägen sein. Das Postbuch enthält nur das, was auch aus dem sorgfältig geführten Journal hervorgehen muss, und scheint überhaupt da nicht am Platze zu sein, wo von einer

Empfangsstelle

Ein spätmittelalterliches Tool für mobiles Arbeiten

Privilegienbücher des Deutschen Ordens

Johannes Götz

Nicht nur in der Arbeitsstelle, sondern auch in den eigenen Wänden oder gar unterwegs – unabhängig vom Aufenthaltsort – seinen Tätigkeiten nachgehen zu können, ist während der Covid-19-Pandemie zu einem wichtigen gesellschaftlichen Thema geworden. Die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten sind per se aber keine Erfindung des digitalen Zeitalters, sondern existieren in Abstufungen bereits in der Vormoderne. Insbesondere für die mittelalterliche Reiseherrschaft, die beispielsweise der Römisch-deutsche König par excellence praktizierte, war mobiles Arbeiten unumgänglich. Ein mittelalterlicher Herrscher regierte das ihm unterstehende Land nämlich nicht beharrlich von seiner Burg herab, sondern übte seine Herrschaft vielfach während so genannter Landesumritte aus. Die Umritte dienten dabei nicht nur der Repräsentation und Legitimation der eigenen Herrschaft, die man heute als besondere „Bürger-nähe“ hervorheben würde, sondern den Umritten wohnten auch ganz praktische funktionale Aspekte inne. So wurden Streitfragen vor Ort geklärt, Gerichtstage abgehalten oder einfach nur die Kommunikation mit den Eliten des Landes gepflegt und aufrechterhalten.

Landesherrliches Handeln fußte nicht auf Willkür; vielmehr musste es sich in einem der damaligen Zeit entsprechenden rechtlichen Rahmen bewegen. Um Rechtssicherheit zu erreichen, war der Herrscher auf die Kanzlei als Schreibstube und zugleich „Gedächtnis“ der Herrschaft angewiesen. Die Kanzlei war somit eines der wichtigsten Instrumente einer funktionierenden Herrschaft und hatte an der Herrscherresidenz gewissermaßen ihren festen Arbeitsplatz. Zugleich musste sie sicherstellen, dass ein Herrscher sein Land – metaphorisch gesprochen – vom Rücken eines Pferdes aus regieren konnte. Die Kanzlei hatte daher eine gewisse Ortsunabhängigkeit und Handlungsfähigkeit des Landesherrn zu gewährleisten – und dies in Zeiten, in denen Informationen nicht einfach auf einen kleinformati-gen Chip gespeichert werden konnten. Die zahlreichen Dokumente einer Kanzlei, die heute in den Archiven aufbewahrt werden, konnten jedoch auf Umritten kaum oder nur in Auswahl mitgeführt werden.

>>>

Reise und Herrsche!

Ortsunabhängigkeit erwünscht



– Privileg von Papst Honorius III. aus dem Jahre 1221

Die Kanzlei musste sich daher Hilfsmittel – die neudeutsch als Tools bezeichnet würden – bedienen. Eines dieser Tools wird im Folgenden anhand der Herrschaft des Deutschen Ordens in Preußen vorgestellt.

Der Deutsche Orden wurde 1190 während des Dritten Kreuzzuges vor den Toren Akkons gegründet und gehörte neben Templern und Johannitern zu den drei großen geistlichen Ritterorden der Levante. Diese Orden vereinten die Ideale des Ritter- und Mönchtums und machten sich zur Aufgabe, Pilger ins Heilige Land sowie das Königreich Jerusalem und die anderen Kreuzfahrerherrschaften zu schützen und zu verteidigen. Trotz des Niedergangs der christlichen Herrschaften im Nahen Osten erlebte der Deutsche Orden einen steilen Aufstieg: Zahlreiche Besitzerwerbungen im Heiligen Römischen Reich und im Mittelmeerraum sowie der Aufbau von Territorialherrschaften in Preußen und Livland ließen ihn Ende des 14. Jahrhunderts zu einer Hegemonialmacht im südöstlichen Ostseeraum erwachsen.

Im Jahre 1392 erreichte den in Preußen residierenden Hochmeister des Deutschen Ordens, Konrad von Wallenrode († 1393), ein brisanter Brief aus Rom; diesem Brief zufolge wurde der Deutsche Orden, dem Konrad als oberster Bruder vorstand, nicht nur diffamiert, sondern auch die Existenzberichtigung abgesprochen: Die Ordensgemeinschaft sei reich und mächtig, ehre jedoch nicht den Papst. Auch habe der Papst weder den Deutschen Orden selbst noch dessen Ordensregel (die Grundlage jeglicher Art monastischen Zusammenlebens) bestätigt oder anerkannt.

Eine fehlende päpstliche Anerkennung wäre für den Deutschen Orden nun nicht nur mit Blick auf die konkurrierenden regionalen Mächte – wie beispielsweise das Königreich Polen oder das Erzbistum von Riga – ein diplomatisches Fiasko gewesen, sondern hätte auch dessen Landesherrschaften in Preußen und Livland sowie die gesamte Existenz der Gemeinschaft in Frage gestellt. Eine nicht von Rom anerkannte monastische Gemeinschaft, die für sich propagierte, das Christentum zu fördern und zu verteidigen, war im lateinischen Europa des Spätmittelalters undenkbar. Die aus Rom übermittelten Nachrichten stellten daher nicht weniger als eine existenzielle Bedrohung für die Gemeinschaft des Deutschen Ordens dar.

Die Machtzentrale der Deutschordensherrschaft in Preußen und zugleich Sitz des Hochmeisters, die heute aufwendig restaurierte und wiederhergestellte Marienburg, versetzte die Nachrichten aus Rom offenbar in eine gewisse Unruhe. So ist aus den heute vorliegenden Schriftzeugnissen zu schließen, dass der Behauptung, der Deutsche Orden sei nicht vom Papst bestätigt worden, zunächst nichts entgegengesetzt werden konnte. Dieser Umstand ist durchaus überra-

Zwischen
Levante und Ostsee

brisante
Post aus Rom

Hochmeister-
kanzlei ratlos

schend. Heute ließe sich annehmen, dass eine so existenzielle Frage von der Hochmeisterkanzlei auf der Marienburg hätte beantwortet werden können, insbesondere, wenn das erhalten gebliebene Schriftgut des Deutschen Ordens in Preußen, heute im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz aufbewahrt, in den Blick genommen wird. Dessen Reichhaltigkeit wird von der Forschung stets betont, und es finden sich darin zahlreiche Schriftzeugnisse, welche die damaligen Vorwürfe hätten entkräften können. Dennoch holte sich der Hochmeister 1392 Rat aus der benachbarten Ordensprovinz Livland, deren Provinzialmeister ihm daraufhin ein Buch nach Preußen sandte. Darin, so der Deutschordensbruder aus Livland, seien die erforderlichen päpstliche Privilegien in Abschrift enthalten, wovon sich der Hochmeister durch Vorlesen derselben selbst vergewissern könne. Zudem sei in dem Buch angegeben, an welchen Orten sich in den deutschen Ländern die Privilegien befänden.

Das nach Preußen gesandte Buch wird in der Wissenschaft als Privilegienbuch bezeichnet, das zur Gattung der Kopiare gehört. Ein Kopiar enthält zahlreiche einzelne Schriftstücke – in der Regel Urkunden – in Abschrift und vereint diese in einem gebundenen Buch. Die Praxistauglichkeit eines solchen Buches – wissenschaftlich spricht man von einer Handschrift – liegen auf der Hand: Wird eine Rechtsfrage aufgeworfen, müssen die entsprechenden Schriftstücke nicht in den Kanzleiräumen gesucht werden; stattdessen kann einfach das entsprechende Privilegienbuch, das im Idealfall ein Inhaltsverzeichnis besitzt, zur Hand genommen werden. Ein Privilegienbuch bündelt somit Wissen von Rechtsdokumenten, die gegebenenfalls gerade selbst nicht vorliegen, wie der geschilderte Fall vom Ende des 14. Jahrhunderts verdeutlicht.

Wenngleich ohne umfangreiche kodikologische Analyse dahingestellt bleiben muss, ob sich das 1392 erwähnte Privilegienbuch unter den heute im Geheimen Staatsarchiv verwahrten Schriftstücken des Deutschen Ordens befindet, lassen sich die bisherigen Ausführungen anhand eines Privilegienbuches vom Anfang des 15. Jahrhunderts anschaulich aufzeigen. Dieses Buch beziehungsweise diese Handschrift umfasst 114 Blatt und enthält in Abschrift 136 Papst- und Kaiserurkunden, mit denen der Deutsche Orden wichtige Rechte erhielt. Exemplarisch sei das Privileg des Papstes Honorius III. (um 1148–1227) aus dem Jahr 1221 genannt, mit dem alle Personen, die den Deutschen Orden bei Begräbnissen, der Verfolgung von Straftätern oder Almosensammlungen behindern, unter Strafe gestellt werden. Das Privileg wurde dabei nicht nur in der Sprache der Papsturkunde – auf Lateinisch – abgeschrieben, sondern es liegt zudem in deutscher Übersetzung vor. Dadurch wird die Verständlichkeit insbesondere für die Führungsräte des Deutschen Ordens erheblich verbessert, da

gebündeltes
Wissen

>>>

– Abschriften des Privilegs von 1221 in lateinischer und deutscher Sprache im Privilegienbuch, Anfang 15. Jahrhundert



sich diese überwiegend aus des Lateinischen nicht mächtigen Laien zusammensetzte. Bezüglich des Aufenthaltsortes der Urkunde wird in der vorgestellten Handschrift angegeben, dass sich das Privileg in Marburg befände, wo der Deutsche Orden eine Niederlassung besaß. Tatsächlich befindet sich die Urkunde dort noch heute, wenn auch nicht mehr im Deutschordenshaus, sondern im Marburger Staatsarchiv.

Mit dem Verweis auf Marburg wird ein Charakteristikum aufgezeigt, das der livländische Provinzialmeister mit dem Verweis auf die Aufbewahrungsorte in den deutschen Ländern bereits angedeutet hatte. So bewahrte der Deutsche Orden seine wichtigen Privilegien nicht gänzlich im Haupthaus auf, der preußischen Marienburg, sondern dezentral, verteilt auf verschiedene Besitzungen ohne erkenn-

dezentrale
Verwahrung von
Urkunden

für den täglichen
Gebrauch
prädestiniert

bare Systematik. Im vorgestellten Privilegienbuch ist Marburg daher nur einer von vielen Verwahrungsorten der abschriftlich vorliegenden Urkunden; daneben werden Altenburg, Beugen, Biesen, Erfurt, Fellin, Frankfurt (Main), Konstanz, Langeln, Mergentheim, Nürnberg, Trier, Weißenburg und andere Orte genannt. Diese Orte werfen also nicht nur ein Schlaglicht auf die Verfasstheit der Gemeinschaft des Deutschen Ordens, sondern sie zeugen auch von dem Bedürfnis, die Privilegien gesichert aufzubewahren. Privilegienbücher hatten nämlich einen entscheidenden Nachteil: Sie besaßen keine Rechtsverbindlichkeit, so dass sie im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung im juristischen Sinne wertlos waren. Vor Gericht besaßen nur die Urkunden selbst Rechtskraft – beispielsweise das in Marburg verwahrte, im Jahre 1221 vom Papst Honorius III. ausgestellte und mit dessen Siegel versehene Dokument. Dieser Umstand veranschaulicht jedoch zugleich einen Vorteil eines Privilegienbuches: Während die Urkunden aufgrund ihrer Rechtskraft an sicheren Orten verwahrt werden mussten, war ein Privilegienbuch geradezu prädestiniert für den täglichen Gebrauch. Es ließ sich leichter transportieren als die jeweiligen Urkunden und auch sein Verlust wog weniger schwer. Es überrascht daher nicht, dass die Kanzlei des Hochmeisters ein solches Privilegienbuch gewöhnlicherweise wohl mit sich führte. Für das 15. Jahrhundert ist das sogar explizit überliefert!

Mit dieser dezentralen Lagerung der Privilegien und der damit einhergehenden Streuung des Verwahrungsrisikos sah sich nun der Hochmeister Konrad von Wallenrode im Jahre 1392 konfrontiert. Das aus Livland zur Verfügung gestellte Privilegienbuch schuf nicht nur Abhilfe in der aufgeworfenen Rechtsfrage, sondern verbesserte auch die „Ausstattung“ der hochmeisterlichen Kanzlei. Ohne dass die eigentlichen Rechtsdokumente in Preußen selbst verwahrt wurden, hatte der Hochmeister auf der Marienburg oder auf seinen Landesumritten Zugriff auf diese Rechtstexte. Das Privilegienbuch ermöglichte in der Folge mobiles Arbeiten. Kopiare existierten aber nicht nur für die herausragenden Privilegien, sondern auch für andere Arten von Urkunden, wie beispielsweise Lehnurkunden, mit denen Landesbewohnern Besitz übertragen wurde. Für letztere hatte die Korporation des Deutschen Ordens im Alltag wahrscheinlich eine höhere Verwendung, da sie die Lebenswirklichkeit der lokalen Gewalten mehr tangierten als päpstliche oder kaiserliche Privilegien.

Zugriff auch
unterwegs

Über den Autor:
Dr. des. Johannes
Götz ist
Referatsleiter am
Geheimen Staats-
archiv Preußischer
Kulturbesitz.

Insgesamt steht eine archivgeschichtliche Erforschung der Kopiare und insbesondere der Privilegienbücher des Deutschen Ordens noch am Anfang. Dabei verspricht sie Rückschlüsse über die Funktionsweise der in Europa agierenden Ordensgemeinschaft – wie auch möglicherweise eine Antwort auf die Frage, weshalb der Hochmeister im Jahre 1392 zunächst zu keiner fundierten Aussage fähig war.



SMS zu Preußenzeiten

auf der Königlich Preussischen Optischen
Telegraphenlinie (1832–1849)

Hans-Jürgen Paech

Mit Preußens Erweiterung um die Rheinprovinz im Jahre 1815 wird ein schneller Informationsaustausch von Berlin zum 600 km entfernten neuen Landesteil notwendig. Friedrich Wilhelm III. ist zunächst zögerlich. Erst nach dem Übergreifen der Pariser Revolution auf die Rheinprovinz im Jahre 1830 muss gehandelt werden. Offensichtlich ist es aber politisch undenkbar, einfach das längst bewährte französische Telegrafensystem von Claude Chappe (1763–1805) und seinen Brüdern zu übernehmen. Die beiden Entwickler der preussischen optischen Telegrafie waren selbst als Patrioten im Kampf gegen die französischen Besatzer aktiv gewesen, einer sogar an der Zerstörung eines französischen Telegrafen bei Metz Anfang 1814 beteiligt.

eine völlig neue
Übertragungs-
methode

So muss eine völlig neue Übertragungsmethode schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Franz August O'Etzel (1783–1850) werden die Errichtung der Telegrafienlinie zwischen Berlin und Koblenz über 588 km mit 62 Stationen und die Ausarbeitung einer „Software“ einschließlich Wörterbuch dazu übertragen. Den Signalapparat mit einem mindestens 6,30 m über das Stationsgebäude emporragenden Mast und daran beidseitig in drei Ebenen angebrachten 6 Indikatoren von 1,30 m Länge entwirft – nach einem englischen Vorbild – der Berliner Geheime Oberpostrat Carl Philipp Heinrich Pistor (1778–1847). Als Unternehmer lässt er alle Signalanlagen beim Maschinenbauer Julius Conrad Freund (1801–1877) in Berlin bauen und besorgt zudem die notwendigen 122 Fernrohre, die in allen Telegrafien-Etablissements fest installiert sind, um die an – bis zu 16 km entfernten – Nachbarstationen gestellten Signale entziffern zu können.

Es sind 4.096 Signale (jeder der 6 Indikatoren bei 45° Schritten 4 Positionen) möglich, die alphanumerisch (A, B, C für die Ebenen der Zahlzeichen) bezeichnet werden. In Wörterbüchern ist die Bedeutung der Signale niedergelegt. Ein Signal kann einem Buchstaben, einer Silbe, einem Wort oder gar einem ganzen Satz entsprechen. Höflichkeitsfloskeln werden nicht gesendet, der Dechiffrierer muss

>>>

4.096 Signale

– Telegraphenberg in Potsdam im Abendlicht
mit eingestelltem Signal „Potsdam“



sie wieder hinzusetzen. Die Nachrichten werden also ausschließlich chiffriert ‚übermacht‘, so dass die Telegrafisten den Inhalt der Depeschen nicht kennen. Aber bei reger Sendetätigkeit heißt es schnell: „Es ist Revolution“ – und die Bevölkerung nennt den Telegrafmast dann „Verräter“, weil er die Befehle der Obrigkeit gegen das Volk weiterleitet.

Der Vorteil der neuen Technik gegenüber Kurierdiensten ist vor allem die weitaus schnellere Übertragungsgeschwindigkeit. Ein einfaches Signal – wie es zum Abgleich der Berliner Zeit auf allen Stationen mehrfach wöchentlich gesendet wird – läuft in nur wenigen Minuten die gesamte Linie hin und zurück. Voraussetzung dazu ist allerdings gute Sicht! Aber das ist nicht die Regel. Für Winterszeiten beklagt der Telegrafendirektor, dass über mehrere Wochen keine einzige telegrafische Depesche ohne Unterbrechung durchgewinkt werden konnte. Einige Stunden dauert so eine Korrespondenz meist schon.

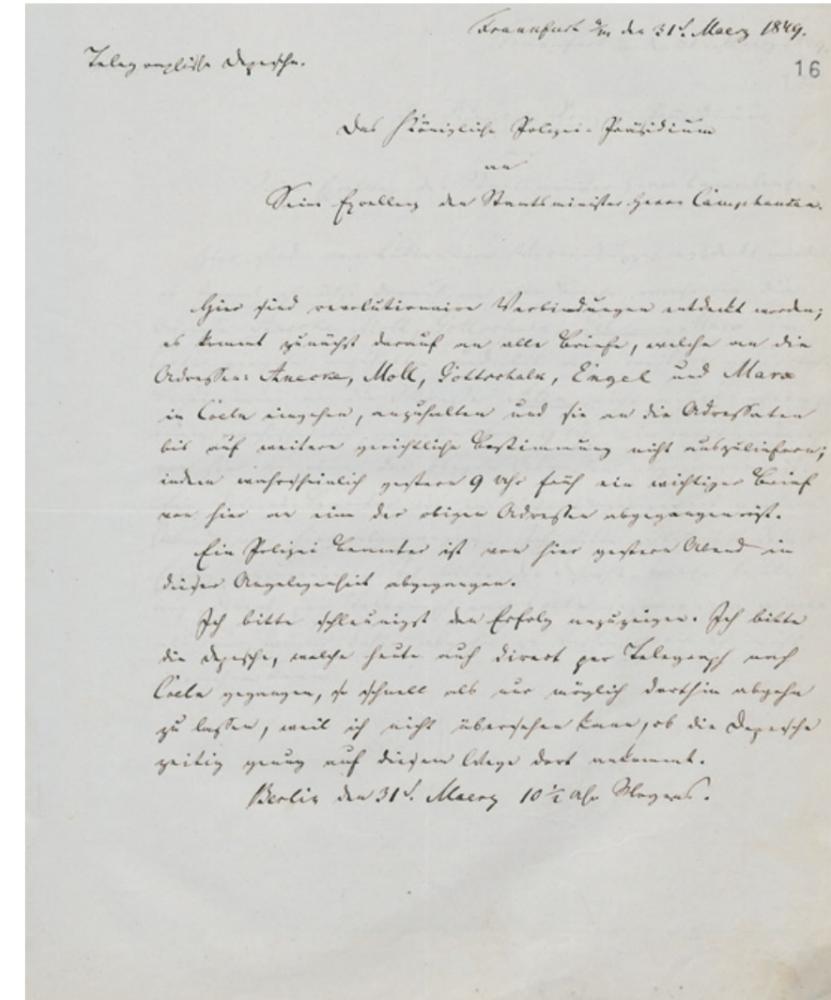
Trotz der wetterbedingten Einschränkung wird die optische Telegrafie natürlich für die Verbrecherjagd eingesetzt, die in Preußen auch auf unliebsame Personen ausgedehnt ist. Schon 1839 war ein Pfarrer namens Laurent, an sich aus der Rheinprovinz stammend, päpstlicherseits zum apostolischen Vicarius des Nordens designiert worden. Dazu reist am 6. Januar 1840 der Pfarrer Laurent mit einem belgischen Pass nach Aachen ein und beginnt dort ohne viel Aufhebens mit seiner seelsorgerischen Tätigkeit. Wohl durch Zeitungsmeldungen und Informationen vom preußischen Konsulat in Belgien – das Visum ist nur „particulair sans profession“ ausgestellt – kann Friedrich Wilhelm III. davon überzeugt werden, am 2. Februar einen Befehl nach Aachen zu schicken. Die entsprechende Depesche trifft nach 13 Stunden – ab Köln per Kurier – am nächsten Tag in Aachen ein. Umgehend muss Laurent Preußen verlassen, nur seine Bitte für einen kurzen Abschied von seiner Mutter wird gewährt.

Brisanter sind die hektischen Anstrengungen, um eine Briefsendung aus Berlin an Karl Marx (1818–1883), Friedrich Engels (1820–1895) und andere Personen in Köln abzufangen, die neu entdeckte revolutionäre Verbindungen enthalten sollen. Ein Brief sei am 30. März 1849 aus Berlin abgeschickt worden. Um sicher zu gehen, wird die Abfangjagd auf dreifache Art parallel zueinander verfolgt. Am nächsten Tag, dem 31. März geht deswegen um 10 ½ Uhr eine telegrafische Depesche vom Polizei-Präsidium in Berlin an den Staatsminister Ludolf Camphausen (1803–1890) nach Frankfurt (Main) mittels elektromagnetischen Telegrafen. Aus gleichem Anlass war am Vorabend schon ein Beamter aus Berlin in Richtung Köln abgegangen und am 31. März morgens eine Depesche über den optischen Telegrafen direkt nach Köln gesendet worden. Über den Erfolg dieser

Zeitabgleich in wenigen Minuten

Abfangjagd auf dreifache Art

apostolischer Vicarius unerwünscht



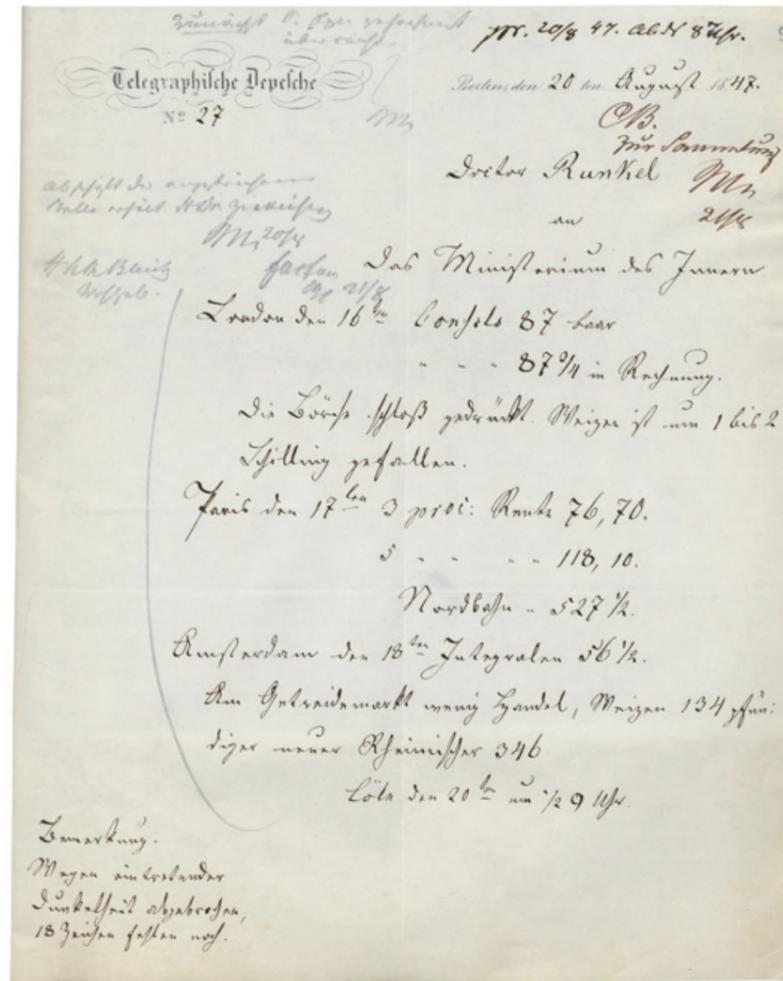
– Depesche zum Abfangen eines Briefes an Marx, Engels u. a. (1849)

Aktionen fehlen Angaben, aber der revolutionäre Elan von Marx und Engels ist ungebrochen. Beide sind am 13. Mai 1849 aktiv am Bau von Barrikaden in Elberfeld beteiligt. Zur gleichen Zeit wird von Aufständischen in Iserlohn der nahegelegene optische Telegraf zerstört.

Börseninformationen müssen für profitable Entscheidungen aktuell sein und deswegen nutzt auch der preußische Staat die Telegrafienlinie zur schnellen Übertragung der Börsenwerte. Ein Dr. Runkel sendet sie aus Köln, teilweise mehrmals pro Tag, an das Innenministerium in Berlin, das vermutlich deswegen Adressat ist, weil zusätzlich auch politische, teilweise denunziatorische Informationen angefügt sind. Den Vorteil von aktuellen Kenntnissen über die Kursentwicklung an der internationalen Börse kennend, beantragt die Berliner Kaufmannschaft im April 1835 das Nutzungsrecht

Börsenwerte per Telegrafie

>>>



- Börsenkurse aus London, Paris und Amsterdam, 1847

der Telegrafie dafür. Das wird aber abgelehnt. Umso verwunderlicher ist aber, dass im Oktober 1847 mehrfach die telegrafisch übermittelten Börsenwerte in der *Allgemeinen Preussischen Zeitung* veröffentlicht werden. Im Dezember 1847 geschieht das nochmals, danach aber nicht mehr.

Unerklärlich sind zunächst telegrafisch übermittelte Meldungen aus meist französischen Journalen in der *Allgemeinen Preussischen Staatszeitung* und in der *Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen*. Wie die Redaktionen zu den recht aktuellen Nachrichten gekommen sind, ist das Ergebnis eines regelrechten Kuhhandels. Die *Kölnische Zeitung* und der *Koblenzer Anzeiger* haben die Kurzmeldungen aus den französischen Journalen herauszusuchen, die dann mit dem Telegrafen nach Berlin übermittelt

politischer Einfluss auf Zeitungen

werden. Als Gegenleistung erhalten sie aktuelle Meldungen von der *Preussischen Staatszeitung* auf gleiche Weise zugeschickt. Das klingt nach vernünftigem Austausch, und doch hat die Sache einen Haken. Wie die Telegrafen-Direktion darlegt, soll auch politischer Einfluss auf die Zeitungen der Rheinprovinz ausgeübt werden, und zwar auch über die Zeit der optischen Telegrafie hinaus. 1854 muss der Leiter der *Kölnischen Zeitung* Karl Heinrich Brüggemann (1810–1887) entlassen werden, sonst hätte die Zeitung ihre Lizenz verloren. Brüggemann hatte ein besonderes Schicksal hinter sich. Vor allem wegen einer auf dem Hambacher Fest 1832 gehaltenen Rede wurde er vor dem Berliner Kammergericht 1836 zum Tode verurteilt – und zwar durch das in seltenen Fällen noch praktizierte Rädern. Glücklicherweise wurde der Verurteilte aber begnadigt.

Der Telegrafen-Direktor O'Etzel erkennt sehr zeitig den Vorteil von elektromagnetischen Übertragungen gegenüber der optischen Telegrafie. So will er schon 1839 den Minister des Innern und der Polizei für die Elektromagnetik mit dem Argument interessieren, dass jetzt, mit Einführung der Eisenbahn, die Gesetzesbrecher dieses schnelle Verkehrsmittel nutzen werden. Und man kann die Bösewichte nur dingfest machen, wenn eine noch schnellere Kommunikationstechnik zur Verfügung steht – nämlich Drähte entlang der Eisenbahn für die Elektromagnetik. Die Beantwortung dauert fast ein Jahr, aber das Anliegen wird abschlägig entschieden.

Über den Autor:
Dr. Hans-Jürgen Paech ist ausgebildeter Geologe, war vielfach in der Polarforschung tätig, ist Mitglied der Interessengemeinschaft Optische Telegraphie 4.





Mehr zur Optischen Telegraphie in Preußen 1832–1852 auf der Webseite www.OptischerTelegraph4.de.



Hans-Jürgen Paech, Ludwig Grunwaldt & Albert Schwarz, *Optische Telegrafie: Übertragungsmodalitäten und Inhalt der Depeschen*. Potsdam 2021.

Vom Guten zum Besseren

Kommunikation via Draht,
Funk und Schall

Christiane Brandt-Salloum

Schon kurz nach der Etablierung der optischen Telegrafie wurde diese durch die sicht- und witterungsunabhängige, zudem schnellere, elektrische Telegrafie abgelöst. So wurde wieder einmal das Bessere zum Feind des Guten.

Bereits die ersten Forscher auf dem Gebiet des Elektromagnetismus am Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigte der Gedanke, die neu entdeckte Naturkraft zur Nachrichtenübertragung zu nutzen, da die Vorteile schneller Kommunikation auf militärischem, wirtschaftlichem und administrativem Gebiet schon damals evident waren.

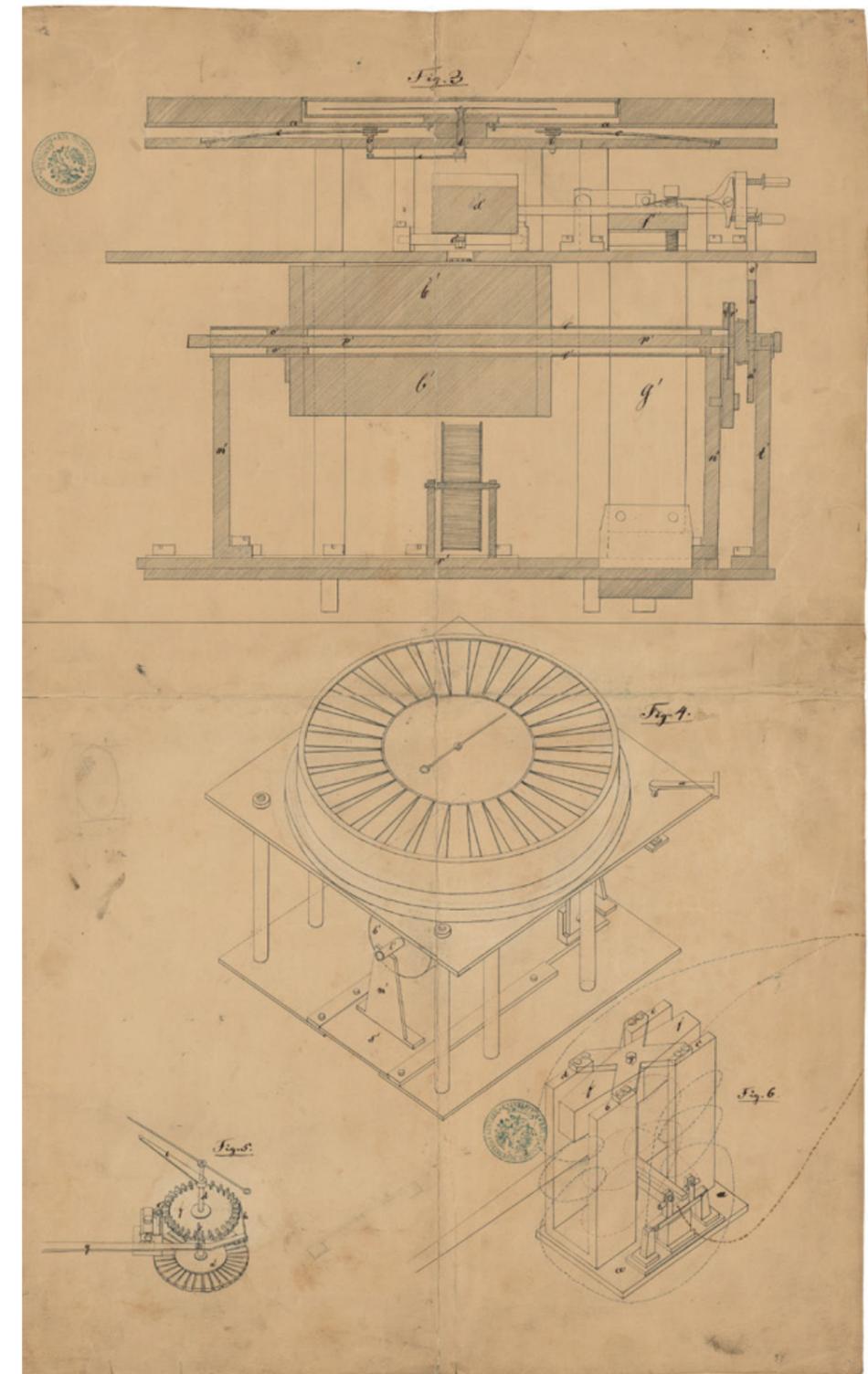
In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden von mehreren Personen – darunter der Mathematiker Carl Friedrich Gauß (1777–1855), die Physiker Carl August von Steinheil (1801–1870) und Charles Wheatstone (1802–1875), der Erfinder Samuel Morse (1791–1872) und der Unternehmer Werner Siemens (1816–1892) – verschiedene elektrische Telegrafensysteme entwickelt bzw. verbessert. Für Siemens wurde die im Oktober 1847 in Preußen patentierte Fortentwicklung des Zeigertelegrafen nach Wheatstone, die er mit seiner Firma Siemens & Halske mit großem Erfolg verwertete, die Grundlage des Aufstiegs zu einem der bedeutendsten Industriellen weltweit.

Besonders für Preußen, das bis 1866 territorial und wirtschaftsräumlich zweigeteilt war, waren gute Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen von fundamentaler Bedeutung. Den Eisenbahnbau überließ der Staat zunächst – vornehmlich aus finanziellen Gründen – der Privatinitiative. Die Investoren erkannten sogleich die entscheidende Bedeutung einer schnellen Nachrichtenübermittlung für den Bahnbetrieb und suchten um staatliche Konzessionen zum Einsatz von Eisenbahntelegrafen nach. Diese wurden allerdings zunächst nur zögernd erteilt, da der Staat zwar eine derart potente Technologie nicht aus der Hand geben wollte, jedoch die Kosten eines Staatstelegrafennetzes scheute.

Potente
Technologie

>>>

von Vorteil:
schnelle
Kommunikation





Der Leiter der Telegrafendirektion O'Etzel (siehe Beitrag von H. Paech in diesem Heft) konnte schließlich durch seine Initiative den staatlichen Aufbau elektrischer Telegrafennetze durchsetzen. Das Projekt wurde durch politisch stürmische Zeiten befördert, denn der König wünschte schnellstmögliche Information über die seit Mai 1848 in Frankfurt (Main) tagende Deutsche Nationalversammlung. Daher konnte die Linie Berlin–Frankfurt neben der Verbindung in die Rheinprovinz bereits Anfang 1849 fertiggestellt werden. Weitere Linien (Berlin–Hamburg, Berlin–Stettin, Berlin–Halle) entstanden vornehmlich aus handels- und verkehrspolitischen Erwägungen. Die Telegrafennetze wurden bevorzugt in unmittelbarer Nähe der Eisenbahnlänge verlegt, so dass vorhandene Trassen genutzt und die wertvollen Kabel zugleich besser vor Diebstahl geschützt werden konnten. Administrativ war die Telegrafendirektion an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten angebunden. Jedoch bemühte sich das Militär, seinen noch aus Zeiten des Optischen Telegrafen und O'Etzels stammenden Einfluss weiterhin zu sichern, weshalb der Regierungs- und Baurat Friedrich Nottebohm (1808–1875) den von 1850 bis 1856 kommissarisch ausgeübten Vorsitz der Telegrafendirektion schlussendlich an einen Militär, Franz von Chauvin (1812–1898), abgeben musste, wozu freilich auch seine Differenzen mit dem einflussreichen Werner Siemens beigetragen haben.

Aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung gab Preußen bereits 1849 die Nutzung der staatlichen Telegrafennetze für das „das Publikum“ frei, selbstverständlich mit Vorrangstellung der Staatsdespeschen. Die Gebührensätze waren anfangs allerdings noch

Freigabe für
Publikum

die Verbindung
der Welt

hoch, reduzierten sich jedoch mit Ausbau und Vernetzung der Telegrafennetze. Nach der Etablierung von Telegrafennetzen bei den Postämtern ab den 1860er Jahren nahm die private Nutzung rasch zu. Mit der Reichsgründung 1871 wurde das Telegrafennetz der Bundesstaaten (mit Ausnahme Bayerns und Württembergs) dem Reich unterstellt. 1876 erfolgte die Verbindung mit dem ebenfalls reichsweit zentralisierten Postwesen unter Leitung des Generalpostmeisters Heinrich von Stephan (1831–1897), der bis zu seinem Tode an der Spitze der Reichspost stand.

Die technische Entwicklung führte vom Zeigertelegraf über den Morse-Telegraf mit dem Morse-Codierungssystem bis zum Typendrucktelegraf. Das Netz der deutschen Telegrafennetze war schnell geschlossen. Die unterirdische Verlegung der Kabel war dauerhaft möglich, nachdem verbesserte Isolierungen für die Drähte entwickelt wurden. Interkontinentale, auch submarine Kabelverbindungen, entstanden in großem Tempo. So waren schon 1870 große Teile der Welt untereinander telegrafisch verbunden.

Ein weiterer Meilenstein war die Erfindung der drahtlosen Telegrafie. Seit der italienische Erfinder und Funkpionier Guglielmo Marconi (1874–1937) durch seine erfolgreichen Versuche zur drahtlosen Nachrichtenübermittlung per Knallfunksender ab 1895 die Grundlagen gelegt hatte, verbreitete sich die drahtlose Telegrafie rasch, insbesondere da nun Verbindungen zwischen mobilen Objekten leicht möglich waren. Ein besonders bedeutender Einsatzbereich wurde daher der Schiffsfunk, für den Marconi ein fast unangefochtenes Weltmonopol innehatte. Auf deutscher Seite konkurrierten bei der Erforschung der „Funkentelegrafie“ die AEG, welche für die Marine tätig war, mit der Firma Siemens & Halske, die für das Heer arbeitete. Diese Konkurrenzsituation wurde auf Drängen des Kaisers 1903 durch die Gründung einer gemeinschaftlichen Firma unter dem Namen Telefunken aufgelöst.

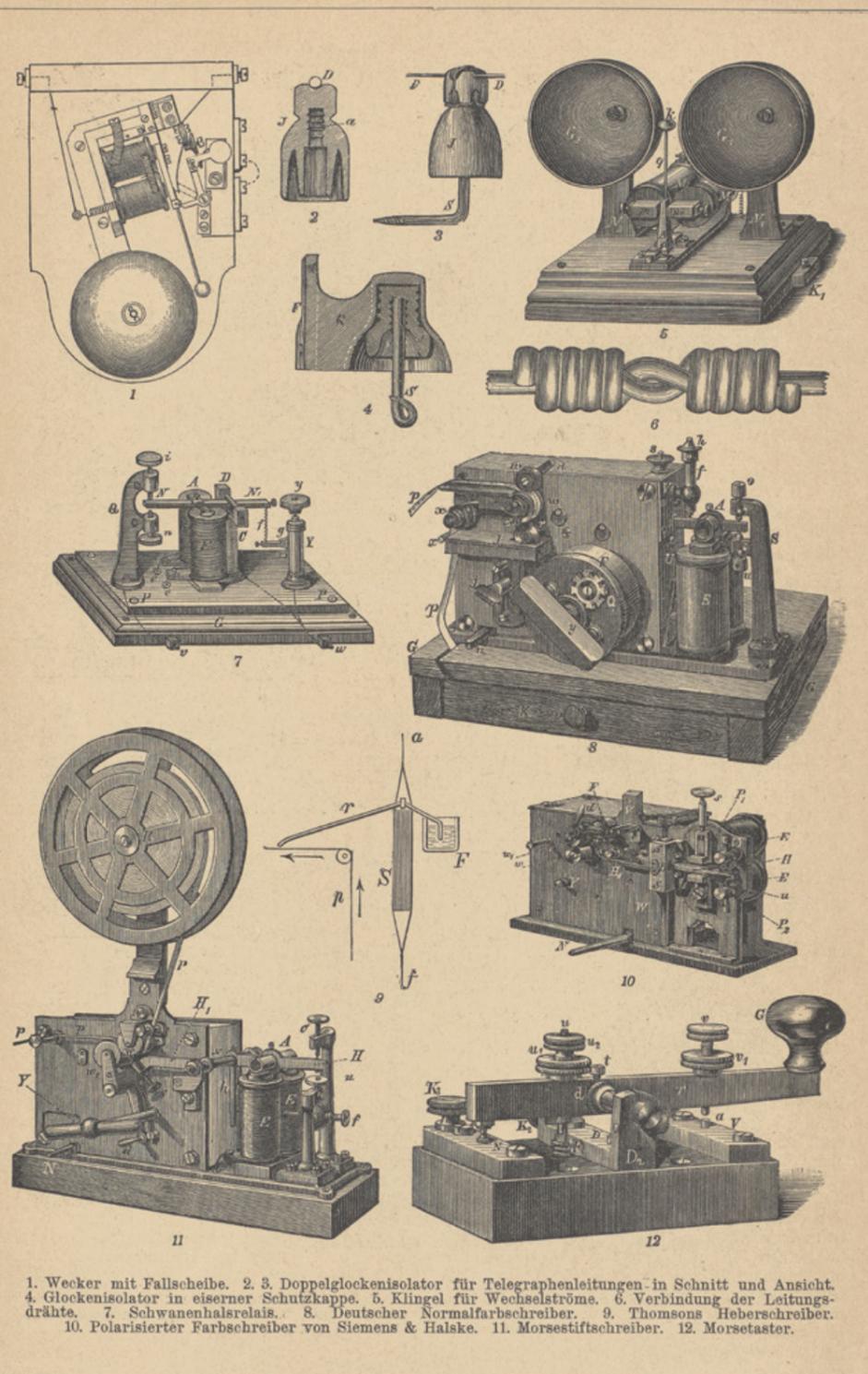
Knallfunk und
Funkentelegrafie

Technik für
jedermann

Mit der Telefonie trat in den 1870er Jahren ein weiteres schnelles und effizientes Kommunikationsmittel auf den Plan. Dieses erlaubte die direkte Übertragung des gesprochenen Wortes. Das Telefon hatte daher das Potenzial zu einer Technik für jedermann. Ihren Ursprung hatte diese Erfindung in Deutschland, doch konnte der Lehrer Philipp Reis (1834–1874), der um 1860 nicht nur einen Mechanismus zur elektrischen Umwandlung und Übertragung von Schallwellen konstruierte hatte, sondern auch den Begriff „Telephon“ prägte, die neue Technologie nicht zur Marktreife entwickeln. Dieses gelang in den Vereinigten Staaten dem Unternehmer Alexander Graham Bell (1847–1922). Auf der Grundlage eines Reis-Apparates entwickelte er die Technik weiter. Nachdem er auch Konkurrenten wie Antonio

>>>

ELEKTRISCHE TELEGRAPHEN. II.



Brockhaus' Konversations-Lexikon. 14. Aufl.

Bismarcks
lange Leitung

Meucci (1809–1898) und Elisha Gray (1835–1901) nicht zuletzt mittels vorzeitiger Patentanmeldungen ausbooten konnte, gründete er 1877 die Firma Bell Telephone Company (später AT&T), die erfolgreichste Telefonfirma der Welt.

Die Firma Bell wollte 1880 auch nach Deutschland expandieren. Dies lehnte Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) ab, da er – hierin seinem Generalpostmeister Stephan folgend – den Staatstelegrafenvorbehalt der Reichsverfassung kurzerhand auf die Telefonie ausdehnte, was 1891 explizit gesetzlich bestätigt wurde. Tatsächlich wurde das Telefon in Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits als Hilfstelegraph in kleineren und entlegenen Postämtern eingesetzt, die nicht an das Telegrafennetz angeschlossen waren. Der Generalpostmeister war selbst ein begeisterter Verfechter der neuen Technologie. Das erste unternehmensintern genutzte Telefon verband den Generalpostmeister mit dem Direktor der Reichstelegrafie. Weitere Apparate für Direktoren und Vortragende Räte folgten rasch. Und auch der Reichskanzler selbst wurde dank einer Demonstration auf seinem pommerschen Gut für die Telefonie gewonnen: Bereits 1877 stand Bismarck eine Leitung zwischen Varzin und seinem Berliner Dienstsitz zur Verfügung.

In Berlin konnte man dank der Initiative Stephans schon ab 1881 telefonieren. Doch wurden der hohen Kosten wegen behördlicherseits keineswegs sogleich Telefonleitungen gelegt. So wurde noch 1897 die vorgeschlagene telefonische Übermittlung von Wasserstands- und Eisgangmeldungen abgelehnt, da hierzu bereits telegrafische Leitungen bestanden. 1914 jedoch sind Telefonleitungen an Rhein und Main zu diesem Zweck vorhanden.

Der kurze Informationsweg per Telefon fand auch in der Verwaltung bald weitere Verbreitung. Allerdings bestand hier, anders als beim Telegramm, für das immer ein schriftlicher Beleg vorhanden war, die Gefahr, dass Informationen nicht mehr in die Akten eingingen; in behördlichen Geschäftsgangrichtlinien wurde daher bestimmt, über Gesprächspartner und Inhalt wichtiger Telefonate schriftliche Vermerke anzulegen.

Als Zeitgenossen erleben wir nun die weitere Entwicklung elektronischer Kommunikationsmittel, angefangen vom E-Mail-Verkehr bis hin zu Cloudlösungen hautnah und in immer schnellerem Tempo mit (siehe Beitrag von K. Beyer in diesem Heft). Eines scheint dabei sicher: Auch die modernsten heutigen Lösungen werden morgen durch bessere verdrängt.

Über die Autorin:
Christiane Brandt-Salloum ist Sachgebietsleiterin am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

„wirksame polizeiliche Aufsicht über die Radfahrer wünschenswert“

Die Einführung des Fahrrads bei der Königlich Preußischen Landgendarmerie

Ulrich Kober

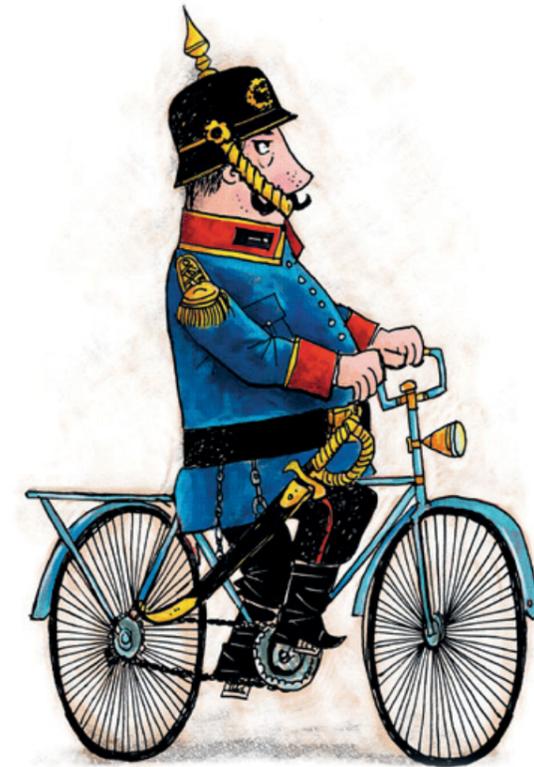
Es war kein guter Tag für Oberwachtmeister Dimpfelmoser: Nicht nur, dass er gleich zweimal mit der Feuerpatsche außer Gefecht gesetzt, in einen Feuerwehrschauch eingewickelt und sein Kopf in einen Löscheimer gesteckt wurde. Nein, der Räuber Hotzenplotz hatte sich auch noch mit seinem Dienstfahrrad – blau mit roten Felgen – aus dem Staub gemacht! Dass Otfried Preußlers Kinderbuchfigur ihre Dienstgeschäfte auf dem Fahrrad – und nicht zu Fuß oder gar zu Pferd – besorgte, ausgestattet mit Säbel und Pickelhaube, das war für Kasperl, Seppel und Preußler damals eine Selbstverständlichkeit. Für uns wiederum ist der Polizist auf dem Fahrrad heute ein eher ungewohnter Anblick geworden, verhilft inzwischen doch das Polizeiauto den Ordnungshütern zur nötigen Mobilität.

Radfahren hatte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Sport und Vergnügen für jedermann entwickelt. Hatten die älteren Hochräder noch große Geschicklichkeit erfordert, waren schwer zu handhaben und für längere Touren ungeeignet gewesen, so war das jüngere „Niederrad“, wie es sich seit den achtziger Jahren durchsetzte, lange vor dem Auto ein alltagstaugliches Verkehrsmittel, das weite Verbreitung fand.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, dass sich die Frage der Verwendung des „Velocipeds“ irgendwann auch für die staatlichen Ordnungskräfte stellte. In Preußen kam der Anstoß dazu von unten: Im Landkreis Segeberg hatten mehrere Fußgendarmen im Jahr 1895 zur Ausübung ihres Dienstes in eigener Initiative Fahrräder angeschafft und das Radfahren erlernt. Doch trotz Billigung der unmittelbaren militärischen Vorgesetzten – die Gendarmerie, die Polizei auf dem Land, unterstand disziplinarisch den Militärbehörden – hatte der Chef der Landgendarmerie, General von Rauch, dies schnell abge-

Niederrad und Velociped

mit Säbel und Pickelhaube



absolut nicht verträglich

stellt. Vom Innenminister dazu befragt, entgegnete er schroff, „dass ich die Benutzung von Fahrrädern durch die Gendarmen als mit den Anforderungen des Dienstes absolut nicht verträglich bezeichnen muß.“ Was solle der Gendarm denn wohl mit seinem Rad anfangen, wenn er plötzlich Arretierungen vornehmen müsse? Auch bei der Verfolgung von Verbrechern würde es in den meisten Fällen doch nur hindern! Außerdem seien wohl nur wenige Gendarmen pekuniär in der Lage, sich ein Fahrrad anzuschaffen, und die schlechter gestellten würden dann Schulden machen, „um sich die gleichen Bequemlichkeiten zu verschaffen wie die günstiger gestellten.“ Nein, die Weitläufigkeiten wären hier gar nicht zu überblicken.

Im Ministerium tat man sich schwer und befragte zu der Angelegenheit erst einmal die Regierungspräsidenten zu Posen im Osten und zu Trier im Westen. Beide winkten Anfang 1896 ab: Im Regierungsbezirk Posen seien die Wege für Fahrräder viel zu schlecht, im Regierungsbezirk Trier das Gelände an der Mosel zu uneben, in den Industriegebieten die Entfernungen viel zu gering. Fahrräder für Gendarmen, das sei sinnlos. Damit schien das Ganze erledigt.

>>>

Doch schon im Jahr 1897 kam erneut Bewegung in die Sache. Denn natürlich war es angesichts der menschlichen Natur und der Neuheit des Fortbewegungsmittels nicht ausgeblieben, dass die immer zahlreicheren Radfahrer den Unwillen der anderen Verkehrsteilnehmer, aber auch der Polizeibehörden auf sich zogen. Zeitgenossen vermeinten, „einen gewissen sozialistischen, fast revolutionären Geist“ bei den Radlern zu erkennen, die „nach einer gewaltsamen, physischen Vorherrschaft im öffentlichen Verkehr, entgegen dessen naturgemäss und gesetzlich gegebener Ordnung“ strebten; sie nähmen das „Recht des Überlegenen“ für sich in Anspruch und seien auf „vollkommene Bewegungsfreiheit“ aus, so monierte der Rechtsprofessor Hermann Ortloff 1899 in der Publikation *Das Radfahren im öffentlichen Verkehr*. Auf rund 20.000 ausgegebene „Fahrradkarten“ in Berlin, rechnete er vor, kamen allein 1896 an die 550 Zusammenstöße mit rund 300 Verletzten.

Es waren solche Verhältnisse, die im Juli 1897 den Regierungspräsidenten zu Potsdam dazu veranlassten, auf Bitten des Landrats im Kreis Teltow an das Innenministerium zu schreiben: „Der Radfahrverkehr, welcher auf den Straßen und Wegen in der Nähe von Berlin, insbesondere auf dem Kurfürstendamm und im Grunewald einen außerordentlichen Umfang angenommen hat und durch zahlreiche Übergriffe der Radfahrer mannigfache Belästigungen für das übrige Publikum mit sich bringt, läßt eine wirksame polizeiliche Aufsicht über die Radfahrer wünschenswerth erscheinen.“ Vorsichtig sprach er sich für die Beschaffung von vier Fahrrädern aus, zur versuchsweisen Erprobung im Streifendienst.

Dem Gesuch wurde stattgegeben, und die Erfahrungen bestätigten die gehegten Erwartungen aufs Schönste: Direktor Bauer (Berlin), Frau Baumeister Gerhard (Spandau), Fräulein Blumenfeldt (Berlin), Dr. Teubner (Charlottenburg) und Leutnant Teubner (Garnison Saarburg), Oberlehrer Färber (Wilmersdorf) und viele andere Radfahrer konnten an Wann- und Teufelssee, auf der Pfaueninsel, auf der Grunewald-Chaussee und anderswo von den Gendarmen Kanisch, Heinige und Meck gestellt und wegen „Wegecontravention“ angezeigt werden – Maschinenbauer Mulack (Berlin) dazu noch wegen groben Unfugs. Der Regierungspräsident berichtete: „Schon das Bewußtsein, bei einer Übertretung oder Ausschreitung von einem Beamten erfolgreich verfolgt werden zu können, hält den früher allzu übermüthigen Radler im Schach. Verhöhnungen der Beamten, die früher bei den flüchtigen Radlern an der Tagesordnung waren, haben fast ganz aufgehört. Andererseits ist den Fußgängern auf den öffentlichen Straßen das Sicherheitsgefühl gewachsen, denn sie finden jetzt durch die radelnden Beamten den Anmaßungen und Ausschreitungen der Radfahrer gegenüber Schutz und Beistand.“

übermütige Radler
im Schach gehalten

revolutionärer
Geist der Radler

Angesichts der ersten guten Erfahrungen um Berlin beschloss nun das Korpskommando, tiefer in die Tasche zu greifen, und bestellte bei den Brennabor-Fahrrad-Werken in Berlin „72 Stück Brennabor-Räder, Modell Special, mittlere Größe [...] mit Aufstell-Vorrichtung, dunkelgrün emailliert mit blau-rothen [!] Streifen abgesetzt [...] komplett mit guter Glocke und helleuchtender Laterne, Rahmentasche aus braunem Segeltuch, [...] Schnappschloß und Säbelhalter“ für 175 Mark das Stück. Jede der zwölf preußischen Gendarmeriebrigaden erhielt „probeweise“ sechs Räder, zwei für Oberwachtmeister (!), vier für einfache Gendarmen. Von nun an war die preußische Gendarmerie in einer sich beschleunigenden Welt im Wandel mobil unterwegs.

mit Schnappschloß
und Säbelhalter

Dem positiven Potsdamer Bericht schlossen sich in den folgenden ein, zwei Jahren ebensolche der Gendarmeriebrigaden an: Neben der besseren Beaufsichtigung des Straßenverkehrs, in erster Linie der Radfahrer, aber auch der Fuhrwerke, sei durch die radelnden Gendarmen ein schnelles erstes Erscheinen bei Feuersbrünsten möglich; Aufträge könnten schneller besorgt, Verbrecher schneller verfolgt werden, und „besondere Vorfälle, als Schlägereien und Arbeitseinstellungen, sind schneller im Keime zu ersticken“. Es sei zwar durch das Fahrrad „die Arretierung und der Transport renitenter Personen erschwert, sowie die Verfolgung derselben querfeldein durch die Gefahr des Diebstahls des zurückgelassenen eigenen Rades“; doch sei „die Gefahr, dass das Rad gestohlen wird, seit der Erfindung der abnehmbaren Lenkstange nicht mehr sehr groß.“ Zudem könnten nun die Fahrrad-Gendarmen ihr Mittagessen zuhause einnehmen, was der Staatskasse die unerfreulichen Verpflegungskosten erspare: Win-Win! Alles in allem bedeute es für die Gendarmerie eine echte Verbesserung, wenn natürlich auch, so die scharfsichtigen Brigade-Chefs, die Gefahr bestünde, dass die Gendarmen mit den Fahrrädern nur noch die bequemen und zugänglichen Wege abfahren würden. Doch die Vorteile überwogen die Nachteile klar, und auch der neue Chef der Landgendarmerie, General von Hammerstein, hatte keine Einwände mehr: „Die Benutzung der Fahrräder hat fraglos sich für den königlichen Dienst jetzt schon außerordentlich bewährt.“ Schon 1902 erhielt Brennabor den nächsten Auftrag, jetzt über 400 Räder à 170 Reichsmark, jedes diesmal nicht nur mit Säbel-, sondern auch mit einem Paar Hosenhaltern (à 1,50 Reichsmark) und „extra starken Pneumatic-Reifen“.

Mittagessen
dank Fahrrad

In den folgenden Jahren waren Fahrräder aus dem Gendarmenriedienst gar nicht mehr wegzudenken; regelmäßig ersetzte nun der Drahtesel den „berittenen“ Gendarmen. Brennabor und Konkurrent Dürrkopp in Bielefeld lieferten bis 1914 jährlich 150 bis 200 Fahrräder an die preußischen Landpolizisten, die zudem ab 1913 auch

>>>



- gestellt: Räuberjagd
per Drahtesel

noch mit „sogenannten Stop-Uhren“ zur besseren Überwachung des zunehmenden Automobilverkehrs ausgestattet wurden.

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs stellte die bereifte Gendarmerie dann allerdings vor ganz neue Herausforderungen. „Zur Überwachung von Tunnels, Brücken, Verfolgung von Spionen will Landrat St. Goarshausen sofort 3 Fahrräder für Gendarmen anschaffen. Bitte genehmigen“, kablete der Regierungspräsident zu Wiesbaden nervös an das Innenministerium; die in ganz Europa verbreitete Spionage-Furcht versetzte auch die Polizei auf dem Lande in Aufregung. Ernster als die angebliche Spionage im Hinterland waren aber andere Probleme. Bei der zunehmenden Zahl von Kriegsgefangenenlagern, der Heranziehung der Gefangenen zu Arbeiten auf dem Land oder in Fabriken und bei deren „häufig vorkommenden Entweichung“ kamen nicht nur Dienstfahrräder noch mehr zum Einsatz als zuvor, nein, es reichte der gute alte Säbel für Patrouillengänge und Gefangenenverfolgung nicht mehr aus; Gendarmen hatten seit Januar 1915 Gewehre bei sich zu tragen. Doch, so stellte die 10. Gendarmeriebrigade nüchtern fest, „das Tragen des Karabiners auf dem Rücken ist [...] auf dem Rade nicht möglich“, und so zerbrach man sich im Korpskommando und bei Brennabor die Köpfe, wo die Waffe sinnvollerweise anzubringen wäre? Gewehrfabriken und kaiserliches Patentamt wurden befragt, wie eine „Karabinerhaltervor-

dringend benötigt:
Karabinerhalter-
vorrichtung

richtung“ wohl aussehen könnte, bis vorerst und auf Probe die Halterung des Klempnermeisters Schmiedeberg zu Freiburg an der Elbe eingeführt wurde – zu einem Preis allerdings, der die Gendarmeriebrigaden-Chefs in ihren Berichten mit den Zähnen knirschen ließ.

Doch das waren kleine Probleme angesichts eines im Kriegsverlauf immer drängenderen: des Gummimangels. „Die Bestände an Rohgummi oder brauchbarem Regenerat“, so beschied das Kriegsministerium abschlägig, „sind derartig gering, dass zur Herstellung von Fahrradbereifungen, insbesondere für nicht unmittelbare militärische Zwecke, nichts zur Verfügung gestellt werden kann“. Wie also die vorhandenen Fahrräder – neue wurden ab 1916 praktisch nicht mehr angeschafft – bereifen? Krieg bedeutete Ersatzwirtschaft, und die Hersteller überboten sich mit Behelfslösungen: Mäntel aus Papier oder Tuch, Reifen aus Holzfelgen auf Metallfedern, Modelle namens *Univera*, *Lederit*, *LOC* („mit Gleitschutz“!) oder *Spirala* wurden angeboten, geprüft und in der Regel für mangelhaft befunden: „Man spüre jeden Stoß im Rücken“. Doch es half nichts: „Nur für die sogenannten Kaisergendarmen“, so dekretierte das Kriegsamt 1918, seien „Gummibereifungen einmalig abzugeben, [...] an die Bedingung geknüpft, daß die mit Gummibereifung versehenen Räder ausschließlich für den Sicherheitsdienst bei Sr. Majestät Verwendung finden.“ Der gewöhnliche Landgendarm musste weiter leiden.

Kriegswirtschaft:
Reifen aus
Holzfelgen

>>>

096
142

minister des innern berlin =

8

BERLIN
-7.8.14.11-V
8 P

Telegraphie des  Deutschen Reichs.

Berlin W, Haupt-Telegraphenamt Leitung Nr. _____

ss wiesbaden 25 10 16 M = 23. den / um Uhr Min. verm. nachm.

zur ueberwachung von tunnels , bruecken , verfolgung von spionen
will landrat st goarshausen sofort 3 fahrraeder fuer gendarmen
anschaffen . bitte genehmigen = regierungspraesident .+

Kgl. Pr. Minist. des Innern
7. AUG 1914

II^c 2010 *Hlm.*

C. 187

- Beschaffung von Dienstfahrrädern
bei Kriegsbeginn

ausgefeiltes
Skript,
bewegte Bilder

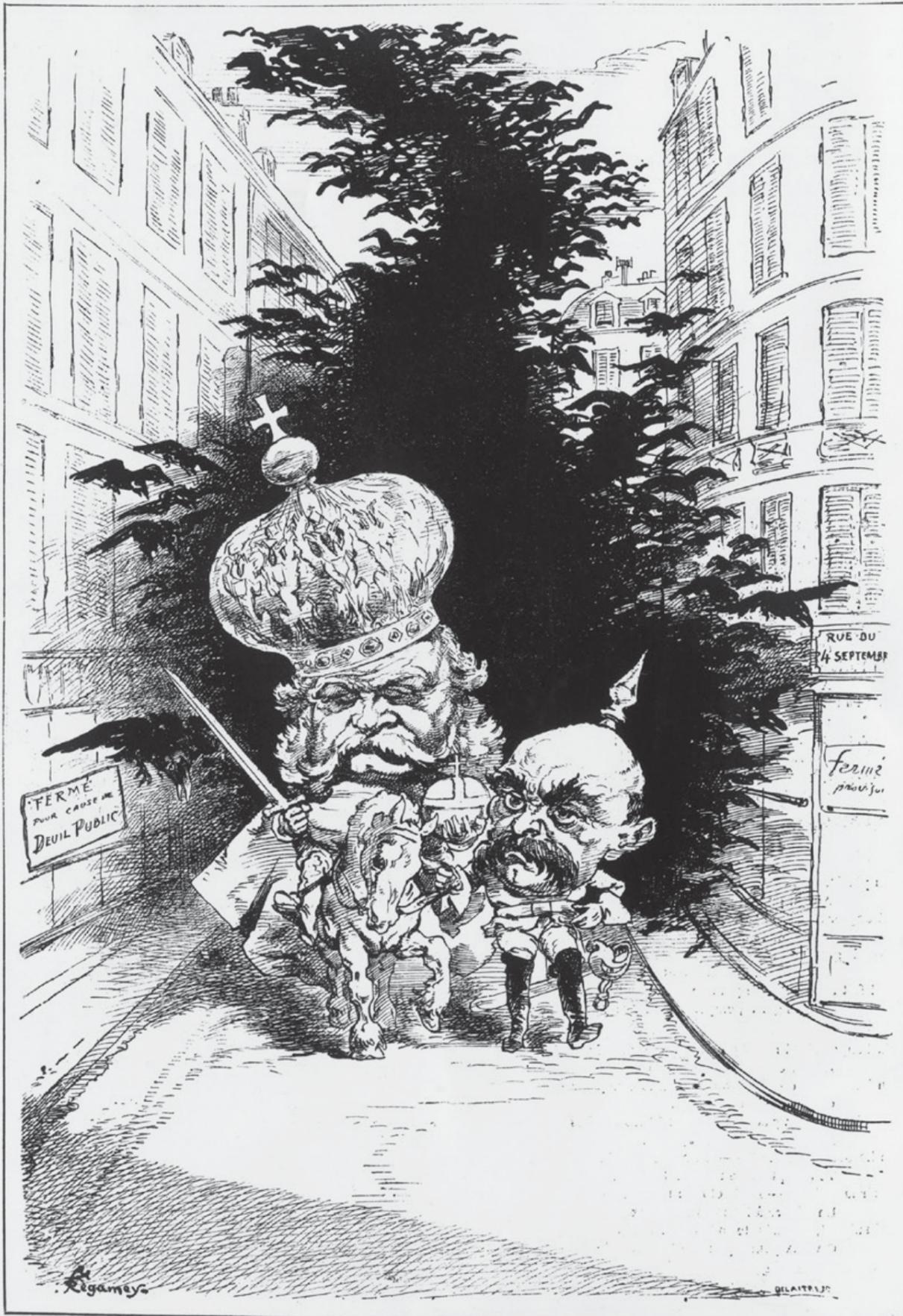
Aber auch der schlimmste Krieg und die größte Knappheit gingen einmal vorüber, und bald schon konnten auch die Gendarmen auf den preußischen Landstraßen wieder auf Gummireifen patrouillieren und damit Hintern und Hose erheblich schonen. Und die Leistungen der Fahrradpolizisten für die öffentliche Sicherheit wurden wenige Jahre nach Kriegsende sogar auf Zelluloid gebührend herausgestrichen, als anlässlich der Großen Polizeiausstellung zu Berlin 1926 die „Freunde und Helfer“ im eigens dafür produzierten (und leider verlorenen) Film „Aus dem ordentlichen Dienst der Preussischen Landjäger“ einen prominenten Auftritt bekamen: Mit ausgefeiltem Skript und in bewegten Bildern wurde hier eine erfolgreiche Räuberjagd von der ersten Entdeckung bis zur Ergreifung in Szene gesetzt – der radelnde Verbrecher wurde mitsamt Beute gestellt, überwältigt und verhaftet.

Auch in den folgenden Jahren fuhren Gendarmen mit dem Fahrrad auf Preußens (Land-) Straßen. Das vorläufige Ende für sie kam erst nach dem nächsten Krieg mit der immer stärkeren Verbreitung von Auto und Motorrad. Und wenn wir uns heute noch daran erinnern, dass es so etwas wie Gendarmen auf dem Fahrrad überhaupt einmal gegeben hat, dann nicht zuletzt dank dem Räuber Hotzenplotz und seinem Gegner, dem wackeren Oberwachtmeister Dimpfelmoser auf dem Dienstrad – und eben dank der archivalischen Überlieferung des Preußischen Innenministeriums im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, aus dessen Aktenbestand I. Hauptabteilung, Repositur 77 sich diese Vorgänge bis zur letzten Satteltasche rekonstruieren lassen.

Über den Autor:
Dr. Ulrich Kober
ist Referatsleiter
am Geheimen
Staatsarchiv
Preußischer
Kulturbesitz.

EINBLICKE

Diese Rubik gewährt Einblicke in Projekte, Entdeckungen und Ereignisse der Jahre 2020 und 2021. Mit einem Blick auf das 16. Jahrhundert spüren wir historische Parallelen zur Corona-Pandemie nach. Wir fragen aber auch, wie das 18. Jahrhundert Geheimes verschlüsselte, und erfahren, dass die Reichseinigung die preußischen Monarchen 1871 in eine Identitätskrise stürzte. Schließlich verlassen wir Preußen, um die Welt durch die Linse einer bekannten Fotografin zu erkunden. Neues gibt es auch aus den Bereichen Bestandserhalt, Nutzung und Erschließung. Die Einblicke spiegeln so die Bandbreite archivischer Überlieferungen und Aufgaben – im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und darüber hinaus.



Entrée solennelle de l'Empereur d'Allemagne à Paris.

Verpreußung Deutschlands oder finis Prussiae?

Aspekte der aktuellen Vitrinenausstellung
„Ik denke der Affe laust mir!“

Frank Althoff

Euphorie und Krisenmodus – so hätte ein weiterer Untertitel der seit dem 18. März 2021 im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz laufenden Vitrinenausstellung lauten können. Am 16. Juni 1871 zog Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) an der Spitze von 42.000 seiner Soldaten nach dem dritten siegreichen Einigungskrieg in die neue Reichshauptstadt ein. Unzählige Schaulustige waren angereist, allein um Zeuge dieses Ereignisses zu werden. Die Gartenlaube kommentierte triumphierend den Vorgang: „Und nun war er da, der lang erharnte große Tag, der größte, welchen Berlin jemals gesehen, und wie wir einen größeren zu erleben weder hoffen noch begehren dürfen“. Preußen hatte mit seinen Verbündeten damals allen Grund zum Feiern. Mit der Reichsgründung von 1871 war ein lang gehegter Traum vieler Deutschen in Erfüllung gegangen. Jahrhundertlang lag das Gebiet der Deutschen in der Mitte Europas – als eine Art „große vielgestaltige Pufferzone“, so jedenfalls Sebastian Haffner in seinem Buch *Von Bismarck zu Hitler*, in die eher andere Staaten hineinwirkten als umgekehrt. Nunmehr lebten die Deutschen erstmals in einem für die damalige Zeit erstaunlich modernen Nationalstaat, dessen Bedeutung für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte auch und gerade heute wieder äußerst kontrovers diskutiert wird.

Dennoch: so sehr auch die begeisterten Gefühle des Augenblicks überwogen und der wirtschaftliche Aufschwung in den folgenden Jahren ungebremst anhalten sollte – eine Reihe von Problemen, die in Preußen schon vorher angelegt waren, und neue, die hinzukommen sollten, blieb ungelöst. Sie beschäftigten in den folgenden Jahren das Herrscherhaus, aber ebenso Staatsminister, politische Parteien, Unternehmer, einfache Bürger und deren Familien, die in den Sog der Wirtschaftskrise und in die angstvoll und skeptisch geführte Diskussion um die Zukunft des Landes gezogen wurden.

Der Gründerkrach und sich verschärfende soziale Probleme, der beginnende Kulturkampf und das Ringen um die Meinungshoheit bei der Interpretation der deutschen Geschichte, der Kampf um Genre und Themen im Bereich des Theaterswesens, die vor allem in Bayern, Baden und Württemberg geäußerten Warnungen vor einer Verpreußung Deutschlands auf der einen und die Furcht seitens der preußischen Führungsschichten vor einem finis Prussiae auf der anderen Seite – all das hielt Preußen und Deutschland auch und gerade nach Schaffung der Reichseinheit nachhaltig in Atem.

ungelöste Probleme
– angstvolle
Diskussion

>>>



„Deutscher Kaiser“
oder „Kaiser
von Deutschland“

Selbst die Herrscher Preußens waren von Skrupeln keineswegs frei. Wilhelm I. befürchtete, angesichts der deutschen Kaiserwürde werde das preußische Königtum einen erheblichen Bedeutungsverlust erleiden. Diese Skrupel mündeten unmittelbar im Vorfeld der Kaiserproklamation in eine plötzliche Ablehnung Wilhelms I. gegenüber dem eigens für ihn vorgesehenen und schon verfassungsrechtlich feststehenden Titel „Deutscher Kaiser“. Der Titel „Kaiser von Deutschland“, den Wilhelm I. stattdessen für sich reklamieren wollte, war von allen Seiten sorgsam vermieden worden, weil dieser den Anspruch auf eine Territorialherrschaft des Kaisers „über alle im Reich zusammengeschlossenen Staaten angezeigt hätte“ (Christoph Jahr, *Blut und Eisen*, München 2020, S. 258).

Bekanntermaßen gelang es dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (1815–1898) unter Mitwirkung des Kronprinzen, das Problem zu lösen, indem sie den Großherzog von Baden (der sich daraufhin im letzten Moment noch einmal mit Wilhelm I. verständigte) dazu brachten, im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles am 18. Januar im entscheidenden Moment „Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm“ hoch leben zu lassen – also ohne den strittigen „deutschen“ Bezug.

Noch am gleichen Tage schrieb Wilhelm I. seiner Gattin einen Brief, in dem er seine Sicht auf die Ereignisse der vergangenen 48 Stunden darlegte: „Eben kehre ich nach vollbrachtem Kaiserakt zurück! Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen Tagen war, teils

wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen“.

In der Tat wurde Wilhelm I. mit der Zeit immer weniger als König von Preußen wahrgenommen, denn als Deutscher Kaiser – als die Symbolgestalt für die neue Reichseinheit – und er stellte sich dieser neuen Position mit preußischem Pflichtbewusstsein. Gerade dadurch aber wuchs er recht schnell in die Rolle eines allseits beliebten, wahrhaft populären gesamtdeutschen Monarchen hinein, der trotz seines hohen Alters ein umfangreiches Pensum gesellschaftlicher Auftritte und politischer Verpflichtungen scheinbar mühelos bewältigte.

Sein Sohn, Kronprinz Friedrich Wilhelm (1831–1888), sollte aufgrund seiner Krebserkrankung keine Chance mehr bekommen, als Herrscher seine Vorstellungen von einer Legitimität der Hohenzollern auf die errungene Kaiserwürde zu vertreten. Mit der Kaiserproklamation seines Vaters verband er vor allem mittelalterlich-romantische Aspekte. Geradezu besessen war er von der Idee, dass der König von Preußen als Deutscher Kaiser das Erbe der alten tausendjährigen deutschen Kaiserwürde antreten werde. Der vom Gottesgnadentum seiner Herrschaft überzeugte Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) versuchte dagegen unter Zuhilfenahme historischer, politischer und religiöser Mythen die Hohenzollernmonarchie tief in der deutschen Geschichte zu verorten und, mit nicht geringem Erfolg, das neue Kaisertum zum politischen Symbol der

>>>



– nächtliches Triumphfest nach dem Einzug des Kaisers am Vortag

– Verherrlichung König
Wilhelms I. als Feldherr



Einheit der Nation zu erheben. Darüber hinaus bemühte er sich, seinem Großvater eine Schlüsselrolle für die Herstellung der Reichseinheit zuzuschreiben („Wilhelm der Große“) und damit ein Gegenbild zum Bismarckmythos zu schaffen.

Wilhelm II., der sein Reich weder nach innen noch nach außen gefestigt wähnte, reagierte noch Anfang des 20. Jahrhunderts äußerst gereizt, wenn man die Legi-

timität der Hohenzollern(-vor-)herrschaft über das Deutsche Reich auch nur im Ansatz in Zweifel zog. Im Jahre 1903 hielt der Kaiser den Artikel *Seapower and the nations* aus einer englischen Militär- und Marinezeitschrift in Händen, der ihm über den Staatssekretär des Reichsmarineamtes zugeleitet worden war. Ausgangspunkt war die von Wilhelm II. ausgegebene Parole „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Als der englische Autor in einem Nebensatz

erwähnte, dass der Rhein die natürliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland sei, vermerkte Wilhelm II. mit Bleistift entrüstet am Rande: „der Herr hat wohl in Paris Unterricht über deutsche Geschichte und Geographie erhalten!?“ Als einige Zeilen weiter der Verfasser darüber spekulierte, ob nicht der König von Sachsen oder der Großherzog von Baden eines Tages mit dem König von Preußen um die Macht konkurrieren würden, infolge dessen es zum Zerfall des Deutschen Reiches kommen könne, verlor Wilhelm II. seine Fassung: „Ik denke der Affe laust mir!“ notierte er und setzte dem noch hinzu: „which is the sincere and ferment wish of the writer of this article“. Kaiser Wilhelm II. musste in Friedenszeiten, trotz eines nach 1900 zunehmenden Ansehensverlustes, niemals befürchten, von einem Vertreter einer anderen deutschen Dynastie verdrängt zu werden.

Dennoch wurde die sehr berlinische Randnotiz als Motto für die neue Vitrinenausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz gewählt. Neben der Suche der preußischen Herrscher nach einer neuen Identität in ihrer künf-

tigen Rolle als Könige von Preußen und Deutsche Kaiser, wird in der Ausstellung eine Auswahl weiterer Entwicklungen und Probleme thematisiert, mit denen sich Preußen nach 1871 konfrontiert sah: etwa dem Industrialisierungsschub rund um Eisenbahn, Kohle und Stahl; dem Bankensektor und dem Gründerkrach einschließlich der daraus folgenden konservativen Wende im Reich und in Preußen; der Wohnungsnot und den sozialen Konflikten infolge von Industrialisierung und Verstädterung; der Professionalisierung von Akademien, wissenschaftlichen Verbänden und Vereinen; der Prädominanz der preußischen Armee im Alltagsleben; den Folgen des Kulturkampfes im Spiegel der preußischen Gesetzgebung; oder dem Berliner Theaterleben am Beispiel des führenden gründerzeitlichen Geschichtsdramaturngen Ernst von Wildenbruch. Einige Schlüsselquellen wurden in diesem Beitrag vorgestellt, weitere gilt es selbst zu entdecken – bei einem Besuch der Ausstellung im Archiv oder im Internet auf den Seiten der Deutschen Digitalen Bibliothek. Noch bis Ende 2023!

Geschichtsunter-
richt in Paris?

Über den Autor:
Dr. Frank Althoff
ist Referatsleiter
am Geheimen
Staatsarchiv
Preußischer
Kulturbesitz und
Leiter des
Ausstellungsteams.

„Ik denke der Affe laust mir!“ Preußen nach der Reichsgründung 1871.
Sonderausstellung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
18.03.2021 bis 31.12.2023 während der Öffnungszeiten des Hauses.
Wegen der Pandemie kann es zu Zugangsbeschränkungen kommen.



Bitte beachten Sie diesbezügliche Hinweise
auf der Webseite des GStA PK.



Online-Ausstellung zur Sonderausstellung
„Ik denke der Affe laust mir!“
(deutsche-digitale-bibliothek.de)

Kaiser, Künstler, Architekten

Eine kleine Tour durch ausgewählte Editions- und Digitalisierungsprojekte

Mathis Leibetseder

Am Nachmittag des 9. September 1888 fuhr Kaiser Wilhelm II. nach Wannsee, um das Atelier des Historienmalers Anton von Werner (1843–1915) aufzusuchen. Dabei handelte es sich keinesfalls um einen reinen Freundschaftsbesuch. Vielmehr ging es dem Kaiser darum, Skizzen für ein Gemälde zu begutachten, an dem Werner gerade arbeitete. Am 25. Juni war ein neu gewählter Reichstag eröffnet worden und der im „Dreikaiserjahr“ 1888 ins Amt gelangte Wilhelm hatte bei dieser Gelegenheit seinen ersten zeremoniellen Auftritt gehabt. Werner war damit beauftragt worden, dieses Ereignis im Bild festzuhalten. Die Arbeiten an dem Gemälde sollte sich mehrere Jahre hinziehen; erst 1893 konnte Werner es fertig stellen. Heute zählt es zur Sammlung des Deutschen Historischen Museums.

Dass wir uns vom Tagesprogramm des Kaisers am 9. September 1888 ein relativ genaues Bild machen können, verdanken wir den sogenannten Adjutantensjournalen, die für jene fünf Monarchen vorliegen, die im 19. Jahrhundert das Königreich Preußen regierten und ab 1871 an der Spitze des Deutschen Reichs standen: Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), Wilhelm I. (1797–1888), Friedrich III. (1831–1888) – bekannt als 99-Tage-Kaiser – und Wilhelm II. (1859–1941). Die im Militär rekrutierten Flügeladjutanten hatten

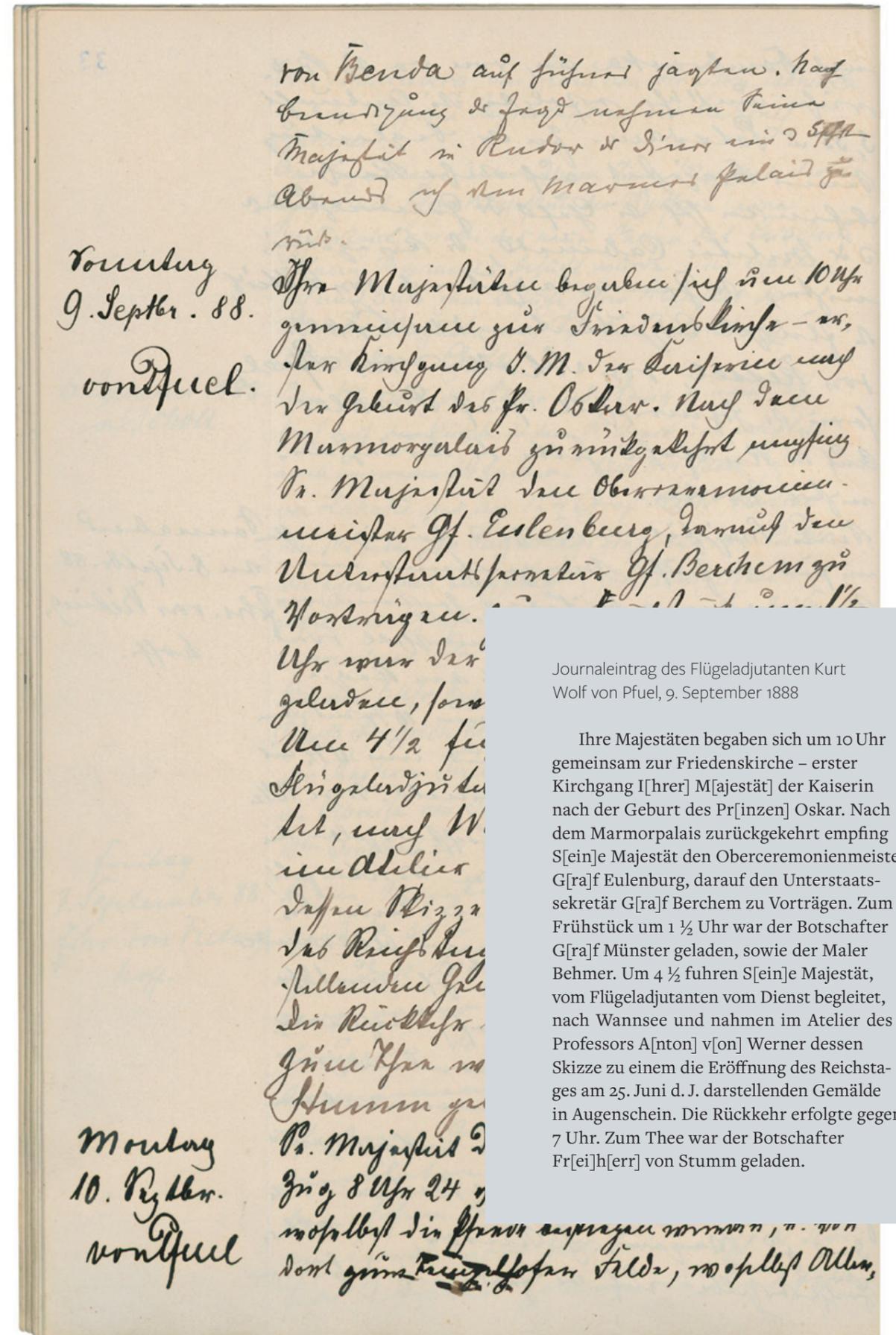
den reibungslosen Tagesablauf des Kaisers zu gewährleisten und dessen Unternehmungen Tag für Tag zu protokollieren; die so entstandenen Journale berichten von Audienzen, Empfängen, Reisen, Theaterbesuchen, Festivitäten bei Hof oder im Familienkreis, gewähren aber auch Einblicke in das tägliche Arbeitspensum der Monarchen. Die Journale bieten mithin Aufschluss über das Alltagsleben der genannten preussischen Monarchen – mitunter aber auch von jenen, die mit ihnen in Verbindung standen, wie etwa Anton von Werner.

Als Direktor der Preussischen Akademie der Künste (seit 1875) und Leiter der Berliner Nationalgalerie (nach der Entlassung Hugo von Tschudis 1909) war Anton von Werner eine Schlüsselfigur des „offiziellen“ Kunstbetriebs der Wilhelminischen Ära. Berühmt ist er als entschiedener Gegner der künstlerischen Avantgarde. Womöglich über Werners Tochter Adeline („Lilli“) gelangte ein Konvolut von Materialien – Schriftgut und Zeichnungen – aus dem Nachlass des Malers und Akademiendirektors in das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz – und zwar über das Deutsche Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, wo es bei den im Zweiten Weltkrieg ausgelagerten Beständen des Preussischen Geheimen Staatsarchivs und des Reichsarchivs vorgefunden wurde; der genaue Weg, den der Nachlass

>>>

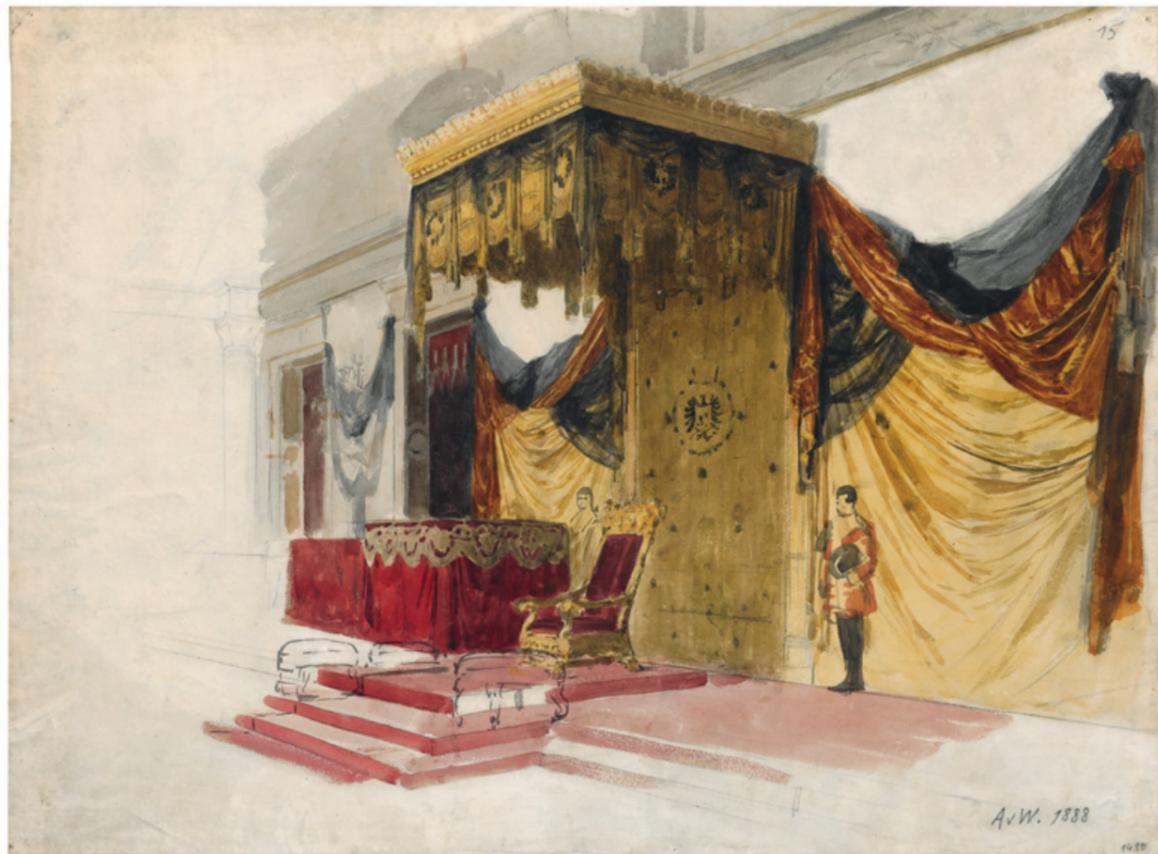
Reichstags-
eröffnung im
„Dreikaiserjahr“
1888

ständige Begleiter
des Kaisers



Journaleintrag des Flügeladjutanten Kurt Wolf von Pfuel, 9. September 1888

Ihre Majestäten begaben sich um 10 Uhr gemeinsam zur Friedenskirche – erster Kirchgang [hrer] M[ajestät] der Kaiserin nach der Geburt des Pr[inzen] Oskar. Nach dem Marmorpalais zurückgekehrt empfing S[ein]e Majestät den Oberceremonienmeister G[raf] Eulenburg, darauf den Unterstaatssekretär G[raf] Berchem zu Vorträgen. Zum Frühstück um 1 ½ Uhr war der Botschafter G[raf] Münster geladen, sowie der Maler Behmer. Um 4 ½ fuhren S[ein]e Majestät, vom Flügeladjutanten vom Dienst begleitet, nach Wannsee und nahmen im Atelier des Professors A[nton] v[on] Werner dessen Skizze zu einem die Eröffnung des Reichstages am 25. Juni d. J. darstellenden Gemälde in Augenschein. Die Rückkehr erfolgte gegen 7 Uhr. Zum Thee war der Botschafter Fr[ei]h[err] von Stumm geladen.



– Die Eröffnung des deutschen Reichstages im Weißen Saal des Berliner Schlosses am 25. Juni 1888: Vorstudien und Gemälde

nahm, ließ sich bislang nicht rekonstruieren. Unter den Zeichnungen befinden sich unter anderem auch zwanzig Vorstudien für die *Reichstagsöffnung*. Sie zeigen Personen und Interieurs, etwa den Thron mit Baldachin. Auch Vorstudien anderer bekannter Gemälde Werners – wie der Enthüllung des Richard-Wagner-Monuments im Tiergarten – befinden sich im Nachlass.

Von Werners Leben am Wannsee legen zahlreiche Gemälde Zeugnis ab (allerdings wohl keine der Zeichnungen im Nachlass), welche Gartenlandschaften darstellen, aber auch seine Familienangehörigen. In der Villenkolonie Alsen wohnte der Maler anfangs zur Miete, ehe er sich entschloss, ein eigenes Haus zu errichten. Nur einen Steinwurf entfernt ließ sich 1901 ein Malerkollege eine Villa errichten, den Werner ein knappes Jahrzehnt zuvor aus der Akademie der Künste verdrängt hatte: der heute weitgehend vergessene Künstler Hugo Vogel.

Der gebürtige Magdeburger Vogel war 1886 nach Berlin gekommen, wo er bald eine Professur an Werners Akademie erlangte. 1892 lud der Verein Berliner Künstler den norwegischen Maler Edvard Munch (1863–1944) zu einer Einzelausstellung nach Berlin ein. Die Ausstellung geriet zum Skandal, Werner ließ sie kurzfristig schließen. Vogel gehörte zu jenen, die gegen diese Form der Kunstzensur protestierten, und verlor infolge dessen seine Professur. Kurz darauf schloss er sich der gegen den akademischen Kunstbetrieb gerichteten Gruppe der XI an, trat aber der Berliner Secession von 1898 später nicht bei. Zu Wohlstand gelangte Vogel den-

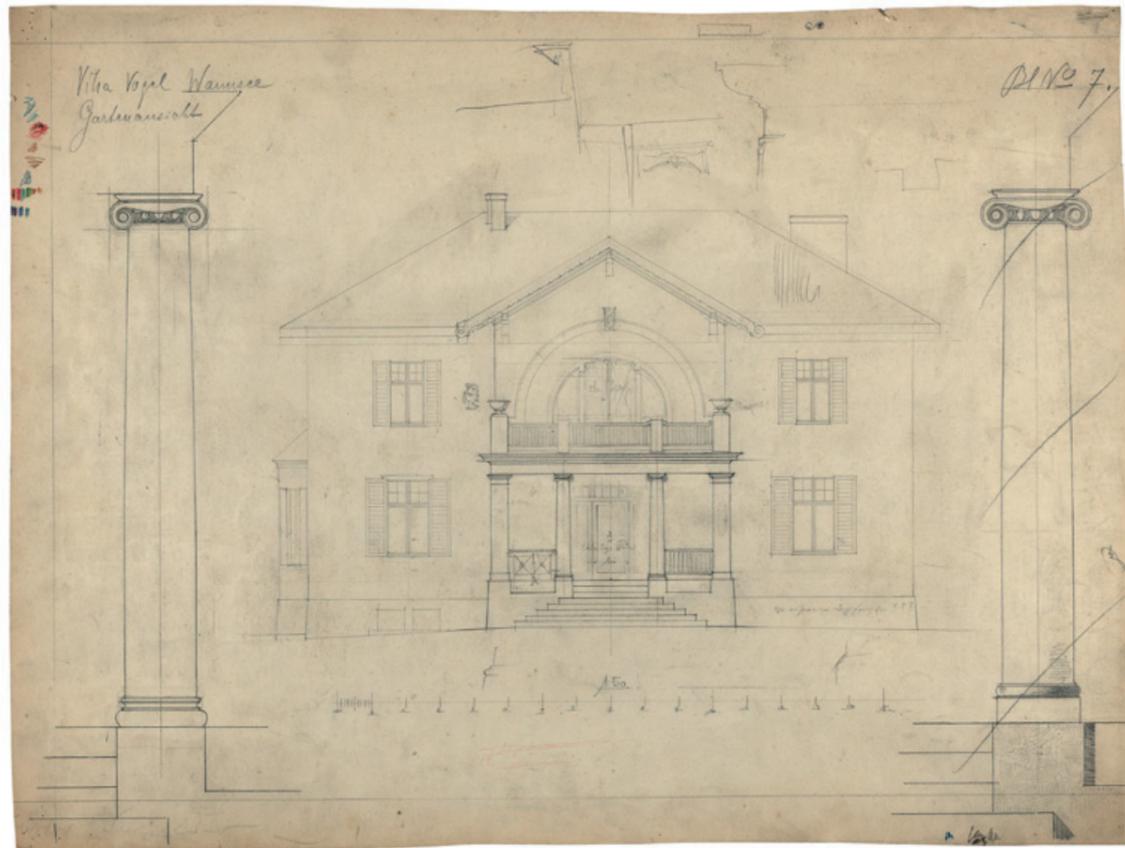
noch – mit Historienbildern, vor allem aber mit monumentalen Wandgemälden im Geiste des Symbolismus, insbesondere des französischen Malers Pierre Puvis de Chavannes (1824–1898). In die Avantgarde der Jahrhundertwende mündete Vogels Werk allerdings nicht; in den offizielleren Arbeiten blieb er dem Realismus, in den privateren dem Impressionismus verhaftet. Als einträglich erwies sich vor allem die Porträtmalerei; höchste und allerhöchste Kreise aus Politik, Verwaltung und Industrie zählten zu seinen Kunden. Der Erste Weltkrieg sollte ihn mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847–1934) zusammenführen, an dessen Mythos er vor allem mit Porträts und Geschichtsbildern mitstrickte. Sie wurden als Kunstdrucke und Postkarten massenhaft verlegt und erlangten hohe Popularität.

Mit dem Bau seiner Wannsee-Villa betraute Vogel den befreundeten Architekten Franz Schwechten (1841–1924). Schwechten zählte seinerseits zu den etablierten Größen des wilhelminischen Deutschland. Mehr als einmal betraute ihn der Kaiser mit einer Kommission, also einem Bauauftrag, so etwa für das trutzige, in neoromanischen Formen gehaltene Schloss in Posen. Sein heute vielleicht bekanntestes Werk, zumal in Berlin, dürfte jedoch die im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sein, für die er nach erfolgreicher Wettbewerbsteilnahme die Entwürfe lieferte. Dort war es auch, in Räumlichkeiten der Kirchenruine, wo sich nach dem Kriege eine umfangreiche Sammlung von Plänen des Architekturbüros Schwechten fand, die zur Archivierung

Anton von
Werner am Wannsee

Schwechtens
Atelierhaus
für den Maler
Hugo Vogel

>>>



dem damaligen Berliner Hauptarchiv, dem heutigen Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, überantwortet wurde. Dank der Förderung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts konnten 2.300 Architekturpläne nun restauriert, neu verpackt und für eine Digitalisierung vorbereitet werden.

In Schwechtens Œuvre spielen Villen eher eine untergeordnete Rolle. Schwechten war ein Architekt für Großbauten – Bahnhöfe, Brücken, Verwaltungsbauten –, zumal in den Jahren nach 1900. Die 1901

geplante Villa Vogel stellt denn auch sein letztes derartiges Gebäude dar. Was der Künstler Vogel zu den Entwürfen an Ideen beisteuert, lässt sich den erhaltenen Plänen nicht eindeutig entnehmen. Das Konvolut von rund 100 Entwurfszeichnungen aus unterschiedlichen Planungsstadien lässt jedoch zwei konkurrierende Ansätze erkennen – einen stärker historistisch und einen eher palladianisch geprägten. Realisiert wurde letzterer. Um eine zentral angeordnete, sich über beide Stockwerke erstreckende Wohndiele wurden im Erdgeschoss die für Familien- und Gesellschaftsleben gleicher-

maßen geeigneten Räumlichkeiten angeordnet – die Küche mit Zugang zu Anrichte und Speisezimmer, das Damenzimmer und das Atelier des Malers mit eigenem Gartenzugang. Im Obergeschoss befanden sich die Schlafzimmer des Ehepaars Vogel und der beiden Kinder, aber auch ein Gästezimmer und Räumlichkeiten für die Bediensteten; deren bloßes Vorhandensein zeigt, dass die Familie Vogel zu den äußerst wohlhabenden Schichten des Berliner Bürgertums zählte. Schwechtens Entwürfe für die Villa Vogel in Wannsee sind so nicht nur ein Stück Kunst- und Kultur-, sondern auch Sozialgeschichte. Neben der Villa, die ursprünglich als Sommersitz geplant wurde und erst im Laufe der Jahre zum Hauptwohnsitz der Familie avancierte, unterhielt man eine Stadtwohnung und ein Stadtatelier. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Villa abgerissen.

Hier endet unsere Tour durch ausgewählte Bestände, Nachlässe und Sammlungen des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz, die Aufschluss über Kaiser, Künstler und Architekten im wilhelminischen Deutschland gewähren. Die Sammlung

Franz Schwechten wird nach ihrer Verzeichnung und Digitalisierung im Digitalen Forschungssaal des Archivs präsentiert werden. Dort ist bereits seit mehreren Jahren auch der Nachlass Anton von Werners zu finden.

Was die Adjutantenjournale betrifft, werden sämtliche der rund 14.000 Seiten umfassenden Journalbände gegenwärtig in einem Kooperationsprojekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz digitalisiert und online zugänglich gemacht. Dabei werden die Einträge nicht nur transkribiert, sondern auch die darin vorkommenden Personen, Orte, Einrichtungen und Werke in Registern bzw. über die GND, die Generalnormdatei, erschlossen und vernetzt. Die Transkriptionen werden gemeinsam mit den Digitalisaten der jeweiligen Einträge aus den Journalbänden als Online-Edition zugänglich gemacht. Die Bände selbst sind Teil der Personalreposituren des im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz aufgestellten Brandenburg-Preussischen Hausarchivs.

Präsentation im
Digitalen
Forschungssaal

Über den Autor:
Dr. Mathis
Leibetseder ist
Referatsleiter
am Geheimen
Staatsarchiv
Preussischer
Kulturbesitz.



»Die Sprache der Monarchie«, Publikation des
Akademienvorhabens Anpassungsstrategien
der späten mitteleuropäischen Monarchie am
preussischen Beispiel (1786–1918) der BBAW.
actaborussica.bbaw.de



Nachlass Anton von Werner in der
Online-Archivdatenbank des GStA PK
archivdatenbank.gsta.spk-berlin.de

Visuelle Zeitzeugen

Das fotografische Gedächtnis
des bpk-Bildarchivs

Christina Stehr

Das Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (bpk), zugehörig zur bpk-Bildagentur, besitzt mit mehr als 12 Millionen Fotografien eine der umfangreichsten zeitgeschichtlichen Fotosammlungen in Deutschland. Es wurde 1966 als eine Sonderabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin gegründet. Anlass war die Erwerbung des historischen Universalarchivs des Kunsthistorikers Dr. Herrmann Handke, die mit einer Million Bildvorlagen (darunter historisch wertvolle Fotografien, Original-Grafiken und ein umfangreicher Buchbestand) den Ursprung der heutigen Sammlung bildet.

Durch gezielte Erwerbungen im Bereich der Presse- und Dokumentarfotografie freier Fotograf*innen entwickelte sich das Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz zu einem bedeutenden zeitgeschichtlichen Fotoarchiv. Das Kernstück der Sammlung bilden heute über 200 fotografische Nachlässe und die dazugehörigen Sammlungsmaterialien. Der Bildbestand umfasst sämtliche Epochen der deutschen Geschichte sowie alle Facetten des menschlichen Lebens vom Königreich 1850 bis zur Wiedervereinigung 1990.

Neben der Vergabe von Bildnutzungsrechten durch die bpk-Bildagentur ist das Bildarchiv zunehmend als Kooperationspartner im Bereich Bildforschung und als

Wissenschaftsdienstleister gefragt. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich ein deutlicher Paradigmenwechsel in der Bewertung des Mediums Fotografie ab. Mit der Entstehung des Forschungsbereiches „Visual History“ wurde die Fotografie als eigenständige wissenschaftliche Quelle der Geschichtsforschung anerkannt. Seitdem hat sich der Blickwinkel der Forschung verändert. Der Fokus ist neben den Bildinhalten stärker auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Entstehung, Verbreitung und Bewertung von Bildern sowie auf die Fotografie als Objekt gerichtet.

Mit dem zunehmenden Interesse an Fotografien ist der digitale Zugang zu den analogen Nachlässen und Sammlungen mehr denn je gefragt. In Hinsicht auf eine stärker medial ausgerichtete Forschungsunterstützung gibt es seit 2016 im bpk-Bildarchiv intensive Bemühungen, die fotografischen Nachlässe für die wissenschaftliche Forschung online zugänglich zu machen. Im Mittelpunkt steht hier eine digitale Bestandsübersicht, in der die Bestände mit den vorhandenen Findmitteln nachgewiesen werden. Darüber hinaus wurden im Rahmen eines Projektes neue Erschließungsmöglichkeiten und Online-Präsentationsformen im Umgang mit pressefotografischen Nachlässen entwickelt.

>>>

über 200
fotografische
Nachlässe





Pilotprojekt zum bildjournalistischen Werk von Abisag Tüllmann

Als Pilotprojekt wurde das bildjournalistische Werk der Fotografin Abisag Tüllmann (1935–1996) ausgewählt. Mit finanzieller Unterstützung der Abisag-Tüllmann-Stiftung wurde der Teilnachlass Tüllmanns von 2016 bis 2019 im bpk-Bildarchiv erschlossen und in Auswahl digitalisiert. Das Werk zeichnet sich nicht nur durch ein vielschichtiges Themenspektrum aus, sondern auch durch den Umfang des Archivs. Es handelt sich um mehr als 56.000 Originalabzüge, über 8.500 Negativfilme, circa 25.000 Farbdias und ergänzende Materialien. Der reportage- und porträtspezifische Teil des Fotoarchivs wurde bereits 1997 von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz für das bpk-Bildarchiv erworben, blieb aber weitgehend unveröffentlicht und wurde nur teilweise erschlossen.

Ziel war es, diesen Nachlass einer der bedeutendsten deutschen Presse-Fotografinnen des 20. Jahrhunderts einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ihr umfangreiches Werk repräsentiert über vier Jahrzehnte politisches Zeitgeschehen, alltägliches und kulturelles Leben. Als freiberufliche Bildjournalistin war sie von 1958 bis zu ihrem Tod für über 100 Zeitungen und Zeitschriften tätig – u. a. für den *Spiegel*, *Die Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau*.

Ihr Blick richtete sich auf die gesellschaftspolitischen und kulturellen Ereignisse ihrer Zeit. In den 1970er Jahren waren es die internationalen Befreiungsbewegungen und die damit einhergehenden

internationale Befreiungsbewegungen

politischen und gesellschaftlichen Veränderungen u. a. in Algerien, Rhodesien/Simbabwe und in Südafrika, die sie intensiv verfolgte und fotografisch dokumentierte. Mehrere Reisen führten sie in den 1980er Jahren als kritische Beobachterin und Dokumentarin nach Israel.

Neben ihrer bildjournalistischen Tätigkeit widmete sich Abisag Tüllmann seit 1962 der Theaterfotografie. Im Mittelpunkt stand ihre künstlerische Zusammenarbeit mit Claus Peymann, dessen Inszenierungen sie fast 30 Jahre fotografisch begleitete. Das mehr als 200 Bühnenwerke umfassende Theaterarchiv wurde noch zu Lebzeiten der Fotografin vom Deutschen Theatermuseum München angekauft.

Seit Oktober 2020 ist der fotojournalistische Nachlass Abisag Tüllmanns mit ca. 10.000 digitalen Ansichten online verfügbar. Die Abisag Tüllmann Webseite: bietet über drei Hauptkategorien – „Zur Person“, „Zum Werk“, „Zum Nachlass“ – einen Einstieg in ihr Leben und Werk. Neben biografischen Informationen, einer Bibliografie und einem Verzeichnis der Ausstellungen öffnen speziell entwickelte Themendossiers den Zugang zu Ihrem Œuvre.

Die Besonderheiten eines analogen pressefotografischen Archivs mit entsprechenden Findmitteln werden in der Rubrik „Zum Nachlass“ näher beleuchtet. Dabei geht es auch um den Kontext der fotografischen Produktion und der bildjournalistischen Praxis, die seit Tüllmanns Anfängen in den späten 1950er Jahren einen rasanten Wandel durchlaufen haben.

Ein weiteres, ambitioniertes Ziel des Projektes war es, Fotografie als Bildquelle und Objekt gleichermaßen zu zeigen, um das zunehmende Forschungsinteresse an den Erscheinungsformen von Fotografie stärker zu berücksichtigen. Die Online-Präsentation zeigt daher neben den Bildmotiven auch die Objekteigenschaften der Fotos anhand exemplarischer Rückseiten, Varianten eines Motivs mit unterschiedlichen Tonwerten und publizierten Abbildungen von Fotografien.

Mit der Abisag Tüllmann Webseite ist eine virtuelle Präsentation entstanden, die das Werk in seiner Vielfalt bekannter machen und für die Forschung öffnen möchte. Gleichzeitig soll diese Master-Webseite in ihrer modularen Grundstruktur und Präsentation weiterentwickelt und als Prototyp für weitere fotografische Nachlässe genutzt werden.

Als Teil eines Netzwerkes von Archiven und Museen, die sich um die Erhaltung und Sichtbarmachung von fotografischen Nachlässen bemühen, ist es das Ziel des bpk-Bildarchivs, die Vielfalt seiner visuellen Zeitzeugen einer breiten Öffentlichkeit online zu präsentieren.

Fotografie als Bildquelle

Über die Autorin:
Christina Stehr
stellvertretende
Leiterin der
bpk-Bildagentur
und Referats-
leiterin Archiv.



Abisag Tüllmann (1935–1996)
Reportage- und Theaterfotografin
www.bpk-archive.de/tuellmann

Auf dem Prüfstand

Alternative Verfahren zur Qualitätssicherung bei der Papierentsäuerung

Katarzyna Schirmacher
und Ingrid Kohl

„Der Prozess des Erinnerns macht uns zu dem, was wir sind“, behaupten sowohl Hirnforscher wie auch Historiker. Seit zweitausend Jahren schreiben die Menschen ihre Erinnerungen auf Papier nieder, um sie für die kommenden Generationen aufzubewahren, und fördern damit den Fortschritt und die Entwicklung unserer Zivilisation. Papier ist leicht, flexibel und haltbar, aber wie alle organischen Materialien unterliegt es einem kontinuierlichen Alterungsprozess.

Vor allem das moderne Papier, hergestellt ab Mitte des 19. Jahrhunderts, stellt Archive und Bibliotheken vor besondere Herausforderungen. Die damaligen Veränderungen bei der Produktion und Rohstoffgewinnung haben Papier zur Massenware gemacht und im Gegenzug seine Lebensdauer dramatisch verkürzt. Charakteristische Zeichen des schlechten Zustandes solcher Papiere sind Vergilbungen und der Verlust an Festigkeit. Hierfür ist Säure verantwortlich, die in industriell hergestellten Papiersorten noch bis in die 1980er Jahre in großer Menge vorhanden war. Der Prozess der säurebedingten chemischen Alterung kann nur durch eine Neutralisierung der Säuren im Papier verlangsamt werden.

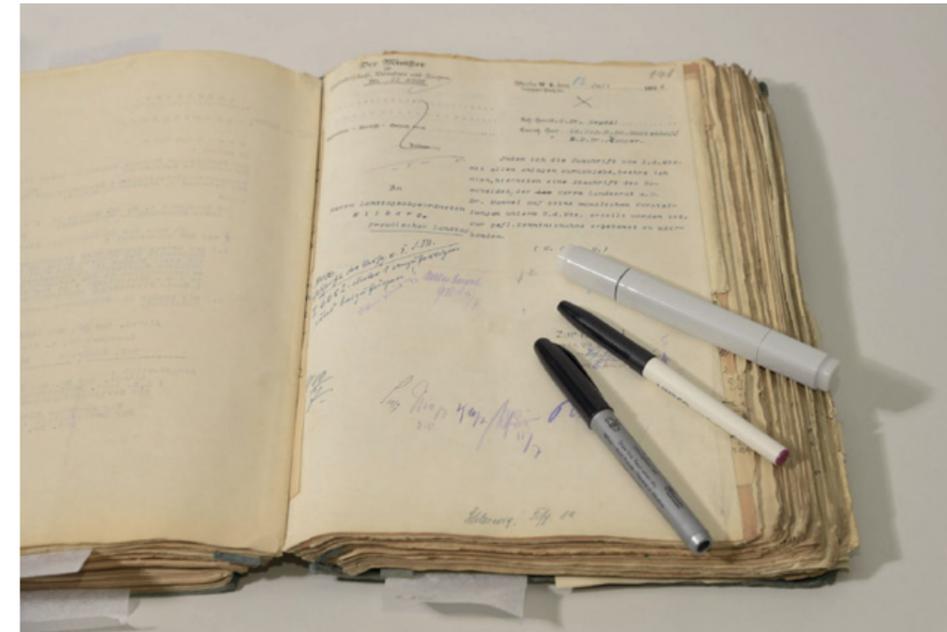
Die Entsäuerung, also die Neutralisierung der Säuren, wird in der Technik, in

der Medizin bzw. in der Landwirtschaft im großen Stil angewendet. Auch für Bücher und Archivalien gibt es spezielle Verfahren, um große Mengen an Schriftgut in einem Prozess zu behandeln. Sie sind unter dem Begriff Mengen- bzw. Massententsäuerung bekannt.

Während der Neutralisierung wird dem Papier eine alkalische Substanz zugefügt, welche die zerstörerische Wirkung der Säure aufhebt und, eingelagert in der Papierstruktur, eine erneute Übersäuerung verhindert.

Die Entsäuerungsmethoden wurden vorwiegend für beschriebene oder bedruckte Papiere entwickelt und dürfen das äußere Erscheinungsbild eines Dokuments nicht verändern, weshalb der Erfolg der Behandlung ausschließlich mit Hilfe chemischer Analysen überprüft werden kann. Eine der populärsten Methoden für die Ermittlung eines sauren oder basischen Charakters von Papier ist die Oberflächen-pH-Wertmessung. Mit Hilfe eines Wassertropfens werden Ionen aus dem Papier herausgelöst und mit einer pH-Elektrode analysiert. Die pH-Wertmessungen erfolgen zerstörungsfrei und brauchen kein spezialisiertes Labor, sind aber zeit- und personalintensiv. In den letzten Jahren sind die Mengen der zu entsäuernden Papiere stark gestie-

Papier als
Massenware



– pH-Indikatorstifte

gen – allein im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz werden jedes Jahr mehrere Tonnen Dokumente durch einen Dienstleister entsäuert.

Diese Tatsache hat das Archiv veranlasst, nach der Entsäuerung Alternativen zu den bisherigen Methoden der Qualitätssicherung zu erproben, wobei sich der Einsatz von Indikatorstiften und eines Taschen-pH-Meters als aussichtsreich erwies. Beide gelten zwar als ungenau, ermöglichen aber schnelle Tests an mehreren Objekten direkt im Magazin ohne technischen Aufwand und bieten damit unschlagbare Vorteile im Arbeitsalltag. Im Rahmen des Projekts werden die mit Indikatorstift und dem Taschen-pH-Meter ermittelten Werte mit dem Ergebnis einer Oberflächen-pH-Wertmessung verglichen und ausgewertet.

Was kennzeichnet die genannten Verfahren? Der Indikatorstift ist mit einem

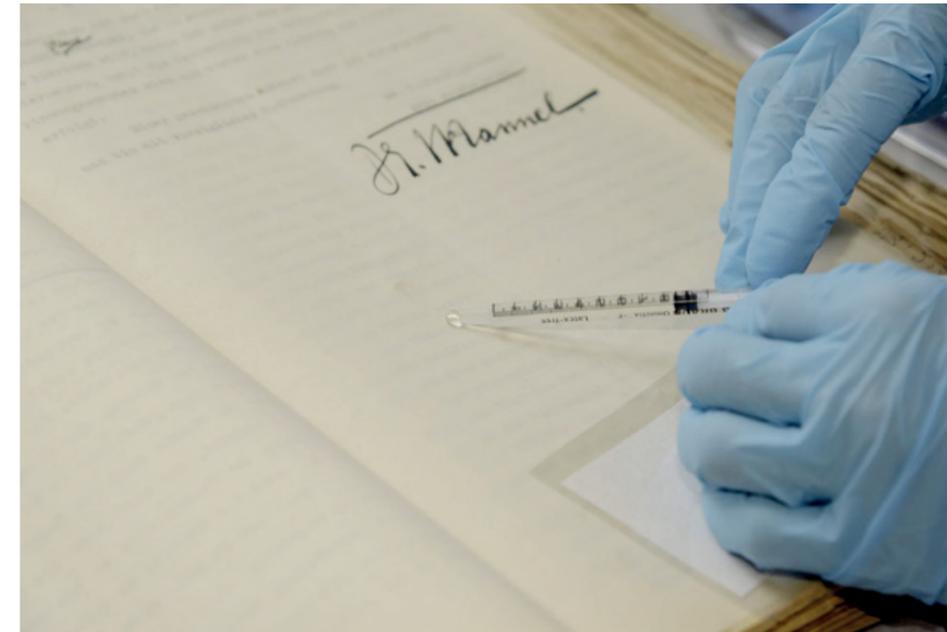
Säure-Base-Indikator getränkt, der im Kontakt mit saurem, neutralem oder basischem Papier seine Farbe entsprechend ändert. Die durchgeführten Versuche zeigten allerdings, dass der Indikatorstift nur auf den ersten Blick das ideale Werkzeug ist, um Säure im Papier zu erkennen. In der Praxis wird der Farbumschlag des Indikators durch die Eigenfarbe des gealterten Papiers verfälscht – das Ergebnis ist somit nicht eindeutig. Zudem haben die Indikatorstifte einen zu hohen Toleranzbereich beim Erkennen der Säure oder Base.

Weiterhin wurde der Einsatz eines Taschen-pH-Meters getestet, das nach demselben Prinzip funktioniert wie die Oberflächen-pH-Wertmessung mit einem klassischen pH-Meter. Aufgrund der praktischen Form und einer sehr geringen Menge an Wasser, die für die Beprobung eines Papiers benötigt wird, erwies sich dieses Werkzeug für das Projekt als besonders

Indikatorstift und
Taschen-pH-Meter

>>>

– Oberflächen-
pH-Wert-Messung
an einer Akte



– Untersuchung
mit einem
Taschen-pH-Meter
und Transferpapier

interessant. Die Schwierigkeit lag hier in der Auswahl eines geeigneten Mediums, welches die im untersuchten Papier vorhandene Säure oder Base aufnimmt und sie auf das Messfeld des Taschen-pH-Meters überträgt. Aktuell werden hauchdünne Transferpapiere und kleine Stempel aus Agarose – einer Art Gel – als Übertragungsmedium getestet.

Das Forschungsprojekt wurde nach Bewilligung entsprechender Mittel durch die Bundesministerin für Kultur und Medien seit Mai 2021 im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz durchgeführt. Nach Auswahl der zu erprobenden Messmethoden und Beschaffung der notwendigen Arbeitsmittel wurden bis Dezember 2021 zahlreiche Messungen durchgeführt. Die statistische Auswertung der Ergebnis-

se und die Erstellung von Empfehlungen zur praktischen Anwendung der Indikatorstifte und des Taschen-pH-Meters ermöglichen dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz die Neuausrichtung der internen Qualitätssicherung der Massenentsäuerung.

Eine entsprechende Arbeitsanweisung und ein spezieller Workflow werden künftig eine einfache und effektive Kontrolle des Entsäuerungserfolges ermöglichen. Die unerwünschten Begleitphänomene der Mengenentsäuerung werden dabei rechtzeitig erkannt und helfen, die gewählte Entsäuerungsmethode entsprechend anzupassen. Die im Projekt gesammelten Daten bilden weiterhin die Grundlage für eine Langzeitbeobachtung der Veränderungen im alternden Papier.

Bundesministerin
fördert
Forschungsprojekt

Über die
Autorinnen:

Katarzyna
Schirmacher ist
Restauratorin am
Geheimen Staats-
archiv Preußischer
Kulturbesitz.

Ingrid Kohl
ist Referats-
leiterin am
Geheimen Staats-
archiv Preußischer
Kulturbesitz.

Evaluierung der Zuverlässigkeit von Testergebnissen mit pH-Teststiften bei der Qualitätssicherung nach erfolgter Massenentsäuerung von Akten. Gefördert aus Mitteln der BKM-Forschungsförderung

Kontakt:
Katarzyna.Schirmacher@sbb.spk-berlin.de
Ingrid.Kohl@gsta.spk-berlin.de



Zwischen den Zeilen

Zur preußischen „Geheimschreibekunst“
des 18. Jahrhunderts

Franziska Mücke

Paris, 10. November 1800. Der preußische Gesandte Girolamo Marchese Lucchesini (1751–1825) schreibt Zahlenkolonnen an das Auswärtige Departement in Berlin. Dank der am Bestimmungsort zwischen den Zeilen ergänzten Klarschrift ist heute zu lesen, was er neugierigen Augen vorenthalten wollte: „Die Sicherheit der Chiffre erlaubt mir, die Materie zu wechseln. [...] Viele Intrigen werden in den Tuileries aus den Ruinen der Monarchie wiedergeboren und das Kabinett der Gemahlin von Bonaparte ist oft deren Heimstätte“. Eine harsche Aussage über die französischen Verhältnisse, die nicht in die falschen Hände hätte gelangen dürfen. Wie also schützte ein Diplomat des ausgehenden 18. Jahrhunderts seine Geschäftspost?

Nicht nur in den Akten des Auswärtigen Departements (gewissermaßen des damaligen preußischen Außenministeriums), des engeren Königlichen Kabinetts und der preußischen Gesandtschaften lassen sich im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz die zeitgenössischen Techniken der Geheimhaltung studieren. Auch Diplomatennachlässe, wie derjenige Lucchesinis, können die Geschichte der Kryptografie erhellen.

Die Entsendung eines Diplomaten verlief in streng geordneten, unter den europäischen Mächten anerkannten und

eingespielten Bahnen. In einer schriftlichen „Instruktion“ wurde der Auftrag des Gesandten festgehalten. Neben der politischen Mission wurde darin auch festgelegt, in welcher Form der Schriftverkehr zu erfolgen hatte und zur Verschlüsselung der Berichte gemahnt. Verschiedene Techniken der „Geheimschreibekunst“ – wie sie ein bekanntes Lehrbuch dieser Zeit nannte – waren parallel zum Gesandtschaftswesen über die Jahrhunderte entstanden. Weit verbreitet war die Arbeit mit Codebüchern, zeitgenössisch „Chiffre“ genannt. Im heimatischen Ministerium wurde in zweifacher Ausfertigung eine solche Chiffre erstellt – ein Exemplar für das Ministerium, und eines für den Gesandten. Mit der Instruktion erhielt dieser bereits seine erste Chiffre mit auf die Reise. Regelmäßig wurden dann die Chiffren auf möglichst sicheren Wegen ausgetauscht. Wie wichtig ein eng begrenzter Nutzerkreis war, hatte bereits König Friedrich II. erkannt: In einer Kabinettsordre des Jahres 1741 wies er an, für mehrere seiner Gesandten eine gesonderte Chiffre anfertigen zu lassen, da diese sich bisher derselben bedient hatten.

Eine Chiffre bestand aus zwei Teilen – einem alphabetisch geordneten Buch zur Verschlüsselung von Texten, der „Chiffre-Chiffrent“, und einem numerisch geordneten Buch zur Entschlüsselung von Texten, der „Chiffre-Déchiffrent“. Einem festen

>>>

La sûreté du Chiffre m'oblige à changer de matière. Il y a eu quel-
ques inquiétudes dans l'intérieur: On a voulu engager Barras à quitter
Paris, soit qu'il ait été compromis par quelque déposition d'un
des complices de la conspiration découverte contre Bonaparte, soit
plutôt que sa présence ici servit de ralliement au parti qui
renforce celui des jacobins. Barras a refusé de partir
et a demandé qu'on lui fit son procès. Le premier Consul l'a
invité à venir chez lui. Il a envoyé un attestat de la faculté
qui le qualifie d'infirme, et a fait dire à Bonaparte que s'il
avait à lui parler, il n'avait qu'à aller chez lui. Cette résis-
tance, qui compromet le Gouvernement, le jette entre l'inconvé-
nient de fléchir et le danger de renouveler les exemples des
déportations directoriales. Le Sieur Lucien Bonaparte, à qui
le premier Consul devoit plus de reconnaissance qu'il ne



Satz an Wörtern, Namen und Ortsbezeichnungen wurde darin jeweils eine bis zu vierstellige Zahl zugeordnet. Aus weiteren Zahlen für Einzelbuchstaben und Silben ließen sich Wörter, die nicht im Codebuch enthalten waren, zusammensetzen. Dabei gab es für häufige Buchstaben und Silben in der Regel mehrere verwendbare Zahlen. Mit solchen sogenannten „Homophonen“ sollte verhindert werden, dass sich bestimmte Zeichen in der Verschlüsselung häufen und man durch Auszählung das zugrundeliegende Alphabet entschlüsseln konnte. Eine weitere Finte waren die sogenannten „Blender“, oder zeitgenössisch „Non-Valeurs“: Zahlen, die keine Bedeutung hatten, dennoch gelegentlich in die Verschlüsselung eingestreut wurden und bei unberechtigten Entschlüsselnden Verwirrung stiften sollten. Die verschlüsselten Texte wurden mit großen Zeilenabständen niedergeschrieben, so dass „zwischen den Zeilen“ genug Platz war, die Auflösung niederzuschreiben.

Wenn auch im internationalen Vergleich spät, professionalisierte sich das Chiffrenwesen in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Für die Zeit um 1800 sind Sekretäre nachweisbar, die sich nur mit dem Entwerfen der Codes („Compositeur des Chiffres“) und der Entschlüsselung der chiffriert eingehenden Schreiben beschäftigten. Von deren schwerer Arbeit zeugen noch heute die abgegriffenen Ecken der „Chiffre-Déchiffants“.

Zwar sind die Diplomatschreiben heute meist in entschlüsselter Form in den Akten zu finden, doch gelegentlich findet sich ein noch unentschlüsselter Text – für Historiker*innen eine Herausforderung. Ein Glücksfall ist es, wenn die passende Chiffrentabelle in den Archivbeständen noch zu finden ist. Oft wurden die Chiffren nach der Verwendung aus Sicherheitsgründen vernichtet.



Der Italiener Girolamo Marchese Lucchesini, zunächst „letzter Vorleser“ Friedrichs des Großen, schlug ab 1786 eine Diplomatenkarriere in preussischen Diensten ein. 1800–1806 wurde er nach Paris entsandt. Nachkommen Lucchesinis übergaben seinen Nachlass an das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz.

Der Papst lässt niemanden aus Rom mehr an sich heran

Wie der Generalprokurator des Deutschen Ordens Jodocus Hogenstein die Pestwellen an der päpstlichen Kurie erlebte

Ingrid Männl

Zu den Bildern, die von der weltweiten Corona-Epidemie in Erinnerung bleiben werden, gehört die nahezu menschenleere Peterskirche in Rom, in der Papst Franziskus 2020 die Ostermesse feierte. Bei der Live-Übertragung der Zeremonien war auch das wundertätige Kruzifix zu sehen, das im Jahr 1522 während der Pest in Prozessionen durch die Stadt Rom getragen wurde. Der Sage nach soll die Seuche abgeebbt sein, als das Kreuz nach 16 Tagen Sankt Peter erreichte. Papst Franziskus war am 15. März in die römische Kirche San Marcello al Corso gepilgert, in der das Pestkreuz seit dem frühen 19. Jahrhundert hängt, um ein Ende der globalen Corona-Pandemie zu erleben, und am 27. März ließ er das wundertätige Kruzifix in den Vatikan bringen.

Diese Bilder regen nicht nur zu einem historischen Vergleich an zwischen der Ausbreitung des Corona-Virus in einer globalisierten Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts und der Ausbreitung der Pest im späten Mittelalter und der beginnenden Neuzeit, einer Zeit, in der sich die meisten Menschen in Europa wohl nie weiter, als man mit einem Pferd an einem Tag reiten konnte, von zuhause entfernten. Es stellt sich vielmehr auch die Frage, was wir über das persönliche Schicksal einzelner Menschen

in Zeiten der Pest wissen. Eine besonders aufschlussreiche Quelle stellen in diesem Zusammenhang die Briefe dar, die der Generalprokurator des Deutschen Ordens an der päpstlichen Kurie Jodocus Hogenstein (um 1415–1471) in den Pestjahren 1449 bis 1451 und 1456 aus Rom an den Hochmeister des Deutschen Ordens und seinen Kanzler auf der Marienburg im Preußenland sandte.

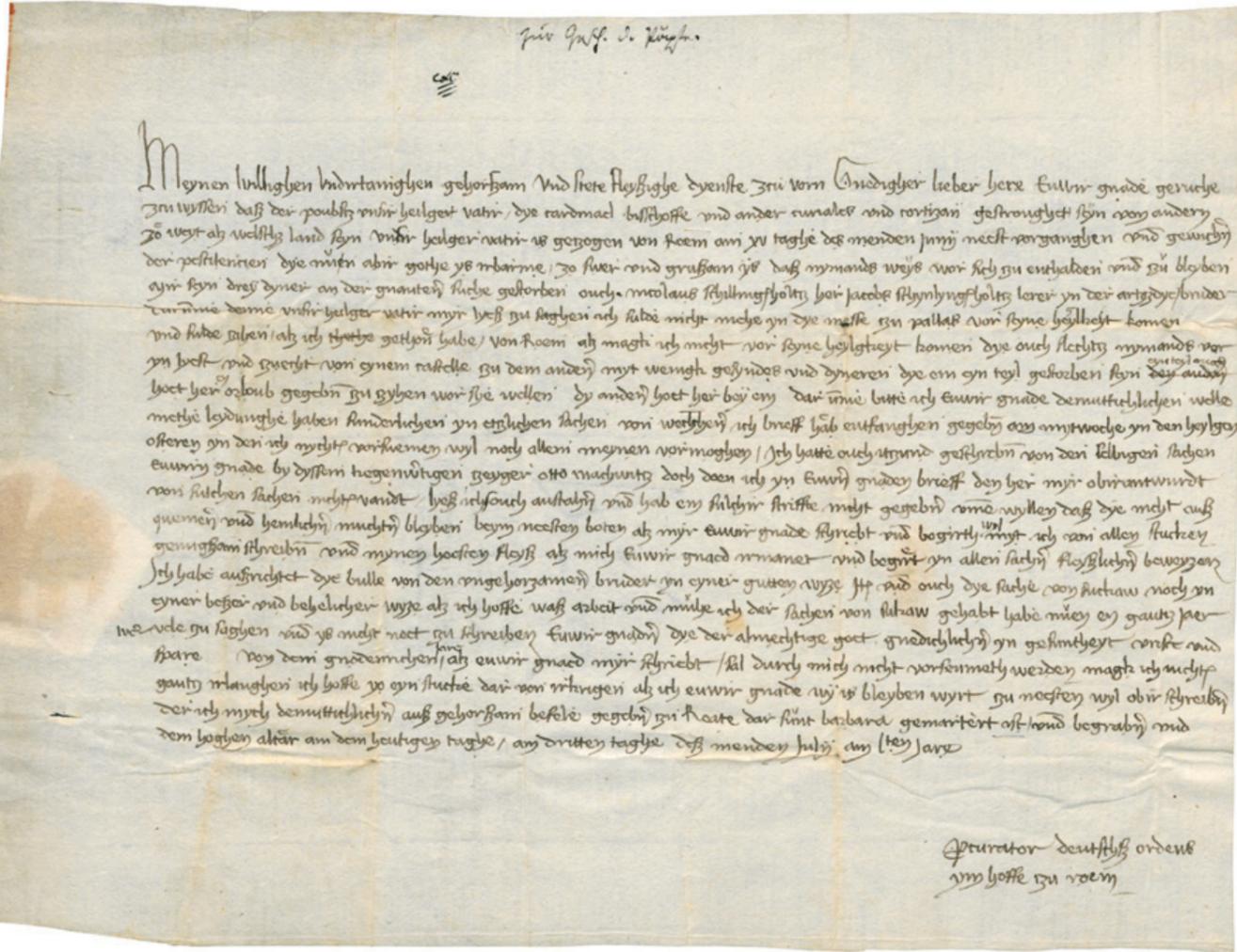
So berichtet Hogenstein dem Hochmeister am 29. August 1449 aus Rom, dass der Papst mit einem kleinen Gefolge vor der Pest aus der Stadt geflohen sei und in dem Kastell Fabriano, in dem er sich gegenwärtig aufhalte, sonst niemanden in seine Nähe ließe. Er selbst habe drei Tage lang in der Ungewissheit geschwebt, ob er sich angesteckt habe oder nicht. Allgemein bestehe eine große Angst vor der Seuche, was er in folgenden Worten zum Ausdruck bringt: „itzlicher furcht sich vor den andern unde nymands is sicher.“ Noch bedrohlicher schildert der Generalprokurator dem Hochmeister seine Lage in zwei Briefen, die er im Juli 1450 aus Rieti schrieb. Drei seiner eigenen Diener seien an der Pest gestorben und er selbst habe drei Wochen im Bett niedergelegen und „dye haut kaume darvongebracht“. Der Papst ließ ihm sagen, er solle nicht mehr

in Zeiten der Pest

niemand ist sicher



– Jodocus Hogenstein an den
Hochmeister des Deutschen
Ordens. Rieti, 3. Juli 1450



in die Heilige Messe kommen und aus Rom flüchten, woraufhin er in das Kastell Rieti gezogen sei. Es gäbe niemanden, der in Rom bleiben und in seinem Haus aufwarten wolle, klagt Hogenstein. Auch könne er die Aufträge des Hochmeisters wegen der Kirche zu Reval nicht erledigen, weil sich der Papst wie im vergangenen Jahr in das Kastell Fabriano zurückgezogen habe und dort niemanden aus Rom – mit Ausnahme der Kardinäle – näher als sieben Meilen an sich herankommen lasse.

Mit Jodocus Hogensteins eindrucksvollen Schilderungen von der Pest in Rom geraten unwillkürlich die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz aufbewahrten Berichte des Generalprokurators des Deutschen Ordens an der päpstlichen Kurie aus dem Historischen Staatsarchiv Königsberg in den Blickpunkt – eine historische Quelle, die unter den deutschen Staatsarchiven einzigartig ist. Bisher sind lediglich die Berichte aus den Anfangsjahren des Amtes um 1220 bis zum Jahr 1436 gedruckt. Eine Edition der zahlreichen Briefe aus Jodocus Hogensteins langer Amtszeit von 1448 bis 1468 bleibt ein Desiderat der Forschung.

Über die Autorin:
Dr. Ingrid Männl ist Sachgebietsleiterin am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und außerdem Leiterin der Kommunikation.

Im Juli 1456 berichtet Hogenstein dem Kanzler des Hochmeisters, an den er im Unterschied zum Hochmeister auf Latein schrieb, über einen erneuten Ausbruch der Pest in Rom. Schon fast alle Kardinäle seien aus Rom geflohen, aber er könne sich die Flucht aufgrund seiner prekären wirtschaftlichen Lage einfach nicht leisten und bleibe daher in Gottes Händen an der Kurie der Pest ausgesetzt: „itaque in manibus dei curie pestilenti adherebo“. Noch im selben Jahr unterbreitete Hogenstein dem Kanzler des Hochmeisters seine Vorstellungen über eine finanzielle Sanierung des Generalprokuratorenamtes und schlug dabei sogar einen Rückzug des Generalprokurators in die Deutschordens-Ballei an der Etsch vor – nicht zuletzt aus gesundheitlichen Gründen und aus Angst vor den in Rom häufig wiederkehrenden Pestwellen.

Verzeichnung

Vom Suchen und Finden im Archiv

Susanne Brockfeld

Ob das „Schlaue Buch“ (im amerikanischen Original „Junior Woodchucks' Guidebook and Reservoir of inexhaustible Knowledge“) Donald Ducks Neffen als Pfadfinder-Handbuch des Fähnleins Fieselschweif auch im Stadtarchiv Entenhausen bei der Spurensuche geholfen hat, ist nicht bekannt. Mit seinem Anspruch, auf alle Fragen eine Antwort zu finden, wäre es im Forschungssaal des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz sicher das mit Abstand begehrteste Findmittel, und zwar sowohl für Nutzer*innen als auch Archivar*innen.

Es ist der zentrale Auftrag öffentlicher Archive, ihre Schätze – unter Beachtung rechtlicher und bestandserhaltender Regelungen – ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken: das Archivgut „nutzbar zu machen“ und den „Zugang zum Archivgut“ zu gewährleisten, so beschreibt es das 2016 novellierte Bundesarchivgesetz. Damit reflektiert der Text das gewachsene Selbstbewusstsein und eine veränderte Erwartungshaltung von Nutzer*innen, die es gewohnt sind, in unterschiedlichsten, auch nicht-akademischen Forschungskontexten auf die Informationsvielfalt des Internets ungehindert zugreifen zu können.

Damit die auf individuelle Fragestellungen passenden Quellen ermittelt werden können, bedarf es einer sachgerechten Beschreibung der Archivalien (im Fachjargon ‚Verzeichnung‘): Über Inhalt und Entstehungszweck gibt ein präziser Titel

Auskunft, im Einzelfall ergänzt um Hinweise auf spezielle Inhalte. Angaben zum ersten und zum letzten Bearbeitungsdatum (Laufzeit) der Quelle runden die Beschreibung ab. Was einfach und einleuchtend klingt, entspricht im Ergebnis jedoch oft genug nicht den Erwartungen archivischer Nutzer*innen – die Verzeichnung wird als wenig aussagekräftig empfunden, Bezüge zur eigenen Fragestellung sind nicht immer leicht zu ermitteln.

Diese Irritation hat ihre Wurzel im besonderen Charakter des Objekts der Begierde: Archivalien waren in ihrem früheren Leben meist prosaisches Behördenchriftgut – also Akten, Amtsbücher und Urkunden, mit denen Verwaltungshandeln dokumentiert wurde. Anders als bei Büchern gibt es keinen Schriftsteller, der die Handlungsfäden fest in der Hand hält. Stattdessen spielt die Behörde, ihre Struktur und ihr Aufgabenzuschnitt die entscheidende Rolle bei der Bearbeitung des „Themas“. Zum Verständnis des Aktentitels gehört das Wissen um den Entstehungszusammenhang des Aktenbandes unabdingbar dazu. Wegen dieser Kontextabhängigkeit wird der beim Aktenproduzenten vergebene Titel auch in der archivischen Verzeichnung möglichst beibehalten, und werden die ins Archiv übernommenen Akten nicht thematisch, sondern im Regelfall nach der abgebenen Stelle als „Bestand“ (Innen-, Außen-, Finanzministerium etc.) geordnet. Diese Ordnung und Verzeichnung soll die Quel-



len für alle möglichen – auch zukünftigen – Fragestellungen öffnen.

Damit machen die Archivar*innen fachlich eigentlich alles richtig – und trotzdem schlägt in der Realität die Recherche der Nutzer*innen oft genug fehl bzw. führt nicht zu den relevanten Quellen. Mit dem World Wide Web hat sich das Nutzerverhalten grundlegend geändert; ein die Recherche unterstützender Schriftwechsel oder gar das Beratungsgespräch mit den Archivar*innen ist bei weitem nicht mehr die Norm. Die Fachleute können ihre althergebrachte Funktion als Wegweiser im Verzeichnungs-Labyrinth damit nicht mehr erfüllen. Stattdessen gehen die Nutzer*innen davon aus, bei ihrer Volltextsuche mit einzelnen Suchbegriffen von ihrem aktuellen Aufenthaltsort aus ein adäquates Rechercheergebnis zu erzielen.

Ob die Anreicherung der vorhandenen Verzeichnung mit Metadaten wie zum Beispiel Orts- und Personennamen vor dem Hintergrund knapper Ressourcen in den Archiven ein Ausweg sein kann, muss sich erst noch erweisen. Auch die Einbeziehung

von Verzeichnungsleistungen der Nutzer*innen – so genanntes Crowdsourcing – bietet sich zwar für bestimmte Archivaliengruppen wie z. B. Personenstandsverzeichnisse an, ist aber wohl nicht auf die Masse der Archivbestände übertragbar. Erfolgversprechender erscheint der in jüngster Zeit wieder stärker diskutierte Ansatz, die Leistungsfähigkeit der archivischen Suchportale zu verbessern, und sich mit der Einbindung linguistischer, semantischer und statistischer Methoden Google als Vorbild zu setzen. Vom Gelingen derartiger Überlegungen hängt viel ab: Was nicht im Netz ist, wird nicht in der Welt sein – der Stellenwert von Archiven steht und fällt mit ihrer Sichtbarkeit im Internet.

Die Richtlinien zur Archivalienverzeichnung im Geheimen Staatsarchiv werden aktuell den bestehenden Anforderungen angepasst.

Auf unserer Website können Sie diesen Prozess mitverfolgen.



Crowdsourcing für bestimmte Archivaliengruppen

Über die Autorin:
Dr. Susanne Brockfeld ist Abteilungsleiterin am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

Schätze zugänglich machen



»Und sie alle sind des Königs Gäste«

Legitimierungspolitik der preußischen Monarchie durch soziale Öffnung am Beispiel der Krönungs- und Ordensfeste (1810–1914)

Von Anna Dietrich

Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen (VAPKF), Band 19 | 2021 | 421 Seiten

Im 19. Jahrhundert gelang es vielen mitteleuropäischen Monarchien, mit Anpassungsstrategien und Modernisierungsleistungen ihr Fortbestehen über den sozialen und politischen Wandel auf dem Weg zur bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Diese Studie fragte nach den Instrumenten, mit denen die monarchische Kultur ihren Untertanen neue Identifikationspotenziale zur Stabilisierung ihrer Herrschaft anbot. Mit dem Krönungs- und Ordensfest wird am preußischen Beispiel gezeigt, dass die Hohenzollern-Monarchie schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts eine neue kulturelle Praktik etablierte, um breitere Bevölkerungsschichten verstärkt in das monarchische System einzubeziehen, kollektive Emotionen für die Monarchie zu nutzen und diese durch feierliche Vergemeinschaftung zu regulieren. Durch die überständische Verleihung von Orden und Ehrenzeichen sowie die okkasionelle Öffnung des Hofzeremoniells für Unterstützer der Krone und des Staates weit jenseits des traditionellen Hofrangreglements vereinigte das Krönungs- und Ordensfest gleich zwei Strategien in sich, mit denen in neuem Umfang eine affirmative Beziehung zwischen Krone und Untertanen evoziert werden sollte.



»Mehr als nur Soldatenkönig«

Neue Schlaglichter auf Lebenswelt und Regierungswerk Friedrich Wilhelms I.

Hrsg. von Frank Göse und Jürgen Kloosterhuis | Unter Mitarbeit von Felix Engel und Ellen Franke | Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Band 18 | 2020 | 298 Seiten

Ein Kooperationsprojekt der Historischen Kommission zu Berlin und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz.

„Soldatenkönig“ – Gar nicht nett hatte Georg II. von Hannover und England seinen preußischen Vetter Friedrich Wilhelm I. als sergent tituliert – daraus wurde le roi-sergeant: „Der Unteroffizier auf dem Königsthron“. Dann auch noch der lange Schatten seines glanzvollen Sohnes Friedrichs des Großen und die schier unglaublichen Schilderungen von den derben Zuständen am preußischen Hof in den berühmten Mémoires seiner Tochter Wilhelmine, Markgräfin von Bayreuth – das Persönlichkeitsbild des Königs war vollends perdu. Der 2020 erschienene Band, der die Beiträge einer Tagung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz versammelt, lädt zur Neu-Entdeckung dieses Königs im Schlaglicht ein.



Propaganda im Ersten Weltkrieg

Unterrichtsmaterialien des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz

Hrsg. vom Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz | Redaktion: Marie-Luise Adlung, Laura Gerber, Christian Schwarzbach und Kristin Tuma. | 2021 | 28 Seiten

Zu den strategisch wichtigsten Instrumenten in der Kriegsführung zählt zweifellos die Propaganda, sei es in schriftlicher oder bildlicher Form. Die Zustimmung der Öffentlichkeit und die Legitimation der Kriegsführung sind von essentieller Bedeutung, so auch im Ersten Weltkrieg. Vor allem die Verbreitung von Propaganda über Massenmedien, wie Flugblätter, Plakate und Zeitungen, zeichnete die Propagandaführung des Deutschen Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg aus. Zudem wurde in dieser Zeit zum ersten Mal in der Geschichte der Kriegsführung in Deutschland eine eigene staatliche Behörde, nämlich das Kriegspresseamt, zur Koordinierung dieser Propaganda geschaffen. Die offizielle deutsche Propaganda diente vor allem zur Stärkung der Kampfmoral und der Zustimmung der Bevölkerung zum Krieg.



Die Unterrichtsmaterialien können als PDF-Datei heruntergeladen werden unter:

<https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/schwerpunkte/bildung-und-vermittlung/fuer-lehrende-und-lernende.html>



Frauen im Ersten Weltkrieg

Unterrichtsmaterialien des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz

Hrsg. vom Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz | Redaktion: Marie-Luise Adlung, Laura Gerber, Christian Schwarzbach und Kristin Tuma. | 2021 | 18 Seiten

Die soziale Situation um 1900 forderte zunehmend von Frauen ihren Lebensunterhalt und den der Familie mitzusichern. Jedoch waren Bildungsmöglichkeiten für Mädchen begrenzt und nur wenige verfügten über eine Berufsausbildung oder hatten freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Ferner waren Frauen politisch sehr eingeschränkt und laut Bürgerlichem Gesetzbuch von 1900 dem Ehemann rechtlich untergeordnet. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte sich die Situation. Die Einberufung der Männer zum Kriegsdienst und der damit verbundene Einkommensverlust, die Umstellung der Industrie auf Kriegsproduktion, Rohstoffverknappung, Lähmung des Zivil- und Güterverkehrs und die allgemeine Not zwangen Frauen, die Aufgaben ihrer abwesenden Männer zu übernehmen. Parallel setzten sich Frauen für Ihre allgemeinen Rechte ein und verliehen damit dem sich verändernden (Selbst-)Bewusstsein der Frauen Ausdruck.



Die Unterrichtsmaterialien können als PDF-Datei heruntergeladen werden unter:

<https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/schwerpunkte/bildung-und-vermittlung/fuer-lehrende-und-lernende.html>

WUSSTEN SIE SCHON,

dass im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz 2020 ...

... erstmalig der Verzeichnungsstand nach einheitlichen Kriterien zentral erfasst wurde?

42

Archivmitarbeiter*innen mit der Verzeichnung beschäftigt waren?

... die online gestellten Bestände nicht nur auf der Website des Archivs, sondern auch über das Archivportal Deutschland, die Deutsche Digitale Bibliothek und die Europeana zu recherchieren waren?

248

Bestände, Nachlässe, v. a. kleinere Sammlungen nach derzeitigem Kenntnisstand nicht und 397 nur in analoger Form verzeichnet sind?

... unseren Nutzer*innen die Verzeichnung zu

1,4 MILLIONEN

Archivalien aus 1.785 Beständen, Nachlässen und Sammlungen in analogen und digitalen Findmitteln zur Verfügung gestellt wurde?

Wenngleich Zahlen niemals die ganze Geschichte erzählen, lässt sich das Tätigkeitsprofil einer Einrichtung anhand von Statistiken verdeutlichen. Die folgenden Seiten gewähren statistisch fundierte Einblicke in die Arbeit des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz im Berichtszeitraum 2020 und 2021.

... die Verzeichnung zu mehr als der Hälfte der Archivalien von jedem Ort der Welt (Onlinezugang vorausgesetzt) über die Website des Archivs zugänglich waren?

36

neue gedruckte Findbücher erschienen und 84 Bestände neu im world wide web zur Verfügung gestellt wurden?

Zahlen & Fakten



VERZEICHNUNGSSTAND IM GEHEIMEN STAATSARCHIV PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz bewahrt circa 35.000 laufende Meter Archivgut auf, das vom 12. bis in das 21. Jahrhundert reicht. Nach der letzten ausgewerteten Erhebung 2021 verteilen sich diese Archivalien auf insgesamt 2.033 Bestände, von denen 248 noch unverzeichnet sind und damit von unseren Nutzer*innen nicht recherchiert und eingesehen werden können. Bei 397 Beständen gibt es die Erschließung lediglich in analoger Form als Findbücher und -karteien, die den Besucher*innen im Forschungssaal des Archivs zur Verfügung stehen. Auch bei den 449 in die Archivdatenbank eingegebenen Beständen, die wegen ihres Bearbeitungsstandes noch nicht online präsentiert werden sollen, kann die selbständige Recherche nur bei einem Besuch vor Ort erfolgen. Dagegen steht die Verzeichnung bei 939 Beständen bereits über die Website des Archivs ubiquitär zur Verfügung.



VERZEICHNUNGSQUALITÄT DER ARCHIVALIEN

Auf Basis der 2020 noch einmal überarbeiteten Verzeichnungsrichtlinien unterscheidet das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz zwischen vorläufiger Onlinefähigkeit, einfacher und erweiterter Verzeichnung. Die einfache Verzeichnung umfasst Bestellsignatur, Titel und Laufzeit sowie Angaben zum Umfang des Archivals, zum Stand seiner Digitalisierung, ggf. zu beachtende Schutzfristen und sonstige Benutzungsbeschränkungen. Auf Bestandsebene kommen das Vorwort und die Klassifikation als sachliche Gliederung hinzu. Von einer erweiterten Verzeichnung sprechen wir, wenn der prägnante, knappe Titel zusätzlich durch detailliertere Inhaltsangaben ergänzt wird. Die vorläufige Onlinefähigkeit bezeichnet dagegen eine noch nicht abgeschlossene Verzeichnung, bei der die Angaben zu Titel und Laufzeit eines Archivals ohne Prüfung aus dem analogen Findbuch online zur Recherche bereitgestellt werden; die Bestellsignatur muss allerdings garantiert stimmen.



Schutzfristen für Akten ...



30 Jahre
nach Entstehung der Akten
(Schutzfristen allgemein)

10 Jahre
nach dem Tod (Schutzfristen für
personenbezogenes Schriftgut)

100 Jahre
nach der Geburt (Schutzfristen für
personenbezogenes Schriftgut)

60 Jahre
nach letzter inhaltlicher Aktenbearbeitung

Im GStA eingeschränkte Benutzung ...

1.122 Bestände, davon 99% aufgrund
von Depositallbestimmungen

**WARUM NICHT ALLES ÖFFENTLICH IST.
SCHUTZFRISTEN UND DEPOSITALLBESTIMMUNGEN**

Das auch für das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz geltende Bundesarchivgesetz (BArchG) setzt bestimmte Schutzfristen für die Nutzung von Archivgut fest: erst 30 Jahre nach Entstehung der Akten ist die Einsichtnahme grundsätzlich möglich. Bei klarem Personenbezug der Quellen sind sie frühestens zehn Jahre nach dem Tod der betreffenden Person, und falls dieser Zeitpunkt nicht bekannt ist, hundert Jahre nach der Geburt zugänglich. Wenn keine Lebensdaten bekannt sind, kann alternativ die letzte inhaltliche Bearbeitung der Akte herangezogen werden: erst 60 Jahre nach Aktenschließung ist die Nutzung möglich. Über einen Antrag auf Schutzfristverkürzung lassen sich die Sperrungen im Einzelfall aufheben.

Daneben können auch die Eigentümer von privaten, dem Archiv geschenkten oder verkauften Quellen Bedingungen festlegen, die eine Nutzung einschränken. In diesem Fall ist oft auch die Onlinestellung der Verzeichnung nicht erwünscht.

Diese Depositallbestimmungen sind für das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz als überwiegend historisches Archiv wesentlich bedeutsamer als die Regelungen des BArchG: bei den 1.122 einer Beschränkung unterliegenden Beständen stammen 1.109 = 99% aus dem privaten Bereich. In der Regel wünschen sich die Depositare lediglich eine Information über die geplante Einsichtnahme und genehmigen die Nutzung anschließend problemlos.

VII. HA Urkunden

3.524
komplett online recherchierbar

173
Digitalaufnahmen

**Brandenburgisch-Preußisches
Hausarchiv**

1.270
komplett online recherchierbar

11
Digitalaufnahmen

XX. HA Urkunden

859
online recherchierbar

343
Digitalaufnahmen

URKUNDENVERZEICHNUNG

Bei den Urkunden als ältester Archivaliengattung neben Amtsbüchern und Akten steht bei der Verzeichnung das jeweilige Rechtsgeschäft im Vordergrund, ergänzt um Formalangaben (u. a. Sprache, Beschreibstoff, Siegel) und weitere Angaben wie Datierung und Ausstellungsort.

Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz gibt es drei größere Urkundensammlungen. Unter der Bestandssignatur VII. HA Urkunden ist die allgemeine Urkundensammlung zu ermitteln, deren 3.524 Archivalien komplett online zu recherchieren sind. Im Brandenburgisch-Preußischen Hausarchiv geben 1.270 Urkunden Auskunft zu Rechtsgeschäften im Haus und Hof der Hohenzollern (Bestandssignatur: BPH, Urkunden). Die Verzeichnung der Archivalien ist ebenfalls bereits vollständig im Internet publiziert. Für die Urkundensammlung des Historischen Staatsarchivs Königsberg (Bestandssignatur: XX. HA, Pergamenturkunden) mit 6.400 Archivalien wird die analoge Verzeichnung laufend überarbeitet und online gestellt (aktueller Stand: 859 Urkunden im Internet verfügbar).

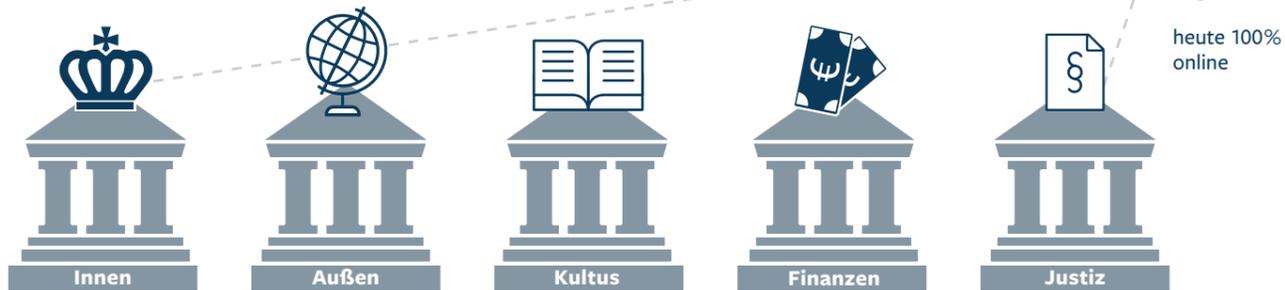
Ebenso steigt die Anzahl der als Digitalisat zur Verfügung gestellten Urkunden: jede Bestellung löst eine Digitalisierung und Online-Bereitstellung aus. Aktuell sind 427 Digitalaufnahmen innerhalb der genannten Urkundensammlungen mit der Verzeichnung verknüpft (VII. HA Urkunden 173, BPH Urkunden: 11, XX. HA Pergamenturkunden: 343).

427
Digitalaufnahmen
von Urkunden insgesamt

**ZENTRALÜBERLIEFERUNGEN
17.–20. JAHRHUNDERT**

Zu den umfangreichsten Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz zählt die Behördenüberlieferung der obersten Verwaltungsebene Brandenburg Preußens. Seit dem 17. Jahrhundert übernimmt der Staat mehr und mehr Aufgaben in die öffentliche Hand, das wachsende Verwaltungshandeln produziert mehr und mehr Verwaltungsschriftgut, von dem eine steigende Zahl von Urkunden, Amtsbüchern und Akten ihren Weg ins Archiv findet.

Im Kurfürstentum Brandenburg wird zu Beginn des 17. Jahrhunderts als oberste Zentralbehörde der Geheime Rat gegründet, dessen Überlieferung in 83 nach inhaltlichen und territorialen Aspekten gebildeten Beständen (Reposituren) in der Archivtektonik abgebildet ist; für 36 steht die Verzeichnung online zur Verfügung. Im 18. Jahrhundert kann das für das Königreich Preußen zuständige Generaldirektorium als zentralstaatliche Superbehörde gelten, bei sieben der insgesamt 41 Abteilungen ist das Schriftgut über die zugehörigen Findbücher im Internet zu recherchieren. Beide Bestandsgruppen werden kontinuierlich weiter verzeichnet; dementsprechend wird auch das Findmittelangebot im Internet erweitert werden können. Mit den Stein-Hardenbergschen Verwaltungsreformen Anfang des 19. Jahrhunderts beginnen sich dann die uns auch heute noch vertrauten Fachministerien herauszubilden, zunächst mit den klassischen fünf Ressorts Innen, Außen, Finanzen, Kultus und Justiz, deren Verzeichnung komplett digital zu recherchieren ist.

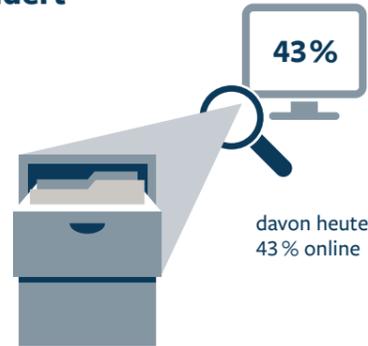


ab 17. Jahrhundert

Geheimer Rat

83 x

Reposituren

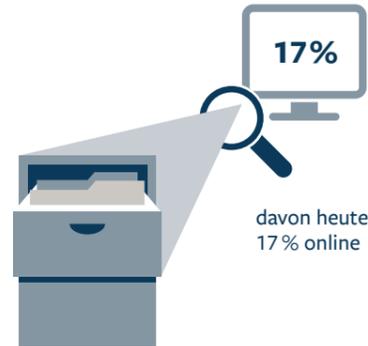


im 18. Jahrhundert

Generaldirektorium

41 x

Abteilungen



ab 19. Jahrhundert

Fünf klassische Ministerien

100%

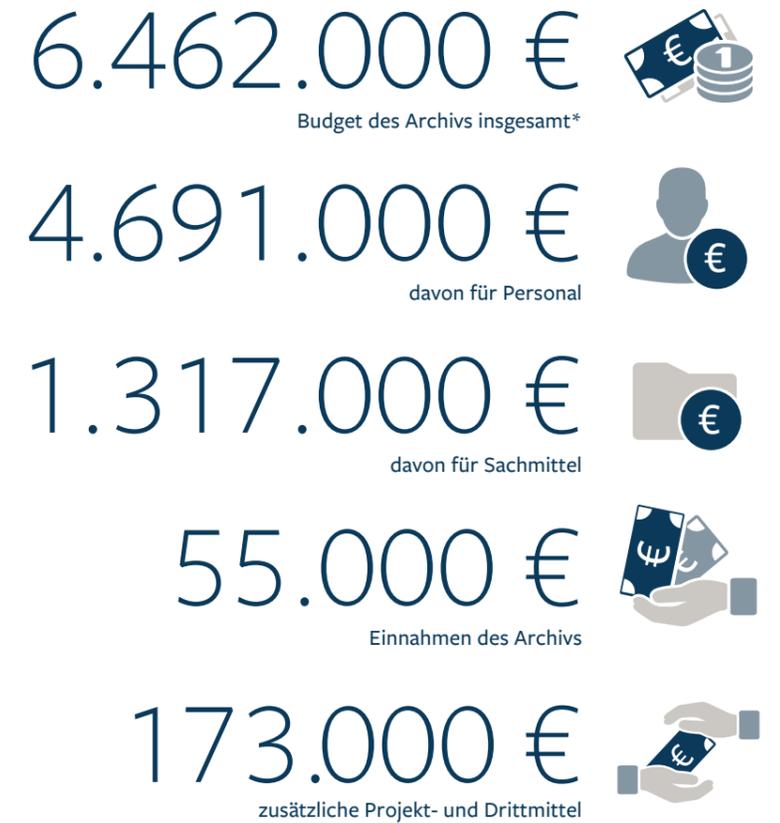
heute 100% online

Übersichtsstatistik

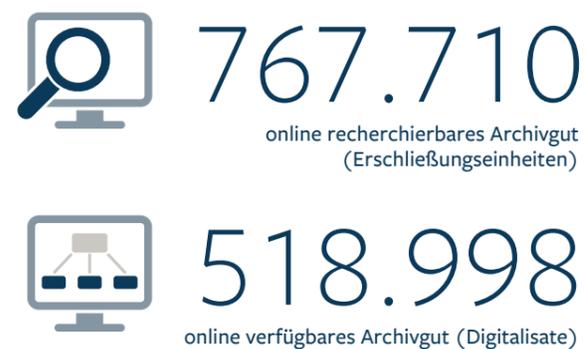
Personal 2021



Finanzen 2021



Erschließung von Archivgut



Aufbewahrung und Erhaltung von analogem Archivgut



Anmerkungen:
* Gesamtbudget ohne Aufwände für die Unterhaltung von Bau- und Liegenschaften
** Fachangestellte Archivwesen / Anwärter*innen mittlerer Dienst / auch andere Fachrichtungen: Bürokommunikation, Buchbinder*innen usw.

Nachlese

Das Beste zum Schluss



Hansa Cypionka und Claus Boesser-Ferrari auf der Finissage am 11. September 2020

PROMINENTER BESUCH

Zur Finissage der Kleist-Ausstellung des GStA PK im September 2020 brachten der aus Theateraufführungen, Kinofilmen und unzähligen Fernsehproduktionen bekannte Schauspieler Hansa Cypionka sowie der Ausnahmegitarrist und Komponist Claus Boesser-Ferrari am 11. September 2020 Kleists berühmte Novelle Michael Kohlhaas auf die Bühne – oder besser gesagt: in den Garten – des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. Aus gleichem Anlass führte Anke Klare ein Interview mit Hansa Cypionka, das nun auf der Webseite des Archivs nachzulesen ist.



Interview mit dem Schauspieler, Musiker und Bildenden Künstler Hansa Cypionka – Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (gsta.preussischer-kulturbesitz.de)



Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (gsta.preussischer-kulturbesitz.de)

QUELLEN ZUM JÜDISCHEN LEBEN IN PREUSSEN

Rechtzeitig zum Jubiläum „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ digitalisierte das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz 2021 wichtige Quellen zur Geschichte der Juden in Preußen; ob „Silberlieferung von 30.000 Mark von den Juden im Königreich Preußen 1765“ oder „Häuser in jüdischem Besitz in den Residenzstädten“ – die Akten sind neu verzeichnet und komplett online zugänglich. Sie verraten viel über 150 Jahre jüdischer Geschichte in Preußen und in der preußischen Hauptstadt Berlin.



Aufzählung der Juden in Berlin samt ihrer Familien und Bediensteten für das Jahr 1744



Online neu entdecken: Quellen zum jüdischen Leben in Preußen – Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (preussischer-kulturbesitz.de)

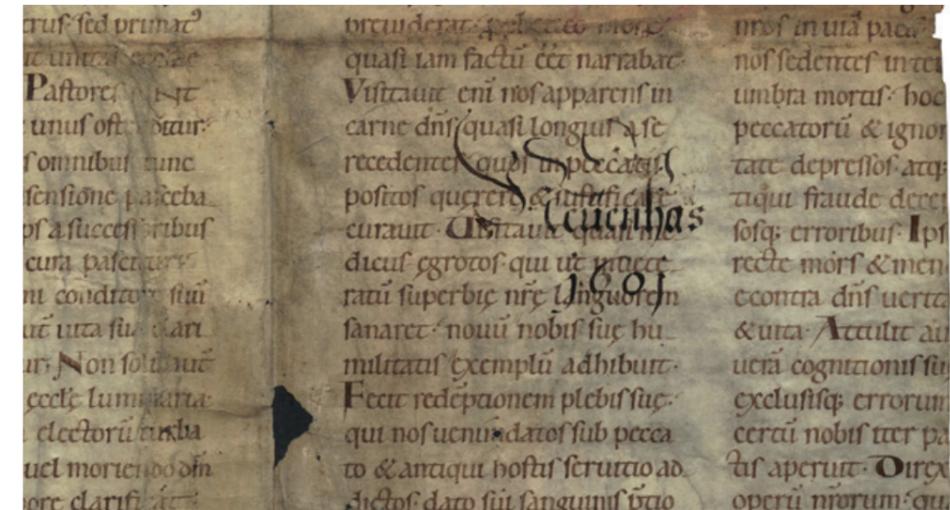
ZEIT FÜR NEUES BOOKMARK

Im zweiten Jahr läuft nun schon die rundum erneuerte Homepage des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. Für alle, die mehr über das Archiv erfahren möchten, erscheinen dort News sowie Veranstaltungshinweise, aber auch Hinweise zu Recherchemöglichkeiten und zur Nutzung sowie Einblicke in Arbeitsschwerpunkte und Informationen rund um das Haus und seine Organisation.

Recycling vor 400 Jahren

Das älteste Manuskript im Haus – ein Überlieferungszufall

Elisabeth Heigl



– Eine Handschrift von 1050

Archive präsentieren gerne und stolz ihre ältesten wertvollsten Archivalien und geben auf sie ganz besonders acht. Am ältesten sind in der Regel die Urkunden – so auch im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, wo die erste auf das Jahr 1188 datiert. Noch früher entstand aber das Fragment einer mittelalterlichen Buchhandschrift.

Im ehemaligen Königsberger Staatsarchiv – 1944/45 kriegsbedingt ausgelagert und über das Staatliche Archivlager Göttingen 1979 schließlich nach Dahlem gelangt – befinden sich die sogenannten Ostpreußischen Folianten. Das sind Bücher, in denen die ostpreußischen Beamten vom 16. bis ins 18. Jahrhundert Rechnungen, Gerichtssachen oder anderweitige Amtsgeschäfte eingetragen haben. Viele dieser Amtsbücher weisen gewöhnliche Gebrauchseinbände aus Leder, Pappe oder buntem Brokatpapier auf. Andere waren von Buchbindern als sogenannte Koperte gebunden: Die Buchlagen sind mit Zierstichen direkt auf einen Schutzum-

schlag aus Pergament geheftet. Pergament war besonders robust, aber auch sehr kostbar; darum recycelte man alte Pergamenthandschriften, die materiell oder inhaltlich wertlos geworden waren (Makulatur).

Als die Jahresrechnung des Amtes Neuhaus für das Rechnungsjahr 1600–1601 gebunden wurde, griff der Buchbinder zu einem pergamentenen Doppelblatt von 40×26 cm, schlug das Buch darin ein, befestigte den Einband und beschriftete ihn mit dem Amtsnamen und dem Rechnungsjahr: „Neuenha[u]s 1601“. Den Titel platzierte er über dem alten Text – und interessierte sich vielleicht nicht einmal dafür, dass das Fragment, mit dem er da hantierte, mindestens 500 Jahre alt war.

Bei dem Fragment handelt es sich um Teile der Homilien des angelsächsischen Geistlichen Beda Venerabilis – ein mittelalterlicher Predigttext zur religiösen Unterweisung. Gefertigt wurde das Manuskript in spätkarolingischen Minuskeln um das Jahr 1050.

Über die Autorin: Elisabeth Heigl ist Referendarin am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.



Impressum

Jahresheft des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Jahrgang 2 (2022) | Themenschwerpunkt „Arbeit im Wandel“

Berichtszeitraum: 2020/2021

Druckauflage: 1.500

Erscheinungsort: Berlin

Erschienen im Selbstverlag des Geheimen Staatsarchivs PK 2022.

ISSN 2702-2846 Jahresheft des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz

Herausgeber/Sitz der Redaktion:

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Archivstraße 12–14

14195 Berlin

Tel.: 030/266 44 7500

Fax.: 030/266 44 1516

Mail: posteingang@gsta.spk-berlin.de

Druck:

Druckerei Rüss, Potsdam

Redaktion:

Dr. Mathis Leibetseder (ML)

Gestaltungslinie:

Katrin Bernsdorff

Gestaltung und Satz:

Polygraph Design, Berlin

Bildbearbeitung:

Katja Dziakowski

Frontcover:

Coverbild: Pforte des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz mit dem Telefonisten Herrn Maaß, 1931 | Bild: GStA PK, IX. HA SPAE, IV, Nr. 123

Eine digitale Version dieser Ausgabe ist über den Webaufritt des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz auf der Seite <https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/Abo-Jahresheft/> abrufbar.



Abonnements können über den Webaufritt des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz auf der Seite <https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/abo-jahresheft/> angefragt werde.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinungen und Auffassungen des Herausgebers wieder. | Namentlich gezeichnete Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. | Namentlich nicht gezeichnete Fotografien von Archivalien des GStA PK stehen unter der „Public Domain Mark 1.0“ (PDM). Nähere Angaben zur Nutzung von Fotografien des GStA PK finden Sie auf der Webseite <https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/nutzung/digitalisatbestellung/bildrechte.html>. | Alle fotografischen Aufnahmen Dritter unterliegen dem Urheberrecht und/oder den Regelungen der in den Bildnachweisen genannten, bereitstellenden Einrichtungen.

„Die Beschäftigten bilden eine
Community, aus deren Mitte heraus
Veränderungen erfolgen; denn
Digitalisierung geht uns alle an.“

Katrin Beyer

